



Plenarprotokoll

77. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 18. Dezember 2002

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003.....

5788

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

Bericht und Beschlussempfehlung des
Finanzausschusses
Drucksache 15/2327

Ergänzung des Berichts und der
Beschlussempfehlung des
Finanzausschusses
Drucksache 15/2349

Änderungsanträge der Fraktion der FDP
Drucksachen 15/2340 und 15/2352

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2351

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 15/2341 und 15/2347

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2348

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2350

Hans-Jörn Arp [CDU], Berichterstatter .	5789
Lothar Hay [SPD]	5790
Martin Kayenburg [CDU]	5798
Wolfgang Kubicki [FDP]	5806
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5817
Anke Spoorendonk [SSW]	5829
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	5837
Rainer Wiegard [CDU]	5845
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	5847

Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/2351 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss

2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/2020 5851

* * * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich habe diese Tagung gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung als außerordentliche Tagung einberufen. Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Das Haus ist beschlussfähig. Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Aschmoneit-Lücke, Frau Kähler, Frau Kleiner, Herr Feddersen. Ich wünsche allen Abgeordneten von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Dr. Graf Kerssenbrock.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. Am 2. Dezember ist im Alter von 88 Jahren der ehemalige Landtagsabgeordnete Herr Carl Friedrich Schoof verstorben. Herr Schoof hat dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1967 bis 1979 in der 6. bis 8. Wahlperiode als Abgeordneter der CDU-Fraktion angehört. Die hohe Sachkompetenz und die persönliche Integrität Herrn Schoofs haben allseits Anerkennung und Respekt in der Politik und bei den Bürgerinnen und Bürgern erfahren. Wir trauern um einen Mann, der sich um das Land Schleswig-Holstein verdient gemacht hat.

Meine und Herren, Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Wir werden in der heutigen Tagung außer der zweiten Lesung des Haushalts noch den in der letzten Tagung von der Tagesordnung abgesetzten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes in zweiter Lesung beraten. Die Fraktionen haben sich verständigt, ohne eine Mittagspause zu tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, will ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte der Realschule Kronshagen als Gäste begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 1 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2020

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 15/2327

Ergänzung des Berichts und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 15/2349

Änderungsanträge der Fraktion der FDP

Drucksachen 15/2340 und 15/2352

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/2351

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

Drucksachen 15/2341 und 15/2347

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/2348

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/2350

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Arp, das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses für die menschlich angenehme und konstruktive Zusammenarbeit und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die verlässliche Zuarbeit herzlich bedanken.

(Beifall)

Diesen Dank spreche ich auch im Namen der erkrankten Vorsitzenden Uschi Kähler aus.

Der Landtag hat am 11. September über den von der Landesregierung eingebrachten Haushaltsplan 2003 in erster Lesung debattiert und ihn zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss und die Fachausschüsse überwiesen. Nach dem bewährten Verfahren hat der Finanzausschuss mit den jeweils betroffenen Fachausschüssen in drei gemeinsamen Sitzungen die Einzelplanberatung durchgeführt und sich in der Beratung auf wesentliche Punkte konzentriert. Denn die Fragen zum Haushalt haben die Fraktionen - wie in den Vorjahren - weitgehend in schriftlicher Form eingereicht. Sie sollen binnen zwei Wochen von den zuständigen Ministerien schriftlich beantwortet werden. Das ist auch immer erfolgt.

Die Landesregierung hat dieses Mal über 400 Fragen beantwortet. Dafür von dieser Stelle aus noch einmal ein herzliches Dankeschön.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben dem eigentlichen Haushalt haben wir rund 40 Umdrucke und diverse Zuschriften von Betroffenen in unsere Beratungen einbezogen; leider konnten wir den vorgebrachten Wünschen und vielfach berechtigten Anliegen aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht immer folgen. Dabei waren wir nicht immer einer Meinung.

Zwischen erste und zweite Lesung fielen zwei bedeutsame Ereignisse: zum einen die Bundestagswahl am 22. September und der Beginn der zweiten Amtsperiode der Regierung Schröder und zum anderen die Ergebnisse der November-Steuerschätzung. Während die Zeit der Bundestagswahl die Einzelplanberatung eher beschleunigte, stellten die von keiner Seite in der Größenordnung angenommenen Steuereinbrüche Regierung und Parlament vor kaum lösbare Probleme.

Der Finanzausschuss befasste sich Ende November zeitgleich mit dem Nachtragshaushalt 2002, den wir letzte Woche verabschiedet haben, und mit der so genannten Nachschiebeliste für den Haushalt 2003, die weitere Kürzungen in allen Bereichen bedeuten. Die Mitglieder des Finanzausschusses sehen die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und der Einnahmen, insbesondere bei der Körperschaftsteuer, mit Sorge. Umso stärkere Anstrengungen müssen wir unternehmen, die Ausgaben des Landes zu begrenzen und einschneidende strukturelle Maßnahmen umzusetzen.

Der Finanzausschuss versucht, mit der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung einen Beitrag dazu zu leisten. So beträgt die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Haushalt 2002 einschließlich Nachtrag minus 0,8 %, ohne Berücksichtigung der durchlaufenden Bundesmittel für die Grundsicherung und die Zuführung der Landesmittel zum Fonds Aufbauhilfe Flutschäden. Die Investitionsquote soll nach dem Willen des Finanzausschusses gegenüber dem Regierungsentwurf um gut einen Prozentpunkt steigen, die Personalkostenquote dagegen um einen halben Prozentpunkt sinken.

Nachdem der Ausschuss in seiner Sitzung am 11. Dezember die Änderungsanträge der FDP-Fraktion und der Abgeordneten des SSW zum Haushalt mehrheitlich abgelehnt und die Änderungsanträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Änderungsvorschläge der Regierung angenommen hat, empfiehlt Ihnen der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP, das Haus-

(Hans-Jörn Arp)

haltsgesetz und den Haushaltsplan 2003 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 15/2327 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen.

Gestern hat sich der Finanzausschuss noch einmal mit weiteren von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträgen befasst. Während die Haushaltsanträge der CDU und ein weiterer Änderungsantrag der FDP abgelehnt wurden, fanden zwei Anträge der Koalition zur Privatschulfinanzierung und ein Antrag des SSW zur Bezuschussung des Verbandes landwirtschaftlicher Vereine in Südschleswig eine Mehrheit. Der Minister sang das Lied „Alle Jahre wieder“. Durch die Annahme dieser Anträge erhöht sich die Nettokreditaufnahme um knapp 180.000 €.

Im Namen des Ausschusses bitte ich Sie, auch dieser ergänzenden Beschlussempfehlung, die Ihnen mit Drucksache 15/2349 vorliegt, zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den Bericht. Gibt es Anmerkungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass auch die Abgeordnete Frau Birk erkrankt ist. Von dieser Stelle aus übermittle ich ihr ebenfalls gute Genesungswünsche!

(Beifall)

In der Loge begrüße ich den Herrn Rektor und den Herrn Kanzler der Christian-Albrechts-Universität. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Aussprache ist eröffnet. Ich erteile Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden heute mit der rot-grünen Mehrheit den Haushalt für das Jahr 2003 verabschieden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das befürchte ich auch!)

Wir werden in den Jahren 2003, 2004 und 2005 unseren Kurs mit weiteren **Sparmaßnahmen** fortsetzen. Wir werden vor allem im Interesse der jungen Generation an den **Schwerpunkten Bildung und Arbeit** festhalten. Hier müssen wir noch zu weiteren Umschichtungen kommen.

Zu Recht erwarten die Menschen von der Politik, dass sie sich angemessen mit den Fakten auseinandersetzt und Wege aus der schwierigen Situation aufzeigt,

nicht aber durch eigene Versäumnisse zur weiteren Verschärfung beiträgt. Das heißt vor allem auch mit Blick auf Berlin: Die Lage ist ernst. Sie wird sich jedoch in keinem Fall dadurch verbessern, dass diejenigen, von denen man politisch konzeptionell die Wegweisung erwarten muss, eine Stimmung verbreiten, die noch schlechter ist als die Lage. Wir brauchen also Führung, die durch ihre Politik den Eindruck vermitteln kann, dass wir es schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bürgerinnen und Bürger im Lande sind bereit, **zusätzliche Belastungen** auf sich zu nehmen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Karten auf den Tisch gepackt werden und die Situation ungeschönt analysiert wird. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich auch die Frage nach den Konjunkturerwartungen für 2003 und die Folgejahre. Schon im Rahmen einer vergangenen Debatte hier im Landtag habe ich gesagt: Ich hoffe, dass die Steuerschätzer nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre mit der November-Steuerschätzung nicht erneut eine Neigung entwickelt haben, die Einnahmen für 2003 unrealistisch positiv zu schätzen. Dann nämlich würde die Haushaltspolitik des Landes ihre Planbarkeit weitestgehend verlieren.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Niemandem kann es wirklich helfen, wenn wir die Zukunftsaussichten in der jetzigen Situation rosiger malen, als sie es in Wirklichkeit sind. Wir brauchen in Berlin und ebenso hier in Kiel Mut, der Wirklichkeit ins Auge zu schauen. Sicher ist in jedem Fall, dass uns die **Konjunkturentwicklung** auch im nächsten Jahr keinen Weg aus dem Tal der Tränen zeigen wird. Wenn ich auf die von mir aus gesehen linke Seite des Hauses gucke, so wird niemand aus der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen behaupten, dass die rot-grüne Bundesregierung zurzeit - neudeutsch formuliert - gut aufgestellt ist. Der Bundeskanzler greift erst in den letzten Tagen - und hoffentlich auch über den Jahreswechsel hinaus - in einer Weise in die Politik ein, die seiner Rolle entspricht. Er zeigt Gott sei Dank endlich wieder Führung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zu lange blieb es den Ressortministern und Parteistrategen aus unseren Reihen überlassen, ihre unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Vorschläge in den Äther zu blasen. Das hat nicht zur Beruhigung, sondern eher zur **Verwirrung** beigetragen. Allerdings kann man die Opposition - sowohl in

(Lothar Hay)

Berlin als auch hier in Kiel - nur warnen, mit Häme zu reagieren, denn eine Alternative zu den jetzt in Berlin ergriffenen Maßnahmen ist von Ihnen weder in Berlin noch hier in Kiel angeboten worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Unsinn!
Da fangen wir an zu lachen!)

Damit meine ich in erster Linie die Themen Gesundheitswesen und Rentenreform. Wenn es Vorschläge von ihrer Seite gibt, so sind sie aus meiner Sicht nicht die Alternative. Wichtig ist aus meiner Sicht, an dieser Stelle deutlich zu machen: Wir brauchen eine **Reform des Gesundheitswesens** und des **Rentenwesens**, die auch in konjunkturell schwachen Zeiten trägt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich habe die Hoffnung, dass - aufgrund der geringeren Entfernung zwischen Berlin und Skandinavien als zwischen Berlin und dem Mittelmeerraum - die positiven Erfahrungen Skandinaviens beim Umbau des sozialen Sicherungssystems ein Vorbild sind, von dem man lernen kann. Aus meiner Sicht ist dies der richtige Weg, um zu einem verlässlichen und zukunftsgerichteten System der sozialen Sicherung zu kommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Ich freue mich, dass auch die Opposition etwas lebhafter wird. Lassen Sie mich auf ein Thema eingehen, das wir mit großer Ernsthaftigkeit diskutieren sollten. Ich meine damit die im Laufe der letzten Zeit - von Historikern - gemachten Vergleiche zwischen Brüning und Schröder. Bei Vergleichen besteht immer die Gefahr, dass man sich vergaloppiert, wenn man denn, wenn es auch nur andeutungsweise einige vergleichbare Punkte gibt, die große Gleichsetzung macht. Die Gefahr, die wir durchaus ernst nehmen sollten, ist die Gefahr, dass die jetzige Situation unserer Demokratie, die stabil ist, mit einer schwachen Situation der Endphase der Weimarer Republik verglichen wird. Wir sollten aufpassen, dass wir diesen Vergleich nicht unnötig machen, denn dadurch wird etwas impliziert, was unserer Demokratie letztlich Schaden zufügen würde.

(Beifall bei SPD und SSW)

Mit Interesse habe ich gelesen, was der Historiker Arnulf Baring gesagt hat: Er fordert eine außerparlamentarische Bürgeropposition, die, von der verbreiteten Parteienverdrossenheit getragen, mit dem bestehenden Parteiensystem aufräumen soll. Dies kann bei jedem Demokraten nur Kopfschütteln auslösen.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Uwe Greve [CDU])

Ich habe mitbekommen, dass besagter pensionierter Historiker demnächst beim Neujahrsempfang der FDP das Wort ergreifen wird. Ich bin schon gespannt, welche neuen historischen und wissenschaftlich untermauerten Weisheiten uns via FDP mitgeteilt werden. Ich glaube, wir können uns jetzt schon wieder auf einen Gag gefasst machen. Es ist wohl die Spaßpartei, die solche Vorschläge macht. Ich halte dieses Thema für zu ernst, als dass wir es so durch den Kakao ziehen sollten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Lassen Sie uns einen weiteren Punkt kritisch aufgreifen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die größte Witzfigur ist Herr Schröder!)

- Herr Dr. Klug, ich bin der Meinung, ein Bundeskanzler muss sich der Kritik stellen. Eine Äußerung, wie Sie sie gemacht haben, ist seinem Amt abträglich. Das sollten Sie sich vielleicht einmal merken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen bei all dem aufpassen, wie die Wirkung nach außen ist, und zwar nicht nur in den eigenen Reihen.

In Berlin wird jetzt darüber diskutiert, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, um Wahlaussagen zu prüfen. Ich glaube, damit sind wir auf einem vollkommen falschen Weg.

(Zuruf von der CDU: Lügen!)

In diesem Zusammenhang, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, sollten vielleicht wir einmal bei unserem Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss darüber nachdenken, ob er aufgrund der bisher erbrachten Ergebnisse nicht sehr schnell beendet werden muss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hay, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Lothar Hay [SPD]:

Nein.

(Lothar Hay)

Lassen Sie mich jetzt auf den Haushalt 2003 eingehen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Nach den Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung ist für 2003 von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes von 1,5 % statt vorher gesagt 2,5 % auszugehen. Diese Steigerungsrate wird von den Wirtschaftsweisen inzwischen auf 1 % korrigiert. Nach meiner Einschätzung, die sich auf Berichte in den Medien gründet, ist eher der Wert von 1 % realistisch. Viel hängt in dieser labilen Lage von der Stimmung ab. Nachdem der US-Verbraucherindex im Oktober auf den tiefsten Stand seit 1993 gefallen ist, erleben wir in den USA wieder einen langsamen Anstieg. In dieses Bild des **langsamen Anstiegs** passt auch, dass die **US-Konjunktur** wieder greift. Ob wir es wollen oder nicht: Die Leitwirtschaftsnation USA bestimmt auch bei uns in Deutschland Wachstumserwartungen und **Stimmungen**. Wir sollten aufpassen, nicht durch Stimmungen, für die wir auch selbst verantwortlich sind und die wir selbst erzeugen können, einen falschen Eindruck zu vermitteln. Deutschland ist nicht in einer Rezession, sondern Deutschland ist zurzeit in der Verharrung, Deutschland verharrt zurzeit in einer Stagnation.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Kollege Kubicki, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung eingehen, die Sie in der Debatte über den Nachtragshaushalt 2002 gemacht haben. Sie haben dort das Schreckgespenst einer Abwehr der Bonität der Bundesrepublik Deutschland durch die Rating-Agenturen an die Wand gemalt. Fakt ist: Noch genießen die Bundesanleihen auf den internationalen Kapitalmärkten eine herausragende Stellung.

(Zuruf von der CDU: Noch!)

Bund und Länder müssen für ihre Kreditaufnahmen niedrigere Zinsen zahlen als etwa Frankreich oder Italien. Allerdings hat sich der Zinsabstand zu den Anleihen der anderen Länder der Eurozone bereits deutlich verringert. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass der Markt die **Kreditwürdigkeit Deutschlands** nur noch unwesentlich höher bewertet als die der anderen Staaten Europas. Aber nun kommt der entscheidende Schluss - das war gestern durch die entsprechende Kommentierungen der Rating-Agenturen auch in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen -: Einen Verlust der derzeitigen Bestnote Triple A hält die Mehrzahl der Rating-Agenturen aber eher für unwahrscheinlich. Es ist eine gewisse Vorsorge aufgrund der Asienkrise. Aus meiner Sicht gilt es, hier

die Zeichen ernst zu nehmen, aber nicht Stimmung zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zu den Dingen, die wir ernst nehmen müssen, gehört auch das, was gestern von der OECD gesagt worden ist. In Deutschland sind die Lohnnebenkosten zu hoch und der Anreiz, Arbeit zu übernehmen, ist zu niedrig. An diesen beiden Punkten müssen wir arbeiten.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Einen positiven Anstoß zur **Konjunkturentwicklung** könnten auch die **Banken** geben, wenn sie denn bereit wären, die durch die Senkung des Leitzinses durch die Europäische Zentralbank günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten an die Kunden weiterzugeben. Die Kritik der Ministerpräsidentin an dem Verhalten der Banken, an den Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank unterstützt die SPD-Fraktion ausdrücklich. Wir sind der Meinung, dass die günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken und Sparkassen direkt an die Kunden, an die mittelständische Wirtschaft, weitergegeben werden müssen. Das ist ein Anstoß für eine bessere Konjunkturentwicklung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen darf ich auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes von 1986 hinweisen, in dem die Kreditinstitute bei günstigeren Refinanzierungskonditionen verpflichtet sind, diese in Form einer Zinssenkung auch an die Verbraucher weiterzugeben. Das Aktenzeichen, Kollege Kubicki, kann ich Ihnen gern nachreichen, wenn Sie es haben wollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe im Moment keine Kredite!)

Eine weitere ständig wiederholte Behauptung - auch Herr Wiegard wiederholt sie immer sehr gern - ist, die Steuereinnahmen des Landes seien in den letzten Jahren real gestiegen. Herr Wiegard, die Steuereinnahmen des Jahres 2002 werden in absoluten Zahlen nicht einmal die Einnahmen des Jahres 1998 erreichen. Wenn ich von „Einnahmen“ spreche, meine ich die **Steuereinnahmen**, die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen. Wenn Sie dies als immer noch nicht dargelegt betrachten, bitte ich Sie, einmal den Umdruck 15/2830 zur Hand zu nehmen. Dort ist dies explizit aufgeführt. Für 2003 bedeutet es, dass, wenn die Prognosen zutreffen, die Einnahmen des Landes nur unwesentlich über den Einnahmen des Jahres 1999 liegen werden. Das ist die eigentliche Ursache:

(Lothar Hay)

Die **sinkenden realen Einnahmen** des Landes. Das müssen wir einfach als Fakt festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin bei solchen Prognosen vorsichtig. Das Steuer-
vergünstigungsabbaugesetz ist nicht mit eingearbeitet
worden. Die Gesetze, die vielleicht in den letzten
Tagen dieses Jahres noch im Bundesrat geltendes
Recht werden, sind nicht mit eingearbeitet worden.

Damit bin ich bei dem Thema, das die Gemüter im
Augenblick sehr stark bewegt, das Thema, welche
neue Steuer kommt. Ich habe vorhin schon etwas
dazu gesagt. Man soll nicht lange darüber diskutieren,
sondern Entscheidungen treffen. Wir Sozialdemo-
kraten in Schleswig-Holstein haben immer die Wie-
dereinführung der privaten Vermögensteuer aus Ge-
rechtigkeitsgründen gefordert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jetzt ins Gespräch gebrachte **Zinssteuer** hat eine
andere verteilungspolitische Ausrichtung als die
Vermögensteuer. Eine Vermögensteuer belastet aus-
schließlich die Bezieher hoher Einkommen, während
bei dem neuen Vorschlag, der nichts anderes als eine
Abgeltungssteuer vorsieht, alle Einkommensbezieher
pauschal mit einem gleichen Steuersatz belastet wer-
den. Nun bin ich aber Realist genug, um festzustellen:
Für die Wiedereinführung der Vermögensteuer wird
es im Bundesrat keine Mehrheit geben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht einmal bei
den Sozialdemokraten!)

Deshalb gehe ich davon aus, dass wir in irgendeiner
Form eine Zinssteuer bekommen werden. Allerdings
werden wir Sozialdemokraten uns nicht an den speku-
lativen Einnahmeerwartungen, die auch von dem
niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel geäu-
ßert worden sind, beteiligen. Wir haben kein Interesse
an virtuellen Einnahmen, uns geht es um reale Ein-
nahmen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und vereinzelt
bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir zumindest ein Interesse an
realen Einnahmen haben. Das wird dem Haushalt des
Landes angesichts dessen, was ich vorhin gesagt ha-
be, gut tun. Was das Land Schleswig-Holstein be-
trifft, so können Sie davon ausgehen, Herr Kollege
Kubicki, dass durch eine Zinssteuer zusätzliche Ein-
nahmen auch in den Landeshaushalt fließen werden,
die wir auch dringend brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie
mich auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen,

und zwar auf das **Verhältnis** Land **Schleswig-Hol-
stein/Bundesregierung**. Die SPD-Fraktion unter-
stützt ausdrücklich das, was Heide Simonis in der
Vergangenheit erklärt hat,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was denn?)

dass bei Entscheidungen, die in Zukunft auf Bundes-
ebene im Bundesrat gefällt werden, in erster Linie die
Interessen des Landes berücksichtigt werden müs-
sen. Wir werden und können weiteren Belastungen in
gesetzlicher Form nicht zustimmen, die durch die
Bundesregierung und durch den Bundesrat auf
Schleswig-Holstein zukommen. Da sind, das müssen
wir sagen, die Interessen des Landes wichtiger.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN und SSW)

Ebenso wie die Länder erwarten die **Kommunen** in
ihrer schwierigen Lage, dass sich der Bund auf sie
zubewegt. Von daher besteht die Erwartung, dass die
Kommission, die sich mit der Gemeindefinanzreform
beschäftigt, Vorschläge macht, die zu einer deutlichen
Verbesserung der finanziellen Situation der Gemein-
definanzen führen werden. Jeder, der sich mit Kom-
munalpolitik beschäftigt hat oder beschäftigt, weiß,
wie sich die Gewerbesteuer in den letzten Jahren
entwickelt hat. Nur dieser eine Punkt macht deutlich,
wie stark der Reformbedarf ist. Ich habe die Hoff-
nung - ich glaube, das ist eine Hoffnung, die wir im
hohen Hause gemeinsam haben -, dass, wenn die
Kommission ihre hoffentlich positiven Vorschläge
macht, sie möglichst schnell umgesetzt werden, damit
die Gemeindefinanzen wieder in eine positive Zu-
kunft bewegt werden können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die aktuelle De-
batte im öffentlichen Dienst eingehen. Angesichts der
schwierigen Haushaltslage werden wir in den nächs-
ten Monaten nicht daran vorbeikommen, über weitere
Einsparungen auch **im Personalbereich** nachzuden-
ken. Ich sehe hier auch eine Übereinstimmung - zu-
mindest vom Grundsatz her - mit der CDU-
Landtagsfraktion.

Wir lassen uns bei diesen Überlegungen von Folgendem
leiten - auch hier wieder eine Nähe zur CDU -:
Zunächst die Aufgabenkritik, die Reduzierung von
Aufgaben und dann die Reduzierung von Personal.
Unser Personal ist ausgelastet, teilweise überlastet.
Deshalb muss zunächst entschieden werden, auf wel-

(Lothar Hay)

che Aufgaben wir von Landesseite verzichten wollen. Dann wird das Personal reduziert.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus - Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut! Das ist richtig! - Rainer Wiegard [CDU]: Wer regiert hier eigentlich? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Seit Jahren sagen wir das!)

Wir werden mit den Gewerkschaften, mit den Personalräten Gespräche führen, weil wir der Meinung sind, dass eine solche Veränderung im öffentlichen Dienst nur mit den Beschäftigten geht.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig!)

Es muss aber auch deutlich gemacht werden: Am Ende sind wir verpflichtet, Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen müssen von uns auch dann getroffen werden, wenn sie für die Beschäftigten unbequem sind. Wir müssen die Personalquote von 40 % senken.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, der in der Vergangenheit immer wieder Diskussionen mit sich gebracht hat - das will ich an dieser Stelle deutlich sagen -, ist gegeben, wenn es um das **Weihnachts-** und das **Urlaubsgeld** geht, was Abgeordnete nicht erhalten. Wir Sozialdemokraten können uns vorstellen, dass es Kappungen und Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld ab einer bestimmten Einkommensgrenze gibt.

(Zuruf von der CDU: Das wird doch nichts! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was wollen Sie damit erreichen? - Zurufe von CDU und FDP)

Wir können uns dies nicht bei den Beziehern von kleinen und mittleren Einkommen vorstellen, denn für diese Menschen ist dieses Geld dringend notwendig, um Investitionen zu tätigen,

(Zurufe von CDU und FDP)

um überhaupt einen ausreichenden Lebensunterhalt sicherzustellen. Da wollen wir nicht ran.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Reine Gesichtswahrung!)

Ein letzter Punkt. Auch das muss man deutlich sagen. **Betriebsbedingte Entlassungen** lehnen wir, die SPD-Landtagsfraktion, ab.

(Beifall bei SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie lange noch?)

Ich habe schon kurz die **Aufgabenkritik** angesprochen. Verehrter Kollegen Kayenburg, ich habe mit

Interesse den Vorschlag gelesen, den Sie gestern vorgestellt haben, und habe dabei festgestellt, dass Ihre Vorschläge mit unseren Punkten, die wir am 25. November in der Fraktion beschlossen haben, an vielen Stellen zumindest im Ansatz übereinstimmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass wir uns im ersten Halbjahr 2003 in den Fachausschüssen intensiv damit beschäftigen werden. Ich habe die Hoffnung, dass es dann nicht nur bei der Ankündigung bleibt. In dieser schwierigen finanziellen Einnahmesituation kommt es darauf an, - das ist ein Angebot auch an Sie -, schwierige Entscheidungen gemeinsam zu treffen und nicht wegen des vermeintlich kurzfristigen politischen Vorteils zu mauern.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Das wäre ein neues Stück gelebter Demokratie in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich jetzt auf einzelne Punkte eingehen. Die Landesregierung hat durch die Nachschiebelisten bei den **Förderprogrammen** insgesamt um 10,5 Millionen € gekürzt. Nun kommen die Punkte, in denen wir uns von Ihnen, von den Oppositionsfraktionen, unterscheiden. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich im Rahmen ihrer Überlegungen grundsätzlich bereit erklärt, auch die **freiwilligen Leistungen** - damit sind die Zuwendungsempfänger gemeint - auf den Prüfstand zu stellen. Wir sind der Auffassung, dass den Zuwendungsempfängern mitgeteilt werden muss, dass sie mit einer Einstellung der Förderung ab dem Haushaltsjahr 2004 rechnen müssen. Im ersten Quartal wird sich die SPD-Landtagsfraktion darum bemühen, eine Positiv-Liste zu erarbeiten, alle diejenigen freiwillige Leistungen enthalten soll, die aus der Sicht unserer Fraktion auch nach 2004 fortgeführt werden sollen.

(Werner Kalinka [CDU]: Da sind wir aber gespannt!)

Dann hat sich der Landtag damit zu beschäftigen. Der **Zuwendungsempfänger** soll wissen, ob er auch in Zukunft mit Förderungen rechnen kann. Da werden wir natürlich unterschiedliche politische Auffassungen haben. Das ist auch gut so. Aber wir wollen diesen nicht einfachen Weg gehen, weil er den Zuwendungsempfängern gegenüber ehrlich ist. Man sagt ihnen, womit sie zu rechnen haben. Dann können sie sich rechtzeitig darauf einstellen, bestehende Verträge einzuhalten, falls es zu Veränderungen kommen muss. Aus unserer Sicht gibt es zu diesem Weg, Zu-

(Lothar Hay)

wendungsempfängern zu sagen, sie werden in Zukunft vom Land kein Geld mehr bekommen, weil die Aufgabe nach unserer Sicht keine Aufgabe des Staates ist, keine Alternative. Deshalb wollen wir diesen Weg gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein weiterer Punkt. Zur Verwaltungsvereinfachung sollen Förderprogramme, in denen lediglich durchlaufende Mittel abgewickelt werden, generell mit Mitteln und Stellen auf die **Investitionsbank** übertragen werden. Eventuell nicht übertragene Stellen werden künftig wegfallen.

(Werner Kalinka [CDU]: Wunderbar!)

Nun lassen Sie mich noch einige Punkte aus dem umfangreichen Katalog unserer **strukturellen Überlegungen** nennen. In Zukunft soll der IT-Einsatz in der Bürokommunikation für alle Ressorts zentralisiert werden. Wir erhoffen uns durch diesen Schritt deutliche Einsparungen.

Die Pensionslasten sollen ab 2004 den jeweiligen Ressorts zugeordnet werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr schön!)

Dazu hat der Landtag, wie Sie vielleicht wissen, bereits einen Prüfauftrag erteilt.

Die Aufgaben des nachgeordneten Bereichs, zum Beispiel Umweltämter, Ämter für ländliche Räume, Landwirtschaft, Umweltverwaltung, Soziales und Verkehr werden unter regionaler Schwerpunktbildung zusammengefasst. Unwirtschaftliche Außenstellen werden aufgelöst.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herzlich willkommen!)

An dieser Stelle müssen natürlich Gespräche mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinsichtlich der Zumutbarkeit geführt werden. Hier müssen beidseitig akzeptable Lösungen gefunden werden. Das Bild des Heizers auf der E-Lok darf nicht Vorbild sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rainer Wiegard [CDU]: Verhaltener Beifall!)

Ein weiterer Punkt. Die Dienst- und Fachaufsichten sollen bis zum 30. Juni 2003 zwecks Aufgabenbündelung zusammengeführt werden. Wir unterstützen die Absicht der Landesregierung, auch im Bereich des Programms „ziel“ aufgrund der Finanzsituation Kürzungen vorzunehmen.

(Lachen bei der CDU - Werner Kalinka [CDU]: Nachdem ihr alles versprochen habt!)

Was den Bildungsbereich betrifft: Bei weiter sinkenden Schülerzahlen werden kleine Schulen, Teile von Schulen und Fachklassen organisatorisch zusammengelegt. Um dem gleich entgegenzuwirken: Hier soll nicht das Missverständnis der Schließung von kleinen Schulen entstehen. Wir wollen nicht kleine Schulen schließen, sondern sie organisatorisch zusammenfassen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Denken Sie einmal darüber nach, was das heißt. Das heißt, dass die Schüler dort bleiben, wo sie bisher beschult werden. Aber es wird organisatorisch zusammengefasst. Das heißt, in diesem Fall müssen die Lehrer pendeln. Das halte ich für zumutbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das ist zumutbar!)

Den Weg der Strukturveränderungen wollen wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen. Deshalb werden wir intensive Gespräche führen. Aber wie schon gesagt: Am Ende stehen Entscheidungen der Politik, auch wenn sie unbequem sind.

Lassen Sie mich jetzt kurz auf einige **Vorschläge der Oppositionsfractionen** eingehen. Nehme ich nur Ihre Haushaltsanträge, muss ich feststellen, dass sie sich kaum von denen der Vorjahre unterscheiden. Lassen Sie mich vor allen Dingen auf den Punkt eingehen, der aus meiner Sicht der Punkt ist, in dem Sie zumindest vordergründig etwas versprechen, was Sie langfristig gar nicht halten können. Sie wollen LEG-Anteile verkaufen. Sie wollen Nordwest-Lotto verkaufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie doch auch!)

Bei der Kapitalisierung der Zweckerträge wollen sie 5 % mit einbringen. Dadurch wollen Sie zusätzliche Stellen finanzieren.

(Rainer Wiegard [CDU]: Das ist verkehrt!)

Die FDP löst das entsprechende Problem mit dem Vorschlag, sämtliche Anteile des Landes an der Landesbank sowie die restlichen Anteile an der LEG zu verkaufen. Sie kommen auf eine zusätzliche Einnahme in einer Größenordnung von 580 Millionen €.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das!)

(Lothar Hay)

Bei beiden Vorschlägen stellt sich die Frage: Ich habe immer gelernt, man kann nur einmal verkaufen.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist es! - Lebhafter Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wenn Sie mit den erhöhten Verkaufserlösen zusätzliche Stellen finanzieren wollen, dann beantworten sie doch einmal die Frage - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen wir ja gar nicht! - Zurufe von der CDU)

- Es geht um Ihre Vorschläge. Was wollen Sie im nächsten Jahr verkaufen?

(Beifall bei der SPD)

Wollen Sie den bayerischen Ministerpräsidenten fragen, ob er das Wattenmeer verkauft?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Damit bin ich bei dem Thema Landesbank. Wir sollten versuchen, dieses Thema im Rahmen der Haushaltsdebatte etwas länger zu beleuchten.

Ich bin ja mit Ihnen, Kollege Kubicki, einig. Auch wir sind bereit, über den Verkauf von Anteilen an der **Landesbank** nachzudenken. Diesen Weg wollen wir auch gehen. Nur stellen sich dabei folgende Fragen: Wann verkauft man? An wen verkauft man? Und wie viel Prozent verkauft man? Ich kann mir als Partner der Landesbank Schleswig-Holstein/Hamburg sehr gut eine große Bank im skandinavischen Bereich vorstellen, und zwar auch vor dem Hintergrund der Entscheidungen des EU-Gipfels in Kopenhagen und des Beitritts von Polen und der baltischen Republiken zur EU ab 2004, was wichtige wirtschaftliche Impulse gibt.

(Beifall bei der SPD)

Was den Zeitpunkt betrifft, so bin ich der Meinung, dass wir die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 12. Dezember zumindest mit berücksichtigen müssen. Ich denke, es ist den meisten gar nicht so bewusst, dass der Europäische Gerichtshof insoweit eine Vorentscheidung getroffen hat. Der EuGH hat klargestellt, dass eine Rückzahlung der Beihilfen inklusive Zinsen - dies betrifft die WestLB für das zugeführte Wohnungsvermögen - nicht in bar erfolgen muss, sondern auch durch eine Erhöhung des Landesanteils erfolgen kann. Im Umkehrschluss würde das für uns bedeuten, dass der Landesanteil am Gesamtvolumen unserer Landesbank wächst.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nicht mehr nach der Fusion!)

Das sollten wir zumindest abwarten. Über Summen, die ich durch einen Verkauf erzielen will, kann man sich vortrefflich öffentlich unterhalten, lieber Wolfgang Kubicki. Aus meiner Sicht profitiert in erster Linie ein eventueller Käufer davon, weil er weiß, dass wir ja verkaufen müssen.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Der Finanzminister hat eine Prozentzahl genannt. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den von Ihnen in Ihren Haushaltsanträgen genannten 580 Millionen. Da kann sich jeder Käufer ausrechnen, was Sie für den Verkauf des gesamten Anteils des Landes erwarten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Minister Claus Möller - Widerspruch bei CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind parlamentarischer Brauch. Sie richten sich aber an den Redner und nicht an die Regierungsbank.

(Rainer Wiegard [CDU]: Dann muss er ein bisschen bei der Sache bleiben!)

Lothar Hay [SPD]:

Lassen Sie mich kurz auf das Thema **Bildung** eingehen. Als Konsequenz aus der PISA-Studie muss den **Schulen** mehr Freiheit gegeben werden. Der einzelne Schüler muss mehr gefördert und gefordert werden. **Pädagogische Freiheit** bedeutet nicht, dass es keine Lernziele gibt. Wir brauchen nicht mehr Fächer, sondern eher weniger.

- Das ist zusammengefasst das, was Bundespräsident Johannes Rau gerade in der letzten Woche zum Thema Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland gesagt hat. Aus meiner Sicht ist dies der Weg, der in die richtige Richtung zeigt. Gleichzeitig hat er etwas gesagt, was wir aus meiner Sicht manchmal vielleicht auch etwas mehr beherzigen sollten. Er hat sich nämlich zur öffentlichen Bewertung von Lehrerinnen und Lehrern geäußert. Wer selbst in diesem Bereich tätig gewesen ist - insofern steht jetzt jemand hier -, weiß, dass die meisten Lehrer auch in Schleswig-Holstein mit dem Einsatz der gesamten Persönlichkeit im Schuldienst tätig sind. Deshalb haben sie mehr öffentliche Achtung und Anerkennung verdient. Dazu können wir beitragen, indem wir dies an der einen oder anderen Stelle ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

(Lothar Hay)

Bei allen Einschränkungen, die wir aufgrund der finanziellen Situation des Landes vornehmen werden, wird auch 2003 die Bildung eine herausgehobene Rolle spielen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist eine Phrase!)

Wir werden 150 neue Planstellen im Bildungsbereich finanzieren. 50 weitere werden aus dem Haushalt erwirtschaftet werden müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Virtuelle!)

Wir haben mit Beginn des Schuljahres 2002/03 an 69 Schulen Ganztagsangebote in unterschiedlichster Form auf den Weg gebracht. - Ihre Skepsis ist mir noch im Ohr. - Die Betreute Grundschule soll in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden. Dort, wo es ab Sommer 2003 die „Verlässliche Halbtagschule“ gibt, muss über eine weitere Einbeziehung der Betreuten Grundschule, wo immer sie existiert, nachgedacht werden. Ein weiterer Punkt: Wir alle wissen, dass sich die Bewerber aufgrund der Situation an den berufsbildenden Schulen sehr gut aussuchen können, wo sie hingehen. Wir haben dem durch einen kleinen Haushaltsantrag Rechnung getragen, und zwar durch die Erhöhung der Vergütung für Referendare im berufsbildenden Schulbereich, in der Hoffnung, dass sich dadurch mehr Anwärter für Schleswig-Holstein entscheiden werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Jetzt endlich!)

Lassen Sie mich - auch weil der Rektor der Christian-Albrechts-Universität in der Loge sitzt - nun auf das Thema der **Hochschulen** in Schleswig-Holstein eingehen. Wir waren leider nicht in der Lage, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei der Fachhochschule Wedel haben wir die Kürzung von 200.000 €, die die Landesregierung vorgeschlagen hat, auf 14.000 € reduziert. Damit ist für die SPD auch zum Ausdruck gebracht worden, dass diese Fachhochschule erfolgreich arbeitet und dass eine Kürzung in der vorgesehenen Größenordnung eventuell erhebliche Existenzschwierigkeiten gebracht hätte. Im Übrigen erwarten wir von der Erichsen-Kommission einige grundlegende Hinweise.

Nun muss ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Ich habe in vielen Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass die **Erichsen-Kommission** einen Vorschlag unterbreiten wird, der überall einen Aufschrei erzeugen wird. Warten wir es ab. Ich gehe davon aus, dass der Vorschlag der Erichsen-Kommission, der uns Ende des ersten Quartals 2003 vorgelegt werden wird, auch aus regionalen Gesichtspunkten Unbequemlichkeiten beinhalten wird. Dann kommt es auf uns an.

Das ist die Absicht der Sozialdemokraten im Landtag: Wir wollen diese Unbequemlichkeiten auch bei regionalen Protesten umsetzen, weil es aus unserer Sicht keinen anderen Weg gibt als die skizzierten Veränderungen. Viele haben ja schon mit den Kommissionsmitgliedern gesprochen. Der Weg heißt Strukturveränderung, damit unsere Hochschulen in Zukunft über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um ihren dringend notwendigen Forschungs- und Lehrbedarf auch in Zukunft befriedigen zu können. Das muss der Weg sein, auch wenn dies ein Weg ist, der erst mittel- und langfristig zum Tragen kommt. Es gibt auch dazu keine Alternative. Es muss Einschnitte geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema **Arbeitsplätze** ist ein wichtiges Thema. Ich gehe davon aus, dass das Hartz-Konzept auch durch den Vermittlungsausschuss im Bundesrat in dem Sinne umgesetzt wird, wie auch wir Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein dies immer wieder gefordert haben,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 2:1!)

dass es mehr Anreize zur Aufnahme von Beschäftigung gibt, auch mit mehr verpflichtendem Charakter. Wir haben in Schleswig-Holstein gute Erfahrungen mit dem Elmshorner Modell gemacht. An diese Erfahrungen anknüpfend, wollen wir weiterarbeiten.

Lassen Sie mich kurz noch auf die Verlängerung der **Ladenöffnungszeiten** eingehen, ein Thema, das kurz vor Weihnachten immer aktuell ist. Wir sind uns sicherlich einig darüber, Kollege Kubicki, dass wir mehr Konsum brauchen, damit zumindest die Binnennachfrage steigt. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ist dafür kein taugliches Mittel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh!)

Vielen Menschen fehlt es nicht an einem Zeitpunkt, zu dem sie einkaufen können, sondern es fehlt ihnen einfach das Geld, um einkaufen zu können. Eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, für die ich ja auch bin, kann man nur mit folgender Frage begründen: Mit welcher Berechtigung schreibt der Staat uns vor, wann was angeboten oder wann was gekauft werden darf?

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Was die Arbeitszeiten betrifft, so weiß ich, dass die Gewerkschaften andere Positionen vertreten. Nur, die Arbeitszeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nicht durch das Ladenschlussgesetz fest-

(Lothar Hay)

gelegt, sondern sie werden durch den Tarifvertrag festgelegt.

(Beifall bei der SPD - Demonstrativer Beifall bei der FDP - Roswitha Strauß [CDU]: Er hat es verstanden! - Weiterer Zuruf von der CDU: Eine ganze Menge gelernt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will meiner Einlassung zu den Ladenöffnungszeiten - auch weil ich gestern noch einen Kollegen Fraktionsvorsitzenden in der Innenstadt getroffen habe -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich war es nicht! Ich habe noch gearbeitet!)

gern mit der Aufforderung verbinden, doch bis zum Heiligen Abend noch den einen oder anderen Euro in der heimischen Wirtschaft zu lassen. Sie sichern damit die Beschäftigung, Sie stärken den Mittelstand und gleichzeitig führt dies zu mehr Steuereinnahmen beim Land Schleswig-Holstein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie feststellen, dass es Übereinstimmungen zwischen Oppositionsfraktionen und Regierungsfraktionen gibt, so, glaube ich, sollten wir daran weiter arbeiten, um etwas für das Land Schleswig-Holstein zu bewegen. Dieses biete ich Ihnen jetzt wie auch in der Vergangenheit ausdrücklich an. Wir haben zumindest in einem Punkt nachgewiesen, dass dies auch bei unterschiedlichen Interessen möglich ist.

Ich darf mich bei allen Landesbediensteten für die Arbeit des Jahres 2002 bedanken und hoffe, dass wir ein erfolgreiches Jahr 2003 haben. Ich bedanke mich bei Ihnen für die konstruktive Zusammenarbeit.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Bevor ich weiter das Wort erteile, will ich eine geschäftsführende Bemerkung machen. Die Landesregierung hat mir mitgeteilt, dass sie infolge der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Bundeszuwanderungsgesetzes ihren Antrag auf Änderung des Landesaufnahmegesetzes zurückzieht und er somit heute nicht weiter auf der Tagesordnung enthalten ist.

Ich erteile jetzt das Wort dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich dem Kollegen Hay gern zusichern,

dass wir uns mit dem zweiten Teil seiner Rede konstruktiv auseinandersetzen werden. Schön wäre es nur gewesen, wenn auch ein paar Termine für die Umsetzung genannt worden wären.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zum letzten Teil gibt es sicherlich die eine oder andere Übereinstimmung, auf die ich noch kommen werde. Gratulieren will ich ihm aber zu dem ersten Teil seiner Rede, zu der großen Ehrlichkeit. Denn jedem, der diese Rede gehört hat und richtig aufnimmt, ist klar geworden, in welcher Ratlosigkeit diese Regierung und diese Koalition stecken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Hay, Sie haben ja Recht. Der Haushaltsentwurf, den uns diese Landesregierung heute vorlegt, ist nun wahrlich kein Zukunftsentwurf. Er bietet kein schlüssiges Konzept und bleibt im kurzfristigen Reagieren stecken. Damit werden Bürger und Wirtschaft verunsichert. Damit wird das wirtschaftliche Klima belastet und der auch von Ihnen angesprochene Konsum wird nicht angeregt und besonders Investitionen finden nicht statt.

Der Haushaltsentwurf macht eines deutlich, Frau Simonis: Sie können es einfach nicht. Weil Sie im Kern keine konkreten Konsolidierungsvorschläge machen wollen, kommen Sie mit so unsinnigen Vorschlägen wie Kürzung von Beamtenbezügen, insbesondere beim **Weihnachts-** und **Urlaubsgeld** oder Einführung der Vermögen- und Erbschaftsteuer mit ideologischen Neidargumenten. Nach der Einführung der Ökosteuer - ich erinnere daran: Rasen für die Rente -, Tabaksteuererhöhung - Rauchen für die Sicherheit - haben wir jetzt Vermögen- und Erbschaftsteuer für die Bildung, im Klartext: Sterben für die Bildung.

Das Karussell der Vorschläge von immer neuen Steuern und immer neuen Abgaben dreht sich doch inzwischen schneller als das Riesenrad auf der „Kieler Woche“.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie verlieren damit nicht nur Ihre politische Glaubwürdigkeit. **Steuererhöhungen** sind auch Gift für das Wachstum, das wir dringend brauchen.

Dabei weiß die Wahrheit doch jeder. Nicht die Terroristen, nicht die Wirtschaftsbosse und auch nicht die Banken, welche die Leitzinssenkung nicht weitergeben wollen, tragen Schuld an dieser Misere, sondern letztlich die Politiker, die Regierungen, welche die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** nicht so setzen, wie sie erforderlich sind, um ein **positives**

(Martin Kayenburg)

wirtschaftspolitisches Klima zu gestalten. Wir haben ein Klima, in dem sich die Verbraucher scheuen, Geld auszugeben, weil sie sich vor Depression und vor der Arbeitslosigkeit fürchten. Das ist wahrlich kein Klima, das uns weiterhilft.

Je weniger Geld ausgegeben wird - das ist eine Binsenwahrheit -, desto weniger Aufträge gibt es für die Wirtschaft, desto weniger **Arbeitsplätze** entstehen. Es droht Arbeitslosigkeit. Wenn die Firmen nicht produzieren, nicht investieren, dann werden wir auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, die wir dringend nötig haben, auch um damit unser Steueraufkommen insgesamt zu erhöhen. Das ist der Teufelskreis, in dem wir stecken und den wir nach meiner Auffassung wirklich nur gemeinsam durchbrechen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen in Deutschland und in Schleswig-Holstein ein **positives wirtschaftliches Klima**. Das ist die oberste Regierungspflicht,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

weil sich nur so das Wohl des Volkes, dem sich sowohl die Mitglieder der Bundesregierung als auch die Mitglieder dieser Landesregierung verpflichtet haben und was sie auch bei ihrem Amtsantritt geschworen haben, insgesamt mehr lenkt lässt.

Das **positive wirtschaftliche Klima** erreicht man aber nicht durch Diskussionen über Steuererhöhungen oder Abgabensteigerungen oder durch die, wie schon erwähnt, unsinnigen Diskussionen über die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Klimaverbesserung braucht **echte Steuersenkungen**. Aber davon sind Sie weit entfernt.

Im Gegenteil: „Steuervergünstigungsabbaugesetz“, das ist doch Ihre euphemistische Umschreibung für Steuererhöhungen. Sie haben es nur immer noch nicht kapiert.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wird doch nichts!)

Mit Ihrem Kampf für die Vermögensteuer haben Sie uns, Frau Simonis, in den letzten Wochen einmal mehr ein Beispiel dafür gegeben, wie man sich politisch verkämpfen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da ist sie auch ganz allein auf weiter Flur!)

Sie haben mit Ihrer Neidkampagne zum einen das **Land schlechteredet** und zum anderen Investoren abgeschreckt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Sie haben ja Recht, wenn Sie in der Zeitung sagen: „Wer den Standort ständig schlechteredet, darf sich nicht wundern, wenn Investitionen ausbleiben.“ Wer Vermögensteuer will, der redet den Standort schlecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Auch wenn Sie es noch nicht gemerkt haben sollten, alle Ihre Verbündeten sind Ihnen doch längst von der Fahne gegangen. Weder Herr Gabriel noch Herr Steinbrück stehen noch zu Ihnen. Sie stehen auf verlorenem Posten. Sie wollen wieder einmal beides. Sie wollen die Zinsabschlagsteuer und die Vermögen- und Erbschaftsteuer. Sie sind die Steuererhöhungsmi- nisterpräsidentin in diesem Lande.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, Sie haben dieses Land auch schlechteredet, weil Sie den Eindruck erweckt haben, dass Schleswig-Holsteins Überleben von der Vermögensteuer abhängt. Schauen Sie einmal genau hin: Das sind 1,04 % des Landeshaushalts. Das heißt, das Überleben des Landes hängt gerade einmal an 1,04 %. Das ist weniger - das garantiere ich Ihnen -, als Sie für die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst nachher real zu zahlen haben werden, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Zinsabschlagsteuer** könnte ja einen Vorteil für uns bringen, weil sie zumindest sozial gerecht zu sein scheint und die Flut des Kapitals ins Ausland stoppen wird, vielleicht sogar Kapital zurückführen wird.

Aber geben Sie doch endlich Ihren verlorenen Standpunkt auf! Der Kanzler hat Ihnen doch schon in der ARD-Sendung „Brennpunkt“ gesagt, dass die **Vermögensteuer** den Bundestag nie erreichen werde. Das Schlimme ist, Frau Simonis, dass dieses Land in Berlin nicht zählt, dass Sie nicht einmal mehr über Pläne informiert werden, dass Sie dieses Land allein ins Abseits geführt haben. Schade, Schleswig-Holstein hätte wirklich etwas Besseres verdient.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie verrennen sich ja nicht nur in der Steuerpolitik. Wenn es für das Regieren Schulnoten gäbe, Frau Simonis, dann müsste man jetzt sagen „Versetzung gefährdet“. Es fällt mir immer schwer, Extreme zu gebrauchen. Wir haben in der Vergangenheit die Regierungspolitik ja schon häufig als mangelhaft kritisieren müssen. Herr Astrup, Sie wissen, was Zeugnisnoten bedeuten. Was wir jetzt geboten bekommen, ist ein Ungenügend, eine glatte Sechs, und dies auch nach PISA.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(Martin Kayenburg)

Herr Astrup, dieses Land ist nun wirklich seit seiner Gründung in der schlechtesten finanziellen Verfassung, die es je gegeben hat. Der Finanzminister entblödet sich nicht, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festzustellen, nur weil er ungebremst weiter Schulden machen will.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, für den Fall, dass Sie es noch nicht gemerkt haben sollten, die Zahlen sind zwar dieselben geblieben, aber da steht jetzt nicht mehr D-Mark, sondern da steht Euro. Vielleicht kommt das ja auch bei Ihnen an, dass eine Milliarde € doppelt so viel ist wie eine Milliarde DM.

Aber ich will heute nicht viel Zeit auf die Vergangenheit verschwenden. Die katastrophale Ausgangslage des Landes kennt jeder. Ich glaube, wenn Sie eine ehrliche Analyse betreiben, meine Damen und Herren von Rot-Grün, dann werden Sie diesem Ergebnis auch nicht widersprechen. 15 Jahre Regierungsverantwortung unter der SPD mit Frau Simonis an verantwortlicher Stelle haben wirklich zu einem **finanziellen Desaster** geführt. Ständig steigende Schulden trotz regelmäßig steigender Steuereinnahmen, ständig sinkende Investitionen, ständig steigende Konsumausgaben, Ausverkauf des Landesvermögens zum Teil unter Wert, das ist der Weg, wie Sie dieses Land in die Pleite führen. Wenn Sie jetzt zum Beispiel feststellen, Sie würden eine Investitionsquote höher als im letzten Jahr von 10,2 % haben, Herr Minister, dann ist das doch Rosstäuscherei.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie setzen auf der einen Seite die Investitionsquote dadurch hoch, dass Sie die Flutopferhilfe mit in die Investitionen hineinrechnen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das! Unglaublich!)

Auf der anderen Seite kassieren Sie aus der verschobenen Steuerreform zusätzliche Mittel. Das nenne ich unseriös, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und FDP - Klaus Schlie [CDU]: So ist das mit der gesamten Politik!)

Sie haben den alten Grundsatz: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ längst zur Bedeutungslosigkeit verkommen lassen. Sie haben keine Reformpolitik betrieben. Ich kann ja verstehen, Herr Hay, dass Sie nach 38-jähriger Oppositionszeit 1988 versucht haben, mit Schwung in die politische Entwicklung hineinzugehen. Aber der angekündigte Reformkurs hat nie zu Reformen geführt. Er ist nie in einen Regierungskurs umgesetzt worden. Das ist Ihr Problem.

Die Politik des verschwenderischen Geldausgebens hat die Landesregierung nicht aufgegeben, sondern sie hat das Land damit an den Rand des Ruins geführt. Jetzt sitzen Sie fest. Jetzt haben Sie das Schiff Schleswig-Holstein auf den Grund gesetzt. Ich fordere Sie, Frau Simonis, deshalb auf: Kommen Sie endlich von Ihrer rot-grünen Brücke. Machen Sie Platz für einen Lotsen, der den richtigen Kurs kennt.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer von den Sozialdemokraten soll das denn machen?)

Es ist in Schleswig-Holstein Zeit zum Umsteuern. Der Schuldenkurs, bei dem Sie immer noch nach dem alten Strickmuster vorgehen: „Schulden links, Schulden rechts, Investitionen fallen lassen“ hat sich doch längst überholt. So lösen Sie die Probleme der Zukunft nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir wissen doch gemeinsam: Es gibt nur einen einzigen Weg, dieses Land zu sanieren. Der heißt:

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Regierungswechsel!)

Die dicken Brocken anpacken, Schulden senken, Personal sozial verträglich abbauen. - Das kann man in der Tat, Herr Kollege Kubicki, nur mit einem Regierungswechsel zuwege bringen.

Dazu gehört aber - das haben wir ebenfalls gefordert; da sind wir, denke ich, mit der FDP gemeinsam im Boot - nicht nur Schuldenabbau, sondern insbesondere auch **Aufgabenkritik** und **Abbau von Aufgaben**; denn nicht alles, was früher in öffentlicher Hand lag, muss auch so organisiert sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Aufgaben des Staates ändern sich entsprechend der gesellschaftlichen und staatspolitischen Weiterentwicklung. Neue Aufgaben erfordern zwangsläufig den Abbau beziehungsweise die Umschichtung von alten Aufgaben.

„Das Betreiben eines Klärwerks muss eben keine hoheitliche Aufgabe sein, wenn es auch anders praktisch funktionieren kann.“

Herr Hay, dieses hat Ihnen einer Ihrer Vorgänger, nämlich Gert Börnsen, am 3. Juni 1992 gesagt. Ich bin erfreut darüber, dass dieser Satz heute offenbar auch Eingang bei der SPD gefunden hat. Herr Hay, Herr Börnsen hat damals auch gesagt:

„Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, denen wir großen Dank schulden, ehrlich sagen, dass

(Martin Kayenburg)

wir auch in Zukunft an drastischen Personal Kürzungen nicht vorbeikommen werden. In soweit werden wir auch betriebsbedingte Kündigungen noch einmal überprüfen müssen.“

(Lothar Hay [SPD]: Betriebsbedingte Kündigung und betriebsbedingte Entlassung ist ein Unterschied!)

- Dazu werden wir noch kommen. Ich werde Ihnen gleich etwas zu kw-Vermerken und Ähnlichem sagen, Herr Kollege Hay.

Mich trennt von Herrn Börnsen politisch gewiss eine ganze Menge. Aber wo er Recht hat, hat er Recht. Es gibt in dieser Geschichte ein Problem. Das heißt Simonis. Sie, Frau Simonis, haben nämlich als damalige Finanzministerin und spätere Ministerpräsidentin nicht auf ihn gehört. Sie sind bis heute untätig geblieben. Sie wollten doch einen so genannten Modernisierungsprozess auf den Weg bringen. Dazu stellt der Landesrechnungshof fest:

„Erstens. Das Ergebnis ist im Hinblick darauf, dass die Verwaltungsmodernisierung seit zehn Jahren einen Schwerpunkt der Landespolitik darstellt, ernüchternd.

Zweitens. Die Frage, ob die Landesverwaltung Schleswig-Holstein dadurch tatsächlich moderner geworden ist, kann die Landesregierung nicht beantworten, denn es fehlt sowohl an einer Eröffnungs- als auch an einer Schlussbilanz.“

Da kann ich nur sagen: in die Luft hinein gewirtschaftet. Der Landesrechnungshof, der sich in der Regel zurückhaltend ausdrückt, hat im Klartext doch Folgendes gemeint - da will ich gern ein Lied von Klaus Lage aufgreifen: Zehn Jahre modernisiert, zehn Jahre lang ist nichts passiert, und wumm hat es in Schleswig-Holstein auch nicht gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Frau Simonis, haben die Funktionalreform in den Sand gesetzt, weil Sie vor großen Reformvorhaben zurückgeschreckt sind.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es, Angst hat sie!)

Sie sind bei der Aufgabenkritik nicht vorangekommen. Insbesondere haben Sie sich nicht getraut, der Kritik auch den Abbau von Aufgaben folgen zu lassen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Sie haben zwar - das will ich gern zugeben - von Reformen geredet. Aber was haben Sie denn getan? - Stabsstellen eingerichtet, Lenkungsgruppen ins Leben gerufen, Projektgruppen auf den Weg gebracht. Aber Ergebnisse, die den Bürgerinnen und Bürgern Nutzen gebracht hätten, können Sie nicht vorweisen, schon gar keine, die zur Sanierung des Landeshaushalts beigetragen hätten. Sie, Frau Simonis, haben das kommunale System an die Wand gefahren. Heute betteln Sie noch nach Kooperationen. Ich sage betont: noch. Ich bin gespannt darauf, was nach dem 2. März von Ihnen in diesem Bereich auf den Weg gebracht werden wird.

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis, Ihnen sind die Dinge aus der Hand geglitten. Deswegen sage ich Ihnen: Wir wollen wirkliche Veränderungen. Wir wollen eine Restrukturierung der Regierungsarbeit. Deswegen will ich Ihnen sehr deutlich sagen, was wir in unserem Entschließungsantrag von Ihnen fordern: Legen Sie im Hinblick auf die Organisationshoheit, die in der Tat bei Ihnen liegt, bis zum 1. Juni - wir sind uns bezüglich der Daten fast einig, Herr Kollege Hay - ein Konzept für die **Reform der Verwaltungsstruktur** in Schleswig-Holstein vor, in dem die Verwaltung konsequent zweistufig organisiert wird. Das wird zu Kosteneinsparungen führen.

(Beifall bei der CDU)

Machen Sie doch endlich Ernst mit dem **Verwaltungsabbau**, indem Sie bei den Ministerien und den nachgeordneten Behörden jede fünfte Stelle als „künftig wegfallend“ ausweisen und durch eine sofortige dauerhafte Wiederbesetzungssperre dafür sorgen, dass die Personalkosten reduziert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Verlagern Sie die Aufgaben von Beauftragten, Beiräten und Kommissionen mit Ausnahme der Minderheitenbeauftragten in die zuständigen Ministerien. Auch das führt, Herr Kollege Fischer, zu Kosteneinsparungen.

(Rolf Fischer [SPD]: Die würde ich gern einmal hören! Sagen Sie die doch mal!)

- Wenn Sie sich mit unseren Haushaltsanträgen auseinander gesetzt hätten, dann wüssten Sie es längst!

Prüfen Sie alle vorhandenen Gesetze und Verordnungen innerhalb einer Frist von zwölf Monaten daraufhin, ob sie überhaupt noch sinnvoll sind. Das führt zu Deregulierung und Entbürokratisierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Martin Kayenburg)

Herr Fischer, Sie sind sonst ein so ruhiger Mann. Ihre Reaktion macht deutlich, dass wir Sie an der richtigen Stelle beim Nerv getroffen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, gehen wir doch gemeinsam ernsthaft an die verstärkte **Zusammenarbeit der norddeutschen Länder** heran. Die Verwaltungskooperation mit Hamburg muss doch bei den Eichämtern nicht Schluss machen. Statistische Landesämter und Obergerichte können genauso sinnvoll kooperieren wie beispielsweise auch die Landesplanung. Ich denke, da gibt es noch viel mehr. Mein Ceterum censeo ist nach wie vor, dass diese Zusammenarbeit nicht am Limes Holsatiae scheitern darf. Gliedern Sie das Land neu, indem Sie unmittelbar zu erfüllende Aufgaben den Ministerien zuordnen. Ich nenne zum Beispiel den Katastrophenschutz, das Polizeiverwaltungsamt und das Landesamt für Straßenbau. Haben Sie auch im unmittelbaren Regierungsbereich Mut zu Reformen, Frau Simonis. Führen Sie Abteilungen da zusammen, wo es sinnvoll ist. Geben Sie - das will ich an dieser Stelle noch einmal erwähnen - beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik in eine andere Ressortzuständigkeit. Sie werden dadurch mehr Effizienz und mehr Kosteneinsparungen erzielen.

(Beifall bei der CDU)

Sparen Sie durch einen neuen Zuschnitt der Landesregierung, indem Sie mindestens zwei Ministerien einsparen. Sie finden all diese Vorschläge in unserem Entschließungsantrag. Es ist Ihre Aufgabe, weil Führungsaufgabe, diese Reform umzusetzen. Sie müssen sie schon selbst wahrnehmen. Frau Simonis, ich weiß aus eigener Erfahrung, es gibt wahrlich schönere, angenehmere Dinge, als Personalkonzepte umzusetzen, um ein Unternehmen zukunftsfähig zu machen. Aber Schleswig-Holstein kann nur diesen Weg gehen, wenn es zukunftsfähig werden soll.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist richtig! Zu Ihrem Personalkonzept kommen wir nachher!)

- Vielen Dank für die Zustimmung, Herr Hentschel!

Wenn Sie diese Notwendigkeiten anerkennen, müssen Sie auch anerkennen, dass es zu den vornehmsten Führungsaufgaben gehört, solche Konzepte umzusetzen. Das verlangt Kraft und das verlangt Mut. Es ist natürlich einfacher, Projektgruppen zu beauftragen. Nur, ich sage - der Landesrechnungshof hat das bestätigt -, am Ende kommt dabei nichts heraus. Sie müssen schon selbst tätig werden.

Deswegen, Herr Hay, bestätigen wir heute das, was wir immer gesagt haben: Unsere Mitarbeit und Unter-

stützung, wenn Sie ernsthaft Reformen umsetzen wollen, sichern wir Ihnen zu. An der Notwendigkeit, dass das nur gemeinsam geht, zweifeln wir genauso wenig wie Sie. Deswegen sollten Sie auch anerkennen, dass wir diese Vorschläge machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber ich gestehe genauso: Das ist natürlich überhaupt keine selbstlose Nächstenliebe, das ist überhaupt kein Altruismus. Wir wollen im Jahre 2005 die Regierungsverantwortung in einem Land übernehmen, das auch noch bewegungsfähig ist, das nicht verkrustet daniederliegt, wie Sie es im Moment hinterlassen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zu einer Kooperation gehört aber auch, dass wir langfristig zum Vorteil des Bürgers diese Reformen umsetzen, und dann bedarf es einer sachgerechten Beratung des Haushalts. Es kann doch nicht sein, dass Sie in der letzten Woche einen verfassungswidrigen Nachtragshaushalt durchpauken, das wirtschaftliche Ungleichgewicht erklären, damit Sie mehr Schulden machen können, und heute einen Haushaltsentwurf 2003 vorlegen, der den Maßstäben der Verfassung ebenfalls nicht gerecht wird. Sie haben uns nicht einmal Zeit für eine angemessene Beratung der Nachschiebeliste gegeben. Eine Woche Zeit und dann durchgepaukt! Arrogant ist die Beratungszeit beschnitten worden und unser Vorschlag, den Haushalt im Januar zu verabschieden, ist von Ihnen mit faden-scheinigen Gründen abgelehnt worden.

(Zurufe von der SPD)

Das sind doch Belege dafür, dass auch die Mehrheitsfraktionen selbst keine ernsthafte Beratung des Haushalts mehr vorgenommen haben.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wo ist eigentlich die SPD-Fraktion geblieben, von der Gert Börnsen 1988 unmittelbar nach dem Regierungswechsel am 28. Juni Folgendes gesagt hat? -

„Die SPD will ein kritischer Begleiter der Landesregierung sein. Wir sind keine Ja-Sager, wir sind auch kein verlängerter Arm der Regierung. Wir begreifen uns als Parlamentarier, die Initiativ- und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung mit großer Ernsthaftigkeit wahrnehmen werden.“

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das war einmal! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir aber gespannt!)

(Martin Kayenburg)

Kritik an Berlin habe ich unterschwellig vernommen, Kritik an dem Versagen dieser Landesregierung haben Sie, Herr Kollege Hay, leider ausgespart.

Heute nicken Sie doch nur noch ab. Die Möglichkeit, eine dritte Lesung zu veranstalten, haben wir nicht gesehen, aber wie dem auch sei: Die Vorschläge, die Sie eingebracht haben, sind bis jetzt keine strukturellen Vorschläge, sondern nur der Hinweis auf eine vielleicht gemeinsame Zusammenarbeit, die auf der Basis dessen möglich ist, was Peter-Harry Carstensen und ich am 10. Oktober bereits vorgestellt haben. Dass Sie bisher nicht bereit waren, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, ist - so glaube ich - deutlich geworden. Aber ich kann akzeptieren, dass das vielleicht geändert werden soll. Nur, dann müssen Sie auch das gebetsmühlenartige Lamento über fehlende Vorschläge der CDU einstellen. Das ist ein Stück Scheinheiligkeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat auch keinen Sinn, wenn er sagt, dass Gemeinsamkeiten im Grundsatz bestehen!)

- Wir wissen doch ganz genau: Nachher werden unsere Vorschläge mit einer gewissen Schamfrist in Regierungshandeln umgesetzt. Ich erinnere an das Verkehrskonzept, ich erinnere an die Kapitel „Betreute Grundschule“, Ganztagschule, Einstellung von neuen Lehrern. Wir begrüßen es ja, dass Sie uns da folgen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind der Vorreiter von Ganztagschulen? Da lache ich mich ja tot! Sie sind 20 Jahre lang dagegen gewesen!)

Nur, an anderer Stelle versagen Sie nach wie vor. Ich will da die **Hochschulen** gern noch einmal ansprechen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Geschichtsklitterung, Herr Kayenburg!)

Warum erkennen Sie eigentlich nicht an, was die CDU-Fraktion für die Finanzierung des erforderlichen Mehrbedarfs der Hochschulen, zur Vermeidung von Stellenstreichungen - was dahinter steckt, können Sie sich als Haushaltspolitiker denken - vorgeschlagen hat? Es kann doch nicht sein, dass Sie auf der einen Seite PISA beklagen und auf der anderen Seite bei den Hochschulen in Bewegungsunfähigkeit stecken bleiben. Das ist der Weg, den wir nicht mitgehen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Hentschel, zu Ihren Zwischenrufen kann ich nur sagen: Diese Noch-Regierungskoalition ist ein willfähiger Wasserträger für eine versagende, vor dem Umbau stehende Regierung,

(Widerspruch bei der SPD)

unfähig, eigene Konzepte vorzulegen.

Was bei Ihnen nicht aufgrund von Aktionismus überschwappt oder verschüttet wird, das läuft doch längst durch den löchrigen Eimer Ihrer Ideenlosigkeit. Das soll hier doch einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen wirklich nicht weiter, Sie werden bald auf dem Trockenen sitzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja was für ein Wörterbuch für Beschimpfungen!)

Ohne unsere Beteiligung an den Reformkonzepten wird es keine Umkehr und insbesondere kein Wachstum in diesem Land geben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Ministerpräsidentin, Ihr Haushalt erinnert mich wirklich an Silvester. Der Diener James, Claus Möller, fragt seine Chefin, Miss Sophie, Heide Simonis: The same procedure as last year?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Diesmal ist er aber vorher volltrunken!)

- Diesmal ist er vorher volltrunken! - Und sie antwortet: Yes, James, the same procedure as every year. Genauso wird in Schleswig-Holstein mit dem Haushalt umgegangen!

Sie entwickeln einfach keine neuen Ideen. So genannte Einnahmeverluste entstehen immer nur durch zu hohe Einnahmeerwartungen und die so genannten Verluste werden von Ihnen dann dadurch ausgeglichen, dass Sie anderen in die Tasche greifen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wie groß Ihre Not und Unfähigkeit ist, weist doch Ihr Haushaltsplan aus. Herr Kollege Wiegard wird auf unsere Verbesserungsvorschläge noch im Einzelnen eingehen. Lassen Sie mich aber wenigstens einige Punkte herausgreifen.

Planlose Kürzungen bei Zuwendungen und Zuschüssen! Ich denke, dass kann doch nicht der Weg sein, wie unser Land aus der Finanzmisere herausgeführt werden soll. Sie vergessen sogar bei Ihren Kürzungen die Zukunft unseres Landes. Während Sie für den Internetauftritt der Landesregierung immerhin

(Martin Kayenburg)

450.000 € vorsehen, also für die „Verkaufsabteilung“ Ihrer Regierungspolitik - das ist ein völlig falscher Schwerpunkt! -,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Widerspruch der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD])

sparen Sie kurzfristig in einem Bereich, der für unser Land wesentlich wichtiger wäre, nämlich bei Olympia. Das bringt Image, das bringt Investitionen, das bringt Arbeitsplätze! Ebenso ist es bei einem Erfolgsprodukt wie dem Schleswig-Holstein Musik Festival.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das können doch nicht die Konzepte für die Zukunft sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne das kurzfristig, ich nenne das eigennützig. Damit schaden Sie dem Image unseres Landes. Aber zur „Verkaufsabteilung“ der Landesregierung: Ein bisschen muss man es ja verstehen. Wer schon keine Produkte hat, muss vor der Landtagswahl 2005 mindestens das anständig verpacken, was er bisher nicht geleistet hat. Das steckt doch hinter Ihrem Haushaltsansatz.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es um Zuschüsse und um Zuwendungen geht, wenigstens bei den Minderheiten haben Sie sich ja bewegt, sodass wir da nicht mehr tätig werden mussten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso nicht mehr tätig werden müssen? Wir machen einen gegenfinanzierten Vorschlag und Sie verlassen sich darauf?)

- Wir werden an dieser Stelle die Vorschläge unterstützen, aber Ihren Gesamtvorschlag ablehnen. Wir können an der Stelle von mir aus sogar eine namentliche Abstimmung machen, Frau Heinold.

(Weitere Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur, Ihren Vorschlag werden wir ablehnen, weil er unsolid finanziert ist.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann stimmen Sie bitte auch den Kürzungsvorschlägen in gleicher Höhe zu!)

Ich will an der Stelle sagen: Wie kommen Sie eigentlich dazu, beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund zu sparen? Diese Kürzung ist völlig unverständlich.

Wie kommen Sie dazu, wenn Sie hier Jugend, wenn Sie Bildung in den Vordergrund stellen, bei der politischen Jugend mit der Einsparung zu einem endgültigen Wegfall der Förderung zu kommen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist kurzfristig, das ist unpolitisch, meine Damen und Herren!

Frau Simonis, Sie haben für heute eine Blut-, Schweiß- und Tränenrede angekündigt. Aber Sie werden einmal wieder nur Verzicht von anderen verlangen, von Sportlern und Landwirten, von Vereinen und Verbänden, von ehrenamtlich Tätigen, die die staatliche Unterstützung wirklich am nötigsten haben. Das beweist doch schon die Nachschiebeliste dieses Finanzministers. Die Regierung trifft mit ihrem Not- und Übergangshaushalt wieder einmal die Schwächsten und verspielt ihre Glaubwürdigkeit völlig.

Ich wiederhole zum dritten Mal, Frau Simonis: Es ist geradezu schäbig, dass Sie in diesem Zusammenhang bei den Beamten, beim öffentlichen Dienst sparen wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wann je hat es so viele Demonstrationen und so viel Post für Sie gegeben, und das aus einer Klientel, die weiß Gott nicht immer uns nahe gestanden hat, die Sie in einer Form kritisiert, die manchmal geradezu peinlich ist! Man soll sich nicht auf das Niveau begeben, das wir kürzlich lesen konnten. „Heide heißt sie, uns beschießt sie“, hieß der erste Wagen der Demo. Das war das große Plakat.

Aber wenn die Gewerkschaft der Polizei empört und voller Zorn schreibt, wenn der Deutsche Beamtenbund von Ihren „irrwitzigen Plänen“ berichtet, wenn die Gewerkschaft GEW die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht als Rettungsring für eine verfehlte rot-grüne Politik verstanden wissen will, wenn der VLW sie auffordert, fair zu bleiben - Frau Simonis, dann merken sie doch, dass Sie die Grenzen längst überschritten haben, dass Sie nicht mehr ernst genommen werden von der Bevölkerung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was für diese Betroffenen gilt, gilt auch für die Forstwirte, die sagen: Rot-Grün schadet dem Wald in Schleswig-Holstein.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt für den Paritätischen Wohlfahrtsverband, der deutlich macht, dass der Verlust ehrenamtlicher Strukturen die Folge ist und dass künftig zusätzliche

(Martin Kayenburg)

Kosten auf uns zukommen werden, weil das, was bisher ehrenamtlich geleistet worden ist, dann hauptamtlich zu finanzieren ist.

(Beifall bei CDU und FDP - Jutta Schümann [SPD]: Das wollen Sie alles mit dem Internet-Portal finanzieren?)

Wer so mit den Betroffenen umgeht, wer von anderen etwas fordert, der muss zunächst einmal bei sich selbst anfangen, Frau Simonis,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

und er muss vorher mit den Menschen reden, bevor er andere belastet. Zwei Fehler, wie immer: Nicht sich selbst in den Fokus der Sparbemühungen gestellt und nicht mit den Menschen geredet. Das musste schief gehen.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ein Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie keine eigenen Ideen haben und wenn Sie von uns keinen Rat annehmen, dann schauen Sie sich doch wenigstens einmal die Forderungen der Steuergewerkschaft an. Wenn Sie uns nicht glauben, vielleicht glauben Sie ja das, Herr Neugebauer. Die Steuergewerkschaft hat am letzten Wochenende gefordert: Minimierung der Führungsstäbe in den Ministerien einschließlich der Staatskanzlei, Reduzierung der Anzahl der Ministerien, keine kostspieligen Gutachten, wenn sie nicht beachtet werden, ordentliche Gesetzgebung statt Flickschusterei.

(Jutta Schümann [SPD]: Einsparung von Diäten!)

- Frau Schümann, wenn Sie es nicht glauben, kann ich Ihnen das Flugblatt gern geben.

(Jutta Schümann [SPD]: Ich kenne das! Ich habe das auch gelesen! Sie müssen nur alles zitieren!)

- Das sind wörtliche Zitate. Die sollten Sie sich wirklich einmal zu Herzen nehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie diese gesammelten Kritiken einmal bewerten, müssten doch auch Sie eigentlich merken, dass die Bürger in unserem Lande viel weiter sind, dass sie mitgestalten wollen, dass sie aber auch bereit sind, Opfer auf sich zu nehmen, dass sie nur eines nicht akzeptieren: dass hemmungslos über ihre Köpfe hinweg Einschnitte getroffen werden, die so nicht zu verantworten sind. Seien Sie doch endlich mutig: Geben Sie doch die Freiräume für Maßnahmen, die notwendig sind! Gedankenfreiheit allein reicht nicht.

Was hier als Reform angekündigt worden ist, darf kein Sandkastenspiel bleiben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Und wo bleiben Ihre mutigen Vorschläge?)

Erstens, weil wir die Menschen ernst nehmen, und zweitens, weil wir nur dann den Haushalt sanieren können. Wir sollten uns doch zumindest in dem Ziel einig sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir jedenfalls müssen uns mit unseren Vorschlägen nicht verstecken. Unsere Politik ist - wie es die CDU bei ihrem jüngsten Parteitag formuliert hat - „besser für die Menschen“. Das ist unser Antrieb. Einzig und allein darum hat es auch in diesem Landtag zu gehen: besser für die Menschen.

Wir können es besser für die Menschen, weil wir an die gerechte Kraft glauben, die der Wettbewerb entfaltet. Besser für die Menschen, weil wir nach wie vor die kleine Einheit, die Kommune und die Familie, im Fokus haben und nicht auf eine allmächtige Zentrale setzen. Besser für die Menschen, weil wir die richtigen Anreize schaffen. Besser für die Menschen, weil wir an die Kraft der Menschen glauben, an die Kraft jedes Einzelnen, der mitmachen will und den wir gewinnen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Ich garantiere Ihnen: Im März nächsten Jahres werden wir hier über einen Nachtragshaushalt diskutieren, Frau Schümann. - Es darf nicht um die Politik des Augenblicks gehen.

(Beifall bei CDU und FDP - Jutta Schümann [SPD]: Da haben Sie Recht!)

Das ist der Fehler dieses Haushaltsentwurfs. Es muss - das ist unser Haushaltsansatz - um Zukunftsentwürfe für die Menschen gehen, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit standhalten.

Herr Hay, wenn Sie Ihre Hand in dem Sinne angeboten haben, sind wir gern bereit, uns ernsthaft und konstruktiv auch gemeinsam mit den kleineren Fraktionen mit diesen Vorschlägen auseinander zu setzen. Wir können in dieser schwierigen Situation wirklich nur gemeinsam für dieses Land Verantwortung übernehmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich als neue Besuchergruppen aus der Gewerbeschule 2, Lübeck, die Ausbildungsklasse Restaurantfach, und Schüler und Schülerinnen der Realschule Kronshagen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe von dieser Stelle aus schon häufig bemerkenswerte Reden des Fraktionsvorsitzenden der SPD kommentieren dürfen. Lieber Kollege Hay, die Rede, die ich heute gehört habe, war eine der bemerkenswertesten, und zwar deshalb, weil sie die völlige politische Orientierungslosigkeit der SPD dokumentiert hat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich finde den Aufruf zur Stützung der parlamentarischen Demokratie bemerkenswert. Wenn ich mir angucke, dass beispielsweise bei der Rede des Oppositionsführers nur ein Drittel der SPD-Fraktion im Saal ist,

(Beifall bei FDP und CDU)

wo es doch um den Haushalt 2003 geht, würde ich schon einmal darüber nachdenken, Herr Kollege Fraktionsvorsitzender, ob es gegenüber dem Parlamentarismus insgesamt nicht angemessen wäre, dafür Sorge zu tragen, dass bei so wichtigen Fragen, die ja in Ermangelung einer sinnvollen Ausschussberatung im Plenum diskutiert werden müssen, auch die SPD-Fraktion vielleicht anwesend wäre.

(Beifall bei der FDP)

An wen haben Sie eigentlich die Kritik an dem Vergleich Brüning/Schröder gerichtet? Bisher jedenfalls war ich der Auffassung, dass Gerhard Schröder noch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ist und Oskar Lafontaine auch, Ihr ehemaliger Bundesvorsitzender, der von hier ja wegen seiner visionären Vorstellungen bejubelt worden ist.

(Zuruf: Guter Mann!)

- Ich höre „ein guter Mann“, das mag ja alles sein, Herr Fischer. Aber das an die Opposition zu richten, man sollte mit solchen Vergleichen sehr vorsichtig sein, finde ich schon bemerkenswert. Das ist ein Vergleich, der aus den Reihen der Sozialdemokratie kommt, im Übrigen - wenn ich das richtig in Erinnerung habe - von einem linken Sozialdemokraten, den

die SPD Schleswig-Holstein als ehemalige linke SPD unterstützt hat. Das sollte wenigstens für die Geschichtsbücher festgehalten werden.

Herr Kollege Hay, dass die SPD Schwierigkeiten damit hat, dass mittlerweile die auch in diesem hohen Hause vehement geforderte Abschaffung der **630 DM-Verhältnisse** umgekehrt worden ist, war doch die Ungerechtigkeit per se. Dass sich nun die Sozialdemokraten hinstellen wie Wolfgang Clement und sagen: „320.000 neue Jobs werden auf diese Art und Weise geschaffen“ lässt doch bei uns die Frage aufkommen: Wer hat es eigentlich zu verantworten, dass diese 320.000 Jobs nicht bereits bestehen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass die Regelungen der **Scheinselbstständigkeit** wieder abgeschafft werden müssen - dazu haben wir Ihnen doch gesagt, was es daraus für wirtschaftliche Konsequenzen gibt. Sie wollten das nicht hören. Die Konsequenzen sehen wir jetzt in mangelndem Wachstum, in mangelnder Beschäftigung. Dass es jetzt endlich korrigiert wird, ist möglicherweise bessere Einsicht aufgrund der wirtschaftlichen Daten, aber ein Verlust an wirtschaftlichem Wohlstand wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Sozialdemokraten früher auf uns gehört hätten.

(Beifall bei der FDP)

Gleiches gilt für die Frage der **Zinsabgeltungssteuer**. Auch dies ist von Union und FDP seit Jahren vehement gefordert, von Ihnen bekämpft worden. Jetzt soll es das goldene Ei sein, das dazu beiträgt, dass möglicherweise auch Steuerehrlichkeit wieder hergestellt wird, dass Gerechtigkeit wieder hergestellt wird. Ich habe Ihren neuen Generalsekretär Scholz vernommen, der vieles von dem, was Sie heute vorgetragen haben, nicht teilt. Was die Reform der sozialen Sicherungssysteme angeht, hat er gesagt: Das ist gar nicht notwendig. Im Gegensatz zur SPD des Landes. Auch hier ist die SPD offensichtlich fortschrittlicher geworden. Dass dieser Generalsekretär sagt, es sei besser 25 % von 100 zu bekommen als Null von gar nichts, leuchtete uns auch früher ein.

Die spannende Frage ist, warum die SPD nicht früher auf diesem Trip war. In anderen Bereichen - zum Beispiel der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und der Umwandlung der Landesbank in eine Aktiengesellschaft - waren wir übrigens schon seit zehn Jahren auf einem anderen Trip als Sie. Es hat zehn Jahre gedauert, bis Sie soweit gekommen sind. Dieses Land hätte heute weniger Schwierigkeiten,

(Wolfgang Kubicki)

wenn Sie auch hier schon früher unseren Vorschlägen gefolgt wären. Jetzt laufen Sie hinterher.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der **Haushaltentwurf 2003** schließt sich nahtlos an die Haushaltsentwürfe der vergangenen Jahre an. Er ist schon vor seiner Verabschiedung veraltet, irreführend und deshalb wertlos. Ich sage in aller Offenheit: Obwohl mir in den letzten zehn Jahren bereits viel passiert ist, habe ich selten einen Haushalt gesehen, der so massiv gegen die Grundsätze der **Haushaltswahrheit** und der **Haushaltsklarheit** verstößt wie dieser. Zusätzlich - das ist bedauerlich - sollen endgültig alle Schranken gegen die Schuldensucht fallen. Man sucht vergebens konsolidierte und tragfähige Finanzen. Die Landesregierung hat den seit 1988 angekündigten Abbau der Neuverschuldung oder gar der Schulden des Landes endgültig auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Die Kernbereiche der Landespolitik - Bildung, innere Sicherheit und Infrastruktur - werden wie üblich vernachlässigt. Schwerpunkte, die ein strategisches politisches Konzept der Landesregierung finanziell abbilden, fehlen in diesem Haushalt vollständig. Das ist für mich überhaupt keine Überraschung. Der Landesregierung fehlt ja genau dieses Konzept. Sie folgt nur der dunklen Seite der Macht und macht Schulden. Alles in allem ist dieser Haushalt genau das, was ein Haushalt typischerweise sein sollte, nämlich das finanzielle Abbild der Regierungspolitik. In diesem Fall sind das zwei Seiten einer Gedenkmedaille für totales Finanzchaos und politische Unfähigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Die Menschen leiden bei dieser Regierung unter drei zentralen Problemen: Der Landesregierung fehlt der rote Faden. Sie glaubt bedauerlicherweise an ihre eigene Propaganda und sie schließt die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wie jedes Jahr aufs Neue durch Schulden.

Der Landesregierung fehlt die **zentrale Leitlinie**, anhand derer letztlich entschieden wird, was von dem Wünschenswerten und gleichzeitig noch Machbaren wichtig ist. Letztes Jahr behauptete sie noch, Arbeit, Bildung und Innovation seien ihre Schwerpunkte im Haushalt. Dazu war allerdings nichts zu lesen. Deshalb sind auch Arbeitslosigkeit, Bildungsabbau und Ideenlosigkeit daraus geworden. Dieses Jahr hat sie sich bereits angepasst. Der Schwerpunkt Innovation wurde vollständig gestrichen. Kollege Fischer, das ist zumindest wahrheitsgetreu. Die guten Ideen hat diese Regierung schließlich mit Amtsantritt vollkommen weggekürzt.

Wer allerdings glaubt, die verbliebenen **Schwerpunkte Arbeit und Bildung** fänden sich in der rot-grünen Politik wieder, findet sich getäuscht. Hier bleibt die Landesregierung im alten Trott. Trotz steigender Arbeitslosigkeit und immer neuer Hiobsbotschaften von Schulen und Universitäten des Landes kann die Landesregierung nichts anderes tun, als Arbeit und Bildung in Schleswig-Holstein noch weniger zu fördern. Die Landesregierung glaubt immer noch, ihre Politik orientiere sich an der Wirklichkeit im Lande. Überall sieht die Ministerpräsidentin Schleswig-Holstein vorn. Jede Statistik wird zum Jubelsturm missbraucht. Jedes Jahr bejubelt die Regierung zum Beispiel die hohe Gründungsquote in Schleswig-Holstein. Der erschreckende Anstieg der Insolvenzen fällt dabei regelmäßig unter den Tisch.

(Beifall bei der FDP)

Auch schlagen sich die **Gründerzahlen** leider nicht in höherem Wachstum oder höherer Produktivität nieder. Trotzdem klammert sich die Landesregierung immer fester an diesen Strohalm. Kollege Hay, da wir mit Bildern arbeiten wollen, sage ich: Das Statistische Landesamt hat gestern, am 17. Dezember 2002, die neuen Zahlen für Schleswig-Holstein veröffentlicht. Wir haben einmal alles, was schlechter geworden ist, rot markiert. Man muss es sich angucken: Es gibt eigentlich nur noch rote Markierungen. Wer jetzt davon spricht, dass Schleswig-Holstein auf einem guten Weg sei, der meint den guten Weg in den Abgrund.

(Beifall bei der FDP)

Die Landesregierung hat immer noch nicht begriffen, dass sie langfristig nicht mehr ausgeben sollte, als sie ohne neue Schulden einnimmt. Sie orientiert ihre Einnahmeerwartungen weiter an ihren Ausgabewünschen und will die Differenz mit Schulden decken. Im Haushalt 2003 veranschlagt die Landesregierung fast 570 Millionen € **neue Schulden**. Zusätzlich will sie sich im Haushaltsbegleitgesetz 500 Millionen € weitere Schulden genehmigen lassen. Der Finanzminister soll die Wertpapiere des Landes mit diesem Betrag beleihen können; angeblich um die Liquiditätspässe zu vermeiden. Warum wohl? Weil die Landesregierung gar nicht daran denkt, ihre Schulden in den Griff zu bekommen. Das Schema ist einfach: Jedes Jahr wird mehr Geld ausgegeben, als es selbst die kühnsten realistischen Einnahmeerwartungen hoffen lassen können. Die Differenz wird mit neuen Schulden gedeckt. Die Höhe dieser neuen Schulden wurde bisher im Haushaltsentwurf durch Vermögensverkäufe immer gerade unter die Kreditobergrenze gedrückt.

(Wolfgang Kubicki)

Schauen wir uns die Entwicklung seit 1988 an: In jedem Jahr wurden mehr als eine halbe Milliarde € neue Schulden gemacht. In sechs Jahren waren es mehr als 6 Milliarden DM. Trauriges Highlight ist selbstverständlich das Jahr 2002 mit 1,1 Milliarden € an zusätzlichen Schulden. Seit 1994 wurde gleichzeitig fast jedes Jahr **Landesvermögen** versilbert, meist unter Wert. 1994 wurden die Landesbankanteile samt der in ihnen schlummernden stillen Reserven an die WestLB verkauft. Die stillen Reserven hebt jetzt unser früherer Wirtschaftsminister Peer Steinbrück für Nordrhein-Westfalen. Es ist ein dreistelliger Millionenbetrag. 1995 wurde die Provinzial billig gerechnet und an den Sparkassen- und Giroverband veräußert, anstatt die Provinzial gleich - wie von uns damals gemeinsam vorgeschlagen - in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, die Anteile des Landes auf dem freien Markt zu veräußern und die stillen Reserven dem Lande zugute kommen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Letztlich wurde die **Provinzial** 2001 doch AG und das Land durfte zuschauen, wie andere den Reibach machten. Ein weiterer dreistelliger Millionenbetrag ist dem Land entgangen. Beim Immobiliendeal wurden die Landesliegenschaften innerhalb der Landesverwaltung verschoben. Dafür hat sich die Landesregierung eine halbe Milliarde € Kredit gegeben. Jetzt wird der Immobiliendeal weiter gedreht: Die Immobilien werden wieder innerhalb des Landes verschoben. Wenn der Finanzminister nicht aufpasst, muss er zweimal Abgeltungssteuer dafür zahlen. Und wofür das Ganze? Damit sich die Landesregierung Kredite genehmigen konnte, die sie jetzt durch Mieten an sich selbst zurückzahlen glaubt.

(Beifall bei der FDP)

Dann wurde die **LEG** verkauft; wieder um einen dreistelligen Millionenbetrag unter Wert. Im Gegenzug hat die Landesregierung die unternehmerische Führung aus der Hand gegeben. Sie kann die restlichen Anteile jetzt ebenfalls vertragsgemäß nur unter Wert verkaufen. Jetzt folgt die Fusion der Landesbanken, ohne dass auch nur der Versuch gestartet wurde, die Anteile der WestLB und der SüdwestLB zu vernünftigen Konditionen zurückzuholen, um wenigstens einen Teil der stillen Reserven für Schleswig-Holstein heben zu können. Dazu kommen Polit-desaster wie die Entbeamtung der Lehrer. Dies ist ein kostenspieliger Ausflug der Ministerpräsidentin ins „Nimmerland“. Die Reisekosten sind ebenfalls ein dreistelliger Millionenbetrag.

Kollege Lothar Hay, ich habe bisher die Antwort auf die Frage vermisst, was es rechtfertigt, dass das Land

Schleswig-Holstein bei der neuen **Landesbank** noch Anteile hält. Diese wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und kann und soll sich nicht anders betätigen als eine Geschäftsbank. Ich bin gespannt, was nach 2005 passieren wird. Auch hier gilt der Grundsatz: First come - first win. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Ich sage Ihnen voraus, dass wir für das Jahr 2005 sowie für die darauf folgenden Jahre deutlich weniger für die Aktien erhalten werden, als wir jetzt bei der Suche nach einem strategischen Partner erhalten könnten. Der Markt wird sich nämlich bis dahin bereinigt haben. Das werden Sie auch wiederum zulasten der schleswig-holsteinischen Landeskasse verantworten müssen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das interessiert ihn nicht einmal! - Beifall bei der FDP)

Jetzt hat die Landesregierung ein Problem: Das Landesvermögen geht zu Neige. Trotzdem will sie weiterhin mehr Geld ausgeben, als sie verfassungsmäßig einnehmen kann. Die neue Einnahmequelle sollen die Kredite auf den Wertpapierbestand sein. Um kurzfristige Liquiditätsengpässe geht es hierbei wohl kaum. Um diese zu überbrücken, darf der Finanzminister schon knapp 850 Millionen € an kurzfristigen Kassenverstärkungskrediten aufnehmen. Nein, die Landesregierung will sich eine weitere Hintertür zu noch mehr Schulden öffnen, damit sie ja nicht in die Verlegenheit kommen kann, die Finanzen des Landes in Ordnung bringen zu müssen. Unsere Sichtweise zu diesem Thema ist einfach: Man hilft Süchtigen nicht, indem man ihnen den Zugang zu ihrer Droge vereinfacht. Die Landesregierung ist weiterhin schulden-süchtig. Deshalb muss sie auf Schuldenentzug gesetzt werden. Wir lehnen die zusätzliche Kreditermächtigung ab.

Die Landesregierung ist anscheinend nicht fähig zu erkennen, dass solide Finanzpolitik damit anfängt, die Einnahmen vorsichtig zu schätzen und die Ausgaben diesen vorsichtigen Schätzungen anzupassen. Der Kollege Kayenburg hat darauf hingewiesen, dass wir im nächsten Jahr definitiv einen **Nachtragshaushalt** erwarten müssen. Sie haben März gesagt. Ich sage Mai, denn die **Mai-Steuerschätzung** wird erneute Einnahmeausfälle gegenüber der bisher prognostizierten Höhe bringen, die mit einem Nachtragshaushalt beantwortet werden müssen, weil die Wachstumsraten nach unten korrigiert werden. Wir sagen: Der vorsichtige Kaufmann - und bisher hat die Landesregierung erklärt, sie gehöre zu den vorsichtigen Personen dieses Lebens - würde seine Einnahmeerwartung vorsichtig schätzen und sein Ausgabeverhalten daran orientieren. Sie machen das genaue Gegenteil.

(Wolfgang Kubicki)

Im Vergleich zum Haushalt 2002 - inklusive des verfassungsmäßigen Nachtrages - steigen die **Einnahmen aus Steuern** und steuerähnlichen Abgaben um 6,3 %. Die Frage steht im Raum, woher die Steigerung kommen soll. Der Sachverständigenrat schätzt für 2003 ein **reales Wirtschaftswachstum** von einem Prozent und eine Inflationsrat von 1,6 %. Das ergibt ein nominales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von gut 2,6 %. Die Institute korrigieren dies noch weiter nach unten. Warum sollten die Steuereinnahmen fast zweieinhalb mal so schnell steigen? Hier ist das nächste Haushaltsloch schon vorprogrammiert. Ach ja, da ist auch noch das **Steuervergünstigungsabbaugesetz**. Kollege Hay, die Landesregierung setzt erhoffte Mehreinnahmen von 39 Millionen € aus einem noch nicht beschlossenen Gesetz an, von dem sie jetzt schon annehmen muss, dass es das Gesetzgebungsverfahren nur als schwaches Abbild seines Entwurfs überdauern wird.

Ein weiteres Haushaltsloch öffnet sich vor unseren Augen. Ich finde es bemerkenswert, dass sich ein Haushaltsgesetzgeber auf der Grundlage eines noch nicht verabschiedeten Gesetzes, von dem er bereits weiß, dass es so nicht verabschiedet werden wird, in die Taschen lügt, das heißt sein eigenes Haushaltsgebaren darauf abstellt - ein Verstoß gegen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, wie er schlimmer nicht sein kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die nächste Luftbuchung ist die geplante reale Kürzung der **Beamtenbezüge**. Die Landesregierung rechnet damit, 35 Millionen € nicht ausgeben zu müssen, weil sie den Beamten gern das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld und die Zulagen kürzen will. Herr Kollege Hay, ich habe viel Verständnis dafür, dass die sozialdemokratische Gerechtigkeit den Menschen draußen erklärt, dass man Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Zulagen erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe kürzen will. Aber wie Sie mit dieser bestimmten Höhe die 35 Millionen € erwirtschaften wollen, das müssen Sie erklären. Das ist schon wieder eine bewusste Irreführung der Menschen draußen. Es wird überall gekürzt. Wir machen das nicht mit, weil wir glauben, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bereits an ihrer Leistungsgrenze angelangt sind und dass sie dort, wo sie tätig sind, in der Regel eher zu schlecht als zu gut bezahlt sind.

(Beifall bei FDP und CDU)

Unser Konzept sieht anders aus: **Ausgaben verringern und dann Personal einsparen**, aber die, die tätig sind, ordentlich bezahlen. Dies steht im Gegen-

satz zu Ihrer Vorstellung, möglichst breit einzustellen und die Leute immer schlechter zu bezahlen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht wiederum nur, wenn diese Pläne Bundestag und Bundesrat passieren, wogegen momentan vieles spricht, denn die unionsregierten Länder haben gemeinsam mit der FDP erklärt, dass sie dieser **Öffnungsklausel** nicht zustimmen wollen. Wenn die Kürzungen, wie zu erwarten, nicht kommen, ist das nächste Haushaltsloch da.

Bei beiden Gesetzesvorhaben, Steuervergünstigungsabbau und Kürzung der Beamtenbezüge, verzichtet die Landesregierung auch auf kaufmännische Vorsicht. Risikoabschläge auf die zu erwartenden Maximaleinnahmen unterlässt sie großzügig. Noch-Finanzminister Möller macht seinem Titel als „Herr der Haushaltslöcher“ alle Ehre: Jetzt plant er schon vorsätzliche Haushaltslöcher ein, damit ihm nächstes Jahr niemand seinen Ehrentitel streitig machen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushaltsentwurf knüpft die Landesregierung nahtlos an die Reihe der verkorksten Haushalte der Vergangenheit an. Wenn dieser Haushaltsentwurf Gesetz wird, sind die Ausgaben gesetzlich festgelegt, beruhen die Einnahmen auf utopisch optimistischen Schätzungen und spätestens ab der Mai-Steuerschätzung wird der Finanzminister wieder schweren Herzens vor uns treten und verkünden, da stehe er nun und könne nicht anders, als **Haushaltssperren** zu verhängen, die globalen Minderausgaben zu erhöhen und noch mehr Schulden zu machen.

Ein bisschen vorgesorgt hat er selbstverständlich schon, zum Beispiel bei der **Polizei**. Schon im ersten Haushaltsentwurf hat er freimütig eingeräumt, dass die geplanten zusätzlichen Stellen nur zu Bruchteilen finanziert sind. In der Nachschiebeliste wird auch der Personalkostenansatz für Polizeibeamte um 0,5 % gekürzt, sodass die neuen Stellen nun gar nicht mehr finanziert sind. Auf unsere Frage, wie die neuen Stellen denn nun finanziert werden sollen, antwortet der Minister mit der Ausflucht der flexiblen Stellenbewirtschaftung, was nichts anderes heißt, als dass die Landesregierung schon jetzt auf die zusätzlichen Polizisten verzichtet hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der nächste Trick von Minister Möller besteht darin, sich und seinen Kollegen teure Reserven für Personalkostensteigerungen zu schaffen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen die Personalhaushalte decken. Dies heißt letztlich nichts anderes, als dass zum Beispiel die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Wolfgang Kubicki)

der mangelnden Personalplanung der Vergangenheit zum Opfer fallen soll.

Ein weiterer Trick soll die Verschiebung der Einstellung von **Lehrerreferendaren** sein. Anstatt die Referendare wie bisher im Februar einzustellen, damit sie sich auf ihre Unterrichtsverpflichtungen für das neue Schuljahr gut vorbereiten können, sollen die Referendare erst zu Beginn des neuen Schuljahres im August eingestellt werden. Auch das ist ein Taschenspielertrick. Referendare müssen heutzutage bedauerlicherweise sehr schnell nahezu vollwertigen Unterricht geben, weil die Schulen ansonsten überhaupt nicht mehr wüssten, wie sie den Unterrichtsausfall begrenzen können. Nimmt man den Referendaren die Einarbeitungszeit von Februar bis August, wird die Qualität des Unterrichts selbstverständlich darunter leiden, ja leiden müssen. Weil dieser Mangel allerdings nicht in diesem Haushalt, sondern erst in der nächsten PISA-Studie und in den Zukunftschancen unserer Kinder zu Buche schlagen wird, glaubt die Landesregierung, einen ungedeckten Scheck auf die Lebens Einkommen unserer Kinder ziehen zu können, um ihr gegenwärtiges Finanzchaos wenigstens kurzfristig auf dem Papier zu verdecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme damit zur **Bildungspolitik**, einem der verbliebenen, angeblichen Schwerpunkte der Regierung. Am schleswig-holsteinischen Bildungssystem kann man sehen, warum der Sozialismus zum Scheitern verurteilt war. Schleswig-Holsteins Schülerinnen und Schüler bekommen im Durchschnitt 10 % weniger Unterricht als in anderen Bundesländern üblich, und zwar aus Büchern, in denen die DDR noch lebt. Schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler bekommen also bei zehn Schuljahren neun Jahre Unterricht. In der innerdeutschen PISA-Studie sind wir, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf den Abstiegsplätzen gelandet. Das ist umso schlimmer, da Deutschland schon im internationalen Vergleich im unteren Tabeledrittel war. Bis zum Schuljahr 2004/2005 müssen nach Berechnungen des Landesrechnungshofes über 1.000 zusätzliche Lehrer eingestellt werden und bis zum Schuljahr 2009/2010 insgesamt über 2.000 - zusätzlich, wohlgemerkt.

Wie reagiert die Landesregierung? Zur mangelnden Unterrichtsversorgung heißt es, das werde durch die kleineren Klassen ausgeglichen. Das hat aber nicht funktioniert, sonst hätte Schleswig-Holstein im innerdeutschen Vergleich nicht so schlecht abgeschnitten. Aber die schlechten PISA-Ergebnisse hat die Bildungsministerin ohnehin erwartet, so jedenfalls ihrer lapidarer Kommentar. Mit anderen Worten: Die Bildungsministerin ist sich ihrer mangelhaften

dungsministerin ist sich ihrer mangelhaften Bildungspolitik bewusst.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wie stellt sich die Landesregierung Abhilfe vor? Zunächst senkt sie die geplanten zusätzlichen Lehrerstellen. Dann werden 50 erwirtschaftete Lehrerstellen im Sinn gerechnet. Wenn man dann in die Anlage zum Entwurf des Einzelplans 07 schaut, dann stellt man fest, dass im Jahr 2003 150 Lehrer mehr 10 Lehrer weniger bedeuten. 200 minus 50 im Sinn gleich minus 10, so einfach kann rot-grüne Mathematik sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so verspielt Rot-Grün die Zukunft unserer Kinder. Die Bildungsministerin versteckt sich dabei ständig hinter imaginären Dreisätzen der eben aufgezeigten Qualität von Lehrerstellen, Unterrichtsstunden pro Lehrer und Unterrichtsstunden, die rechnerisch schon, aber tatsächlich nicht bei den Schülerinnen und Schülern ankommen. Sie bleibt geflissentlich die Antwort auf die Frage schuldig, warum Schleswig-Holsteins Schülerinnen und Schüler nach 15 Jahren sozialdemokratisch geführten Landesregierungen erheblich weniger Unterricht bekommen als anderswo und deshalb im Durchschnitt erheblich schlechter auf das Leben vorbereitet werden als anderswo, und das, obwohl es selbst bis zu den Sozialdemokraten durchgedrungen ist, dass gute Bildung die beste Arbeitslosenversicherung und die beste Altersvorsorge ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich beantworte Ihnen die Frage: Schleswig-Holsteins Kinder werden unter dieser Regierung schlechter gebildet und ausgebildet als in anderen Bundesländern, weil die Landesregierung glaubt, dass ihr Rede vom politischen Schwerpunkt Bildung ausreicht, um alle Probleme zu lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gleiche gilt für die **Infrastruktur** des Landes. Die Investitionsquote im Landeshaushalt ist seit über einem Jahrzehnt gesunken und die tatsächliche Quote liegt jedes Jahr unter der geplanten. Das hat Zehntausende möglicher zusätzlicher Arbeitsplätze gekostet, inklusive der damit verbundenen Steuereinnahmen. Warum? Weil sich weniger Unternehmen angesiedelt haben, als es bei besseren Standortbedingungen der Fall gewesen wäre, weil die ansässigen Unternehmen weniger Menschen beschäftigen, als sie es unter besseren Standortbedingungen täten, und weil bei besseren Standortbedingungen weniger ansässige Unternehmen insolvent würden. Diese Opportunitätskosten verfehlter Standortpolitik stehen nicht offen lesbar im Haushalt. Deshalb verneint die Landesregierung sie auch und hält das rot-grün regierte Schleswig-

(Wolfgang Kubicki)

Holstein für die beste aller möglichen Welten. Trotzdem sind diese Opportunitätskosten real. Der stetig sinkende Anteil Schleswig-Holsteins am Bruttoinlandsprodukt der westdeutschen Flächenländer und der gleichzeitig steigende Anteil der schleswig-holsteinischen Arbeitslosen an den westdeutschen Arbeitslosen beweisen dies. Das sind doch die Daten, die wir als Fakten zur Kenntnis nehmen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend stelle ich fest: Dieser Haushaltsentwurf beweist wieder einmal die Unfähigkeit der Regierung, mit ihrer Politik zum Wohle des Landes und einer besseren Zukunft für die Menschen beizutragen. Mit selbstgefälliger Ankündigungspolitik und selbsttäuschenden Buchungstricks verweigert die Regierung den Menschen Schleswig-Holsteins nachhaltig eine bessere Zukunft.

Wir stellen uns die Zukunft des Landes anders vor und setzen andere Schwerpunkte. Deshalb stellen wir dem rot-grünen Finanzchaos erneut unser durchdachtes Finanzkonzept gegenüber.

(Heiterkeit bei der SPD)

- Kollege Astrup, man mag darüber lachen. Aber interessanterweise können wir darauf verweisen, dass wir mit dem, was wir bereits in der Vergangenheit gefordert haben, immer auf der richtigen Seite waren.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei der SPD)

- Ich komme gleich noch darauf zurück. Nicht wir, Kollege Hay, müssen den Bürgern des Landes sagen, dass wir bei ihnen kürzen wollen, weil angeblich George Bush die Weltkonjunktur in Grund und Boden gedampft hat. Sie müssen doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass die OECD-Studie Ihnen, den Roten und Grünen, bescheinigt, dass es durch Ihre Verweigerung der Politik zu einer Wirtschaftsmisere in Deutschland gekommen ist, die sich verstärkt hat und die sich fortsetzen wird, wenn Sie nicht endlich anfangen, Ihre Politik endlich an der Wirklichkeit auszurichten.

(Beifall bei der FDP)

Wir kürzen den Haushalt und schichten innerhalb des gekürzten Haushalts zu den Kernaufgaben der Landespolitik um. Bildung, innere Sicherheit und Investitionen in die Infrastruktur, Landesvermögen verkaufen wir einnahmemaximierend und verwenden die Erlöse nur, um neue Schulden zu vermeiden und alte zu tilgen. Das ist der einzig Erfolg versprechende Weg, um den Haushalt zu sanieren und zu konsolidieren. Auf diesem Konzept beruhen unsere Vorschläge.

Wir kürzen die Nettoausgaben um gut 500.000 € und steigern dabei die Investitionen netto um 22,7 Millionen €, die Bildungsausgaben netto um 16,5 Millionen € und die Ausgaben für die innere Sicherheit netto um 8,1 Millionen €. Wir stärken die Investitionskraft der Gemeinden, weil wir kein Geld aus dem kommunalen Investitionsfonds entnehmen und zusätzlich die Entnahmen der letzten beiden Jahre verzinst zurückzahlen. 16,3 Millionen € mehr für kommunale Investitionen!

Wir verkaufen die restlichen Anteile des Landes an der Landesbank und der LEG und lösen überflüssige Rücklagen auf. Mit den Erlösen senken wir die Nettoneuverschuldung um 569,4 Millionen € auf null und vermindern zusätzlich die Schulden des Landes um knapp 36 Millionen €. Gemessen an den Schuldengirgen von Rot-Grün ist das nicht viel, aber es ist die **erste Reduzierung der Landesschulden** seit Jahrzehnten überhaupt. Ein Anfang wäre gemacht.

Kollege Hay, wenn die öffentliche Hand ein Beispiel dafür geben kann, dass es eine verlässliche Finanzpolitik auch in der Zukunft geben kann, dass wir anfangen wollen mit dem Sparen, dass wir anfangen wollen mit dem Schuldenabbau, dann jetzt. Nur dann werden wir bei den Unternehmen Vertrauen gewinnen und sie zu Investitionen veranlassen können, von denen sie momentan Abstand nehmen. Es wird nämlich genau das befürchtet, was die Ministerpräsidentin ständig verkündet: regelmäßig mehr Steuern auf Ertrag und Einkommen mit der Folge, dass die Unternehmen Attentismus üben! Das verschärft das Problem, statt ihm entgegenzuwirken.

Selbstverständlich sind viele unserer Vorschläge der Sache nach nicht neu. Verlässliche Finanzpolitik zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass sie nicht ständig wie ein rot-grüner Flummi durchs Land hüpfet. Das Leben ist voller Überraschungen und die Menschen und Unternehmen haben schon mit genug Widrigkeiten und Veränderungen zu kämpfen. Die Politik sollte sich mit Überraschungen weitestgehend zurückhalten.

Gute Finanzpolitik ist nahezu langweilig: mittelfristig den Finanzhaushalt ausgleichen und über den Konjunkturverlauf die automatischen Stabilisatoren arbeiten lassen, keine hektischen diskreten Budgetveränderungen, um jedem noch so kleinen Schlenker der Wirtschaftsleistung hinterherzulaufen.

Die strukturellen Probleme des Landes haben sich kaum verändert. Sie sind nur gewachsen. Folglich passen unsere strukturellen Konzepte der letzten Jahre weiterhin. Es wird allerdings immer wichtiger, sie zügig und konsequent umzusetzen.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Kollege Hay, Sie haben die Opposition, insbesondere die Union, aufgefordert, an der Frage der **Reduzierung von Aufgaben des Staates**, der Organisation der Verwaltung mitzuwirken. Ich kann Ihnen nur sagen: Willkommen im Club! Lesen Sie einmal nach, was wir gemeinsam seit 1994/95 hier im hohen Haus gefordert und was Sie dauernd verweigert haben.

(Beifall bei der FDP)

Uns jetzt aufzufordern, wir sollten mittun, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Wir können Sie nur auffordern: Setzen Sie endlich die Vorschläge der Opposition um, damit zügig wieder Klarheit herrscht. Dann haben wir nichts zu befürchten.

Auf der **Einnahmeseite** schlagen wir Folgendes vor.

Wir verkaufen die Anteile des Landes an der neuen LB AG komplett für 500 Millionen €. Ich bin begeistert, dass der Finanzminister und der Fraktionsvorsitzende der SPD nun gerade uns sagten: Wer einen solchen Preis in den Raum stellt, der verschlechtert damit die Verhandlungsposition des Landes. - Ich kann nur feststellen: In der letzten Zeit hat das Land schlecht verhandelt, ohne dass wir irgendwelche Preise in den Raum gestellt haben. Erklären Sie mir einmal, warum der Finanzminister für einen fünfprozentigen Anteil

(Minister Claus Möller: Bis 5 %!)

einen Preis in den Raum stellen kann und wir nicht einen Preis für einen 29-prozentigen Anteil in den Raum stellen können.

(Beifall bei der FDP)

Die Logik Ihrer Argumentation erschließt sich mir nicht. Selbstverständlich haben wir nur aufgenommen, was wir mindestens als Erlös erwarten. Ich kann Ihnen sagen, Herr Kollege Hay, Herr Kollege Möller: Überlassen Sie die nächsten Verhandlungen einfach einmal Fachleuten, machen Sie das nicht selbst. Dann wird das Ergebnis besser ausfallen, als es bisher geschehen ist.

(Beifall bei der FDP - Holger Astrup [SPD]: Schlaumeier!)

Die Fusionsverhandlungen der **Landesbank** gehen dem Ende entgegen. Der Doppelsitz Hamburg/Kiel und die Sicherung der meisten Arbeitsplätze wird vertraglich abgesichert. Nach Abschluss der Fusion besteht für das Land kein Grund mehr, als Privatbankier aufzutreten. Die LB AG wird zentrale Funktionen für unsere Sparkassen erfüllen. Deshalb sollten wir zunächst dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein die Möglichkeit bieten, eine

Sperrminorität zu erwerben. Sollte der SGV das nicht wollen, dann werden sich andere Käufer finden. Der Kollege Hay hat bereits auf Interessenlagen aus Skandinavien hingewiesen.

Herr Kollege Hay, diese Interessenten werden sich ohne Abschlüsse finden. Im Gegenteil. In dem Maß, in dem wir bereit sind, ein derart großes Paket zu verkaufen, das eine Beteiligung von über 25 % ermöglicht, wird es eher einen Paketaufschlag als einen Paketabschlag geben. Vielleicht sollte ich das Ihnen und dem Kollegen Möller gelegentlich noch einmal erklären.

Es gibt außerhalb der schleswig-holsteinischen Landesregierung genug kluge Köpfe, die über den Teller und den Haushalt des laufenden Jahres hinaus blicken und strategisch planen können, auch wenn Finanzminister Möller das nicht glaubt und deshalb meint, alle anderen müssten ihm in seinem Fehlglauben folgen.

Das Anteilspaket des Landes als Ganzes kann für diese klugen Köpfe eine lohnende strategische Investition sein, weil das Paket als Ganzes Einfluss bietet. Deshalb kann es auch in der gegenwärtigen Lage Einnahmen in der von uns geplanten Höhe als Mindesteinnahmen erbringen.

Wir verkaufen die restlichen Anteile des Landes an der **LEG** für 110 Millionen €. Die Landesregierung schlägt selbst vor, Anteile für 30 Millionen € zu veräußern. Liebe Freunde von der Union, da die Verträge mit dem Ursprungskäufer bereits festliegen, ist über diesen Betrag, die 110 Millionen €, hinaus nichts zu erreichen, weil der Kaufpreis für die restlichen Anteile bereits determiniert ist. Wir haben deshalb Schwierigkeiten, bei dem Anteilsverkauf der LEG die Größenordnung der Unionsvorschläge für den Erlös nachzuvollziehen. Vielleicht ergibt sich da noch Aufklärung. Wir schlagen 110 Millionen € vor.

Die unternehmerische Führung schon mit dem ersten Anteilsverkauf aus der Hand zu geben und damit die hehren politischen Ziele aufzugeben, war ein Fehler. Ich höre „Quatsch“ von der Regierungsbank. Herr Möller, Sie kennen Ihre eigenen Verträge nicht. Sie haben keine unternehmerische Führung mehr. Der Preis liegt fest. Ich lese Ihnen das nachher gern vor, wenn Sie das möchten. Deshalb können wir mehr auch nicht erzielen.

Wir erhöhen den **Vergütungssatz**, den die Investitionsbank bezahlen muss, weil sie die Zweckrücklagen in Anspruch nimmt. Der Satz beträgt derzeit 0,6 %. Wie in den letzten Jahren auch, schlagen wir vor, ihn auf 6 % zu erhöhen. Das bringt zusätzliche Einnahmen von 35,1 Millionen €. Herr Möller, wir müssen

(Wolfgang Kubicki)

nicht auf die Entscheidungen des EuGH zu dieser Frage warten. Wir können bereits jetzt dazu übergehen - nach der Feststellung, dass es rechtswidrig ist -, von der Investitionsbank den entsprechenden Vergütungssatz zu erlangen.

Der Europäische Gerichtshof hat letzte Woche entschieden, die WestLB müsse über 1,5 Milliarden € unzulässige Beihilfen zurückzahlen: über 800 Millionen € Beihilfe plus der aufgelaufenen Zinsen. Gegen die Landesbank läuft seit einigen Wochen ein ähnliches Verfahren. Wir schlagen vor, die Vergütung der Zweckrücklagen endlich zu erhöhen.

Die Einnahmen, die dem Land vielleicht aus dem neuen Verfahren gegen die Landesbank erwachsen könnten, sollten wir nicht für die Finanzplanung laufender Ausgaben einplanen. Erstens könnte die Summe so hoch sein, dass sie der Landesbank nicht ohne Bonitätsverluste entzogen werden kann, und zweitens widerspräche es der kaufmännischen Vorsicht, dieses Fell zu verkaufen, bevor es der EuGH erlegt hat.

Wir schlagen insgesamt 622 Millionen € Mehreinnahmen vor. Damit finanzieren wir drei **Veränderungen auf der Einnahmeseite**. Anders als typischerweise bei Rot-Grün senken wir die Nettoneuverschuldung mit diesen Erlösen auf null. Zusätzlich senken wir, wie schon angesprochen, die Schulden des Landes um über 36 Millionen €. Drittens zahlen wir den Kommunen das aus dem KIF entwendete Kapital verzinst zurück, und zwar verzinst mit dem alten Zinssatz von 4,5 %, und verzichten auf den diesjährigen Pauschalklau aus dem Sparschwein der Gemeinden.

Damit stehen den Mehreinnahmen rechnerisch gleich hohe Mindereinnahmen gegenüber: Kein Cent der Mehreinnahmen fließt in zusätzliche Ausgaben des Landes.

Wir brauchen auch keine zusätzlichen Einnahmen, um unsere Veränderungen der Ausgaben zu finanzieren. Schließlich bleiben wir unseren Ankündigungen treu und senken die Nettoausgaben des Landes. Unsere Veränderungen auf der Ausgabeseite finanzieren sich selbst.

Einer der größten finanzpolitischen Fehler der Landesregierung ist es, nicht nur immer auf allen Hochzeiten tanzen, sondern die Hochzeiten auch noch bezahlen zu wollen. Das geht nur, wenn Geld im Überfluss vorhanden ist. Da es diesen Zustand per Definition nicht gibt, kann man vielleicht zu viel Geld haben, aber niemals genug, um alle Wünsche bezahlen zu können. Jetzt kommt es darauf an, die verbliebenen finanziellen Kräfte des Landes stärker auf die originären Kernaufgaben der Landespolitik zu kon-

zentrieren: Bildung, innere Sicherheit und Infrastruktur.

Dem rot-grünen **Bildungsschlamassel** mit Abstiegsplätzen bei PISA, Lehrermangel und Unterrichtsausfall bei steigenden Schülerzahlen und verfallenden Schulgebäuden wollen wir mit **zusätzlichen Lehrern** beikommen. Nicht minus zehn zusätzliche Lehrer wie bei der Landesregierung, sondern 150 weitere neue Lehrerstellen, also netto 140 Lehrer mehr für unsere Kinder, die da ankommen! Außerdem sollen Referendare, wie angesprochen, nicht erst zum 1. August, sondern weiterhin zum 1. Februar übernommen werden.

Um den Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen zusätzlich einzuschränken, richten wir wieder einen Unterrichtsergänzungsfonds von 2 Millionen € ein.

Die Rückzahlung an den KIF und der Verzicht auf die pauschale Entnahme ermöglicht es den Schulträgern, stärker in die Sanierung und die Erneuerung der Schulgebäude zu investieren, was auch der krisengeschüttelten Baubranche und den Handwerkern vor Ort zugute kommt und ihnen helfen wird.

Landes- und Bundesregierung haben bekräftigt, Angebote für die **Ganztagsbetreuung** massiv ausbauen zu wollen. Dafür sind 1 Millionen € Bundesmittel in den Landeshaushalt eingestellt. Allerdings will die Landesregierung davon nur gut 600.000 € ausgeben. Wir schlagen vor, den gesamten Betrag für Ganztagsbetreuung anzusetzen, ohne die vorgesehenen Landesmittel zu kürzen. Das heißt 386.000 € mehr für die Ganztagsbetreuung.

Nun zu den **Hochschulen**. Die Fusion der Hochschulklinika schleppt sich trotz der Beschlüsse der letzten Woche dahin und dem versprochenen Nutzen stehen sehr wahrscheinlich hohe Verluste gegenüber. Die Qualität von Forschung und Lehre und vor allen Dingen der Patientenversorgung ist durch die rot-grüne Politik akut gefährdet.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir erhöhen deshalb die Etats der beiden Hochschulklinika auf den Ansatz von 2001: 4,1 Millionen € mehr, um einerseits den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein zu stärken und andererseits die Gesundheitsversorgung der Menschen Schleswig-Holsteins zu sichern.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

(Wolfgang Kubicki)

Die Qualität des Wissenschaftsstandortes steht und fällt mit dem wissenschaftlichen Personal. Was passiert, wenn kameralistische Dilettanten das Heft in die Hand nehmen, haben wir gerade beim Institut für Weltwirtschaft erleben müssen. Der Stuhl des Präsidenten eines der weltweit anerkanntesten wirtschaftswissenschaftlichen Institute wird nicht verzuglos nachbesetzt, weil die Uni dem Wunschkandidaten ein paar zusätzliche Mitarbeiter nicht finanzieren konnte. Die Tatsache, dass das Institut für Wirtschaft- und Steuerstrafrecht aufgelöst werden musste, ist ein weiterer Makel, den wir hier haben.

(Beifall bei der FDP)

Es war ein klassischer Vorteil des Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein, der wirklich wegen Peanuts - wenn man den Begriff überhaupt gebrauchen kann - verschwunden ist, weil die Landesregierung nicht mehr in der Lage war, das entsprechend mitzufinanzieren.

So richtet man den Hochschulstandort Schleswig-Holstein zugrunde. Wir schlagen deshalb erneut vor, den Hochschulen 1,3 Millionen € mehr für Berufungs- und Bleibeverhandlungen zu geben. Nur so können wir den Braindrain an unseren Hochschulen aufhalten. Um die strukturellen Personalkostendefizite der Hochschulen abzumildern, steigern wir die Zuweisungen an deren Haushaltspläne um 800.000 €. Damit die Hochschulen für steigende Anforderungen noch besser gewappnet werden, führen wir wieder Studiengebühren für Langzeitstudenten ein: 500 € pro Semester ab dem 15. Fachsemester oder dem 20. Studiensemester.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Hay, ich sage Ihnen voraus: Diese Landesregierung kann sich im Gegensatz zu anderen sozialdemokratischen Landesregierungen, die es ja auch noch gibt, aufblasen wie sie will, diesem Vorschlag von uns werden Sie spätestens im nächsten Jahr folgen, weil Sie ansonsten die Misere im Hochschulbereich überhaupt nicht mehr in den Griff bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Nach den aktuellen Daten gibt es derzeit knapp 4.200 Langzeitstudenten. Bei einer Verdrängung von 25 % davon durch die Gebührenerhebung ergeben sich Einnahmen von zirka 3,1 Millionen €. Dieses Geld soll ausdrücklich nicht in den Landeshaushalt einfließen, sondern unmittelbar bei den Hochschulen verbleiben. Gleichzeitig könnten die Ressourcen in Forschung und Lehre besser konzentriert werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings stehen diese Einnahmen nicht im Haushalt, denn erstens soll die Landesregierung dieses Geld niemals in ihre Finger bekommen. Sie sind einfach zu klebrig. Zweitens gibt es auch noch keine Rechtsgrundlage. Anders als Rot-Grün beim Steuervergünstigungsabbaugesetz und bei den gewünschten Kürzungen bei den Beamtenbezügen halten wir uns an die Prinzipien der ehrlichen Haushaltsführung.

Außerdem konzentrieren wir wieder sämtliche Mittel für bio- und gentechnische Forschung in der CAU, damit sie bei den Forschern eingesetzt werden und nicht im Ministerium gegen den Fortschritt.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser zweiter Schwerpunkt ist die **innere Sicherheit**. Schleswig-Holsteins **Polizei** ist immer noch chronisch unterfinanziert. Die Maßnahmen nach den Anschlägen des 11. September hätten die Versäumnisse weitestgehend aufgeholt, aber beim Geld hört die Verantwortung von Rot-Grün für die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein auf. Ich verweise auf die vorhin angesprochenen Finanzierungstricks bei den zusätzlichen Polizeistellen. Wir schließen diese Finanzierungslücke und nehmen die Polizei zusätzlich von der allgemeinen Kürzung der Personalkosten aus. Das sind knapp 1,9 Millionen € mehr für unsere Polizisten. Ferner setzen wir 3 Millionen € für Beförderungen und den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn an und 1 Million € für mehr Überstunden, die ja anfallen. Wir wissen doch, dass sie anfallen, aber sie sind bisher durch den Landeshaushalt nicht finanziert.

(Beifall bei der FDP)

Um noch mehr Polizisten im Vollzugsdienst einsetzen zu können, schaffen und besetzen wir für knapp 2 Millionen € 60 zusätzliche Stellen für Angestellte. Das sind insgesamt knapp 9 Millionen € mehr für die öffentliche Sicherheit in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser dritter Schwerpunkt sind die **Investitionen**. Schleswig-Holsteins Straßen zerfallen zusehends. Deshalb geben wir 5 Millionen € mehr für den Landesstraßenbau aus, um diesen Verfall aufzuhalten oder zumindest stark zu verlangsamen. Herr Kollege Möller, lassen Sie sich das einmal von den Straßenbauern erläutern. Wer jetzt spart, wer die Schäden an den Straßen wegen der Finanzknappheit jetzt nicht beseitigt, wird künftig den zehnfachen Betrag aufwenden müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Dabei ist es selbstverständlich, dass das Land und auch die Kommunen gelegentlich ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen müssen, weil wir nicht irgendwann einmal alle Straßen in Schleswig-Holstein sperren können, die nicht saniert worden sind.

Wir nutzen die Möglichkeiten der **Wettbewerbshilfe** für unsere **Werften** nicht nur halb, sondern ganz aus. Damit erhalten wir deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit, und zwar sowohl im alten als auch im neuen Programm. Deshalb stellen wir 2003 knapp 4,6 Millionen € mehr Wettbewerbshilfe bereit und bringen zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für 2004 und 2005 in Höhe von 12,6 Millionen € aus.

Öffentliche Investitionen stärken die Zukunftsfähigkeit des Standortes Schleswig-Holstein, und den Großteil der öffentlichen Investitionen leisten die **Kommunen**. Der Landesregierung passt das nicht ins Konzept. Sie klagt zwar überall über die Probleme der kommunalen Finanzen, hält aber gleichzeitig daran fest, den Kommunen dringend benötigte Investitionsmittel zu entwenden, um die eigenen Haushaltslöcher zu stopfen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dazu entnimmt sie den Kommunen seit 2001 jährlich knapp 7,7 Millionen € aus dem KIF, ohne auch nur ansatzweise zu erklären, wie das denn jemals wieder zurückgezahlt werden soll.

(Klaus Schlie [CDU]: Nicht zu fassen!)

Das machen wir nicht mit. Der KIF ist die Spargbüchse der Kommunen und die klebrigen Finger der Regierung haben in dieser Spargbüchse nichts verloren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb streichen wir die geplante Entnahme ersatzlos und zahlen die Entnahmen von 2001 und 2002 verzinst und auf einmal zurück, so als hätte das Land einen Kredit beim KIF aufgenommen, den es jetzt tilgt. Dabei setzen wir den für KIF-Kredite bisher üblichen Zinssatz von 4,5 % an. Diese Rückzahlung stärkt den KIF um über 16,3 Millionen €, Geld, das die Kommunen angesichts ihrer prekären Finanzlage dringend brauchen, um mehr öffentliche Investitionen zu tätigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nenne einige weitere unserer Änderungsvorschläge bei den Ausgaben.

Die Landesregierung beklagt ständig, in Schleswig-Holstein gebe es zu wenig Wald. Das sehen wir ähnlich, suchen unser Heil aber bei den privaten Waldbe-

sitzern. Diese holen einfach mehr **Wald** aus der Eurosaat als die öffentliche Hand. Bei den Grünen ist es mit dem grünen Daumen wohl nicht so weit her. Deswegen erhöhen wir die Erstaufforstungsprämie um 3 Millionen €.

Alle wissen es, selbst die Landesregierung: Die Deutschen werden immer älter. Immer mehr Menschen werden pflegebedürftig. Die Pflegeversicherung ist schon jetzt fast pleite, und für die Menschen, die jetzt noch ihre Angehörigen zu Hause pflegen, fehlt in Zukunft das **Pflegepersonal**. Trotzdem will die Landesregierung die Mittel für die Pflegeinfrastruktur um 130.000 € kürzen.

(Klaus Schlie [CDU]: Skandal!)

Wir nicht. Wir heben diese Kürzung auf und geben zusätzliche 205.000 € für bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpflegerinnen und Altenpfleger aus. Das ist doch jetzt notwendig, um für die Zukunft vorzusorgen.

(Beifall bei der FDP)

Auch bei sozialpflegerischen und Familien entlastenden Maßnahmen sowie bei der Unterstützung für Hospize geben wir mehr aus, insgesamt 387.000 €.

Sport, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht nur Spaß, sondern auch eine wichtige Maßnahme zur gesundheitlichen Vorsorge und zur Kriminalitätsverhütung. Deshalb kürzen wir nicht beim Landessportverband und geben hier eine gute halbe Million Euro mehr aus als die Landesregierung. Wer vom Landessportverband ständig neue Programme gegen Gewalt, gegen rechts, für die Integration von Minderheiten fordert, der darf in diesem Bereich nicht kürzen, weil das doch die ersten Bereiche sind, bei denen die Sportvereine sparen müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün finanziert Mehrausgaben immer durch Schulden oder Vermögensverschleuderung. Wir finanzieren unsere Mehrausgaben durch **vertretbare Minderausgaben**.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo? Wo?)

- Herr Kollege Hentschel, das ist ja das Bedauerliche: Da Sie nicht ordentlich beraten wollten, konnten wir im Ausschuss auch nicht ordentlich beraten. Das, was wir jetzt machen, ist nichts anderes als das Nachholen der Beratungen nach der pauschalen Abweisung unserer Vorschläge durch Sie.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Sie wollen ja nie zuhören, weil Sie immer glauben, Sie seien auf der richtigen Seite der Welt geboren und deshalb immer im Besitz der endgültigen Wahrheiten. Aber Sie scheitern an der Wirklichkeit. Sonst müssten Sie sich draußen nicht ständig vor die Demonstranten hinstellen und erklären, warum Ihre Politik gescheitert ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Alle Minister senken die Personalkosten in ihrem Ministerium um 5 % als Einstieg in die strukturelle Konsolidierung des Landeshaushaltes. Der Kollege Kayenburg hat vorgelesen, dass auch die Deutsche Steuergewerkschaft der Auffassung ist, dass in diesem Bereich Entsprechendes passieren kann. Die einzige Ausnahme bildet bei uns die Staatskanzlei. Hier kürzen wir das Personalbudget um 15 %. Ich erinnere Sie daran, dass wir unter der Führung dieses Landes durch Björn Engholm die Anzahl des Personals in der Staatskanzlei massiv aufgestockt haben, weil Björn Engholm Bundesvorsitzender der SPD und Kanzlerkandidat war und es darum ging, die bundespolitische Bedeutung des Ministerpräsidenten zu unterstreichen. Wir haben gesagt: Wir akzeptieren das, weil er bundespolitische Bedeutung hat. - Die bundespolitische Bedeutung unserer Ministerpräsidentin ist null, wie wir immer erfahren. Selbst bei den Sozialdemokraten ist sie null. Deshalb kürzen wir in der Staatskanzlei, allerdings nicht auf null, sondern nur auf 15 %, weil wir glauben, Sie, Frau Ministerpräsidentin, können noch daran arbeiten, Ihr Image im Bund etwas zu verbessern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der staatliche Wasserkopf ist zu groß, und der Anteil der Wirtschaftsleistungen, den der Staat beansprucht, wächst wieder. Dem wirken wir entgegen. Gerade die obersten Landesbehörden mit Leitungs- und Lenkungsaufgaben bieten wegen immer besserer Kommunikationsmittel und neuer Führungs- und Steuerungsmodelle Raum für **Synergieeffekte**. Die Sozialdemokraten haben doch ständig betont, dass die Synergieeffekte wachsen und dass deshalb Kosten eingespart werden könnten. Da „Synergieeffekte“ auf Deutsch heißt, mit weniger Personal durch bessere Techniken mehr Aufgaben erfüllen zu können, muss sich diese **Effizienzsteigerung in den Ministerien** jetzt endlich bemerkbar machen.

Herr Kollege Hentschel, wir lösen das Amt des Flüchtlingsbeauftragten des Landtages auf und schlagen einen Teil der Einsparungen dem Flüchtlingsrat zu. Dort wird wirkungsvollere Arbeit geleistet. Auch das ist ein Beitrag zum Abbau von Bürokratie und zur strukturellen Konsolidierung des Landeshaushalts.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die **zentrale Beschaffung** soll sich endlich in Euro und Cent auszahlen. Dazu muss die Landesregierung eines ihrer Lieblingsprojekte endlich optimieren. Als Anreiz kürzen wir die Ansätze für Geschäftsbedarf und Geräte in der Landesverwaltung um 10 %, und wir dokumentieren Ihnen, dass das funktioniert. Ich sage noch einmal: Lassen Sie uns das machen. Dann zeigen wir Ihnen schon, dass das geht.

Die Ansätze für **Sozialhilfe**, für das Wohngeld und für die Grundsicherung sind unserer Ansicht nach wie üblich zu hoch. Sie können gekürzt werden, ohne dass ein einziger bedürftiger Mensch in Schleswig-Holstein weniger Geld bekommt, als ihr oder ihm von Rechts wegen zusteht. Wir halten diese Ansätze jedes Jahr für zu hoch, und, Frau Kollegin Fröhlich, wir hatten jedes Jahr mit unserer Schätzung mehr Recht als der Finanzminister mit seiner Veranschlagung im Landeshaushalt.

(Beifall bei der FDP)

Für das nächste Jahr müsste uns eigentlich auch Rot-Grün Recht geben; denn schließlich wird unter Gerhard Schröder mit einem 10-%-Hartz-Paket ohne weitere Unterstützung des Namensgebers ja alles besser. Hartz ist jetzt 2:1 umgesetzt worden, wie ich gelernt habe. Wir haben nicht nur die Minijobs, sondern auch einen Niedriglohnsektor bekommen. Da werden wir dann auch an weniger Bedürftige nochmals auszahlen müssen, ohne dass ein Bedürftiger weniger bekommt, als ihm von Rechts wegen zusteht.

Wie letztes Jahr angekündigt, beginnen wir dieses Jahr beim Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ strukturell zu kürzen. Geld sollte nur noch in die Programme fließen, die sich als effektiv und effizient erwiesen haben.

Die angekündigte Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland oder in Schleswig-Holstein nicht wesentlich senken. Das sage ich ausdrücklich. Aber der Bedarf für Maßnahmen im Rahmen von ASH wird sinken.

Damit hier kein falscher Zungenschlag aufkommt, muss ich an dieser Stelle etwas sagen, weil meine Fraktion das gestern auch mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen hat. Unsere Bundestagsfraktion hat sich offensichtlich dahin gehend geäußert, dass man mit diesen Vorschlägen zu Hartz irgendwie nicht zurecht kommt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das kommt aber nur, weil Sie weggegangen sind! - Heiterkeit)

(Wolfgang Kubicki)

- Herr Kollege Schlie, genau das haben mir meine Fraktionskollegen gestern einmütig gesagt: „Du bist zu früh aus der Bundestagsfraktion ausgeschieden.“

(Beifall bei der FDP)

Ich will von hier aus ausdrücklich betonen, dass unsere Fraktion nach wie vor einmütig - „einmütig!“ - die Einführung, die Wiedereinführung entsprechender **Minijobs** begrüßt, weil wir das so auch seit geraumer Zeit gefordert haben und trotz unserer zweitägigen Recherchen bisher ein rational nachvollziehbares Begründungselement für die urplötzlich aufkeimende Ablehnung unserer Bundestagsfraktion nicht zur Verfügung gestellt wurde. Ich muss auch hier sagen, Herr Kollege Hay, es scheint auch bei uns ähnlich wie bei der SPD offensichtlich mehr Verwirrung zu geben als Klarheit in der Sache.

(Beifall bei der FDP)

Auch in dieser Frage ist die Haltung der FDP-Fraktion in Schleswig-Holstein nach wie vor eindeutig klar und fest. Deshalb schlagen wir ja auch vor, zum einen die von der Beschäftigungsgesellschaft Schleswig-Holstein BSH wahrgenommenen Aufgaben wieder in das Ministerium zu verlagern und zum anderen die Ansätze für ASH in diesem Jahr um 129.000 € zu kürzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben 57,6 Millionen € mehr aus, und dafür sparen wir an anderen Stellen 58,2 Millionen €. Im Ergebnis kürzen wir die Nettoausgaben um mehr als eine halbe Million Euro.

Negative konjunkturelle Effekte gibt es nicht. Die eventuellen negativen konjunkturellen Wirkungen gekürzter Gesamtausgaben werden auf jeden Fall durch die sicheren positiven konjunkturellen Wirkungen von 22,7 Millionen € zusätzlicher öffentlicher Investitionen weit überkompensiert.

Investitionen sind die Saat zukünftigen Wohlstands. Deshalb stärken unsere Vorschläge nicht nur die Konjunktur, sondern vor allen Dingen auch die Wachstumskräfte Schleswig-Holsteins. Nur das, was wir heute bei Bildung, innerer Sicherheit und Infrastruktur säen, können die Menschen in Schleswig-Holstein morgen ernten.

Wir sehen, dass die Chance auf eine bessere Zukunft für die Menschen in Schleswig-Holstein darin liegt, dass wir unserer finanzpolitischen Verantwortung mit unseren Vorschlägen gerecht werden und bitten Sie, jetzt noch einmal darüber nachzudenken, ob Sie zumindest einem Teil dieser Vorschläge folgen wollen.

Heute wird uns mitgeteilt, die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich erneut eingetrübt. Der Ifo-

Index rutscht nach wie vor in den Keller. Es ist an der Zeit, dass von der öffentlichen Hand, vom Staat ein Signal ausgeht, das die Wachstumskräfte in Deutschland wieder stärken wird.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Mit Ihrem Haushaltsentwurf, den Sie heute verabschieden wollen, dokumentieren Sie der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit und der schleswig-holsteinischen Wirtschaft das genaue Gegenteil. Wir mahnen Sie, Kollege Hay, zur Umkehr; belassen Sie es nicht bei Appellen an die Gemeinsamkeiten mit der Opposition, sondern lassen Sie diesen Appellen auch endlich einmal Taten folgen. Zeigen Sie der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, dass Sie jedenfalls im Investitionsbereich bereit sind, uns zu folgen. Dann wird es Schleswig-Holstein künftig auch wieder besser gehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das waren ja in diesem Jahr tolle Haushaltsverhandlungen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagen wir auch!)

Die CDU hat es nicht einmal geschafft, bis zur letzten Finanzausschusssitzung ihre Anträge vorzulegen, sodass sie überhaupt nicht behandelt werden konnten. Die FDP hat zwar eine Woche vorher Anträge vorgelegt, war dann aber bei der Behandlung ihrer eigenen Anträge nicht einmal mehr im Finanzausschuss, sodass diese Anträge keine einzige Stimme bekommen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt ja überhaupt nicht!)

Man muss sich einmal vorstellen, mit welcher Ernsthaftigkeit Sie das hier betreiben!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der jetzige Haushalt --

(Abgeordneter Wolfgang Kubicki [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

(Karl-Martin Hentschel)

- Nein, keine Zwischenrede, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sind ein Lügner, Herr Hentschel! Sie sind ein Lügner! - Zurufe: Oh!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung. Für den Ausspruch „Sie sind ein Lügner!“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf, Herr Abgeordneter Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, für diesen Ausruf „Lügner“ gibt es einen Ordnungsruf?)

- Wenn Sie dagegen angehen wollen, haben Sie dazu vor dem Ältestenrat die Möglichkeit. Ansonsten bekommen Sie einen zweiten Ordnungsruf.

Herr Abgeordneter Hentschel, Sie haben das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es ist schön, dass Sie wieder da sind, Herr Kubicki, wir freuen uns alle sehr.

Das ist der siebente Haushalt, an dessen Aufstellung ich beteiligt bin. Es war der schwerste, das gebe ich gern zu. Die Eckdaten haben sich seit dem Frühjahr ununterbrochen geändert. Jeden Monat haben Einnahmeprognosen die Planung über den Haufen geworfen. Um die Opposition zu erinnern, diese Prognosen stammten weder vom Finanzminister noch stammten sie von der Bundesregierung, sondern sie stammten von den renommiertesten deutschen und internationalen Forschungsinstituten. Ich sage das nur zur Klärung, falls der Opposition wieder einfällt, einen Rücktritt zu fordern.

(Zuruf von der CDU: Nein! - Martin Kayenburg [CDU]: Den brauchen wir jetzt nicht!)

Der jetzt vorliegende Antrag liegt mit seinen Steuereinnahmen von 5,5 Milliarden € nach dem Länderfinanzausgleich auf der Höhe von 1999 und 200 Millionen € unter dem Haushalt des Jahres 2000.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr richtig!)

Das heißt, real haben wir in den letzten fünf Jahren einen Rückgang der Einnahmen von 10 % zu verzeichnen. Wenn es trotzdem gelungen ist, 2003 einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen, dann ist allein das eine Leistung.

(Martin Kayenburg [CDU]. Das glauben auch nur Sie!)

Das Lob gehört in erster Linie dem Finanzminister,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

an zweiter Stelle allen den Fachministern, die immer wieder selber neue Einsparungsvorschläge erbringen mussten. An dritter Stelle und in besonderer Weise gehört das Lob der Ministerpräsidentin,

(Martin Kayenburg [CDU]: Die ist gar nicht da; die kann es nicht hören!)

welche die berechtigten Bedarfsanmeldungen der einzelnen Ressorts austarieren musste, ohne dass der vorgegebene Kurs verlassen wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Als Viertes danke ich den beiden Regierungsfraktionen, die sich eisern an die verabredete Linie gehalten haben. Sie lautete: Es wird nur umgeschichtet, aber nicht draufgesattelt. Am Schluss wurde sogar noch ein sechsstelliger Betrag an Einsparungen erbracht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das hat in beiden Fraktionen, meine Damen und Herren von der Opposition, durchaus zu sehr erregten Debatten geführt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So lange Sie beteiligt sind, ist das kein Wunder!)

Fachabgeordnete haben plastisch geschildert, was die Einsparungen vor Ort bewirken. Es war uns nur in wenigen Fällen möglich, das zu korrigieren. Trotzdem haben sich die Fraktionen an diese Linie gehalten, um einen verfassungsgemäßen Haushalt zustande zu bringen.

Zum Schluss bedanke ich mich bei all den Gewerkschaften, Verbänden, Einrichtungen und sonstigen betroffenen Bürgern, die uns in unzähligen Gesprächen ihre Forderungen vorgetragen haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Verstanden haben Sie offenbar nicht!)

Ich war immer wieder von der Ernsthaftigkeit der Gespräche beeindruckt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele sagten uns, dass sie wissen, dass wir sparen müssen. Oft haben sie uns sogar fachlich beraten, wie wir das wenige Geld möglichst noch am sinnvollsten einsetzen können. Auch dafür vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es gibt am Ernst der Situa-

(Karl-Martin Hentschel)

tion nichts zu beschönigen, das Grinsen von Kayenburg ist überflüssig.

(Lachen bei CDU und FDP - Zurufe von der FDP)

Dieser Haushalt ist bis zur Verfassungsgrenze ausgereizt und enthält noch eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Narrenfreiheit!)

- Sie brauchen sich nicht aufzuregen. Wenn ich sage, es gibt am Ernst der Situation nichts zu beschönigen und dann der Oppositionsführer dasitzt und lacht, dann kann ich ja wohl eine Bemerkung darauf machen. Das halte ich für selbstverständlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

Bei meiner letzten Haushaltsrede habe ich die Oppositionsfractionen zuletzt behandelt. Diesmal kommen sie nach vorne. Da ich letztes Mal die CDU vorgezogen habe, beginne ich diesmal mit der FDP.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kubicki hat sehr heftig kritisiert. Ich habe gerufen: „Wo sind seine Einsparvorschläge?“ Schauen wir uns einmal an, was die FDP vorgeschlagen hat. Die FDP möchte der Polizei 9 Millionen € mehr geben, den Werften knapp 5 Millionen €, den Schulen 8 Millionen €, den Hochschulen 6 Millionen € und dem kommunalen Investitionsfonds sogar 16 Millionen €.

(Zuruf von der FDP: Das ist auch vernünftig!)

Ich halte alle diese Forderungen für wünschenswert - insbesondere sechs Tage vor Weihnachten. Aber im Unterschied zu Ihnen habe ich irgendwann begreifen müssen, dass es den Weihnachtsmann nicht gibt, und dass die Geschenke von den Eltern hart verdient werden müssen.

Schauen wir uns deshalb die Gegenfinanzierung an: Sie streichen 15 Millionen beim Wohngeld, obwohl dies eine gesetzliche Verpflichtung ist, auf die das Land keinen Einfluss hat. Es handelt sich also um eine klassische Luftbuchung, weil das am Ende des Jahres sowieso bezahlt werden muss.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Unsinn!)

Herr Kubicki, Sie haben eben behauptet, die Zahlungen wären im letzten Jahr zu hoch angesetzt worden. Das ist jedoch nicht der Fall. Tatsächlich mussten im Nachtragshaushalt sogar noch zusätzliche Mittel ein-

gestellt werden. Da waren Sie leider in Berlin, Herr Kubicki; sonst hätten Sie das mitbekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich komme zur nächsten Einsparung, Herr Kubicki. Sie sparen bei der **Sozialhilfe** 20 Millionen ein, obwohl dies eine gesetzliche Verpflichtung ist, auf die das Land keinen Einfluss hat. Es handelt sich also ebenfalls um eine klassische Luftbuchung, da das am Ende des Jahres sowieso bezahlt werden muss.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lassen Sie doch Frau Heinold reden!)

- Können Sie denn nicht einmal ein paar Minuten zuhören, ohne ständig dazwischen zu quatschen? Das ist unerträglich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie streichen 5 % des **Personals der Ministerien**. Dabei wissen Sie sehr gut, dass die **Personalkosten** bereits gekürzt worden sind, dass die Ministerien zusätzlich die Tariferhöhungen selbst finanzieren müssen und dass die Einsparungen bei der Endberatung noch einmal um ein halbes Prozent erhöht worden sind, sodass praktisch ein Einstellungsstopp existiert, der nur deswegen nicht ausgesprochen wird, damit die Ministerien bezüglich der wenigen Stellen, die überhaupt noch entstehen, selber entscheiden können.

Darüber hinaus haben wir bereits eine Einsparung von 35 Millionen € durch **Kürzung des Weihnachtsgeldes** eingeplant, die Sie durch Ihre Haushaltsanträge übrigens nicht rückgängig machen wollen, Herr Kubicki, obwohl Sie das draußen vor der Tür versprochen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Quatsch!)

Sie wissen sehr gut, dass angesichts dieser Einsparungen weitere Kürzungen im Ministerium nur dann möglich sind, wenn Entlassungen vorgenommen werden. Sie haben vor der Tür erzählt, dass Sie genau das nicht wollen. Sie wissen, dass das beamtenrechtlich zurzeit nicht möglich ist. Da bräuchten wir eine Öffnungsklausel für Entlassungen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben vor der Tür lieber gar nichts erzählt!)

Es handelt sich also auch hierbei nur um eine Luftbuchung. Mir klingen noch die Worte von Herrn Kubicki, die er auf der Demonstration des Beamtenbundes

(Karl-Martin Hentschel)

in der letzten Woche gesagt hat, in den Ohren, als er den Beamten versprach, in ihrem Kampf voll auf ihrer Seite zu stehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist das auch!)

Draußen vor der Tür machen Sie Versprechungen, und hier drinnen machen Sie genau das Gegenteil. Das nenne ich - - Jetzt sage ich „Punkt, Punkt, Punkt“ damit Sie sich nicht wieder bei der Präsidentin beschweren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Als Nächstes streichen Sie Millionen bei den IT-Ausgaben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wissen Sie, Ihre Logik ist komisch. Wenn Sie einerseits Personal bei den Verwaltungen einsparen wollen, was ich richtig finde, dann können Sie andererseits nicht gleichzeitig die Modernisierung der Verwaltung stoppen. Das ist etwas, was nicht funktioniert.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer will denn die Modernisierung der Verwaltung stoppen?)

Ihre einzige echte Streichung besteht darin, die Förderung der standortangepassten Landwirtschaft völlig einzustellen, was einer Liquidierung des Ökolandbaus gleichkommt. Das kann man nun wirklich nicht ernst nehmen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Ich buche das unter „notorischer Hass auf den Naturschutz“. So etwas würde nicht einmal in Bayern durchgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Als Letztes streichen Sie 5 Millionen, die Sie durch die virtuelle **Auflösung der staatlichen Umweltämter** und die Übertragung ihrer Aufgaben auf die Kreise einsparen wollen. Schade, dass Frau Happach-Kasan nicht mehr hier ist. Sie könnte Ihnen nämlich erklären, dass die Kreise dann ein Vielfaches an Experten einstellen müssten, um die betrieblichen Genehmigungsverfahren qualifiziert durchführen zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: So ein Unsinn!)

Mit einer solchen Maßnahme würden Sie nicht nur einen Sturm der Entrüstung bei der schleswig-holsteinischen Wirtschaft hervorrufen. Sie würden auch Kosten hervorrufen, die die Einsparungen um ein Mehrfaches übersteigen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mich wundert bei Ihnen gar nichts mehr!)

Bei all diesen Luftnummern frage ich mich: Herr Kubicki, was ist aus Ihren vollmundigen Versprechungen vom September geworden? Da wollten Sie doch tatsächlich 116 Millionen € durch eine zehnprozentige Kürzung aller Subventionen einsparen. Ich habe das nicht vergessen. Ich habe Ihnen damals gesagt, ich komme darauf zurück. Davon ist nichts im Haushalt zu finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nach so viel Traumtänzerie lohnt es, den Blick von der virtuellen Politik der FDP in Schleswig-Holstein abzuwenden und auf die reale Politik der FDP in der Hansestadt Hamburg zu richten. Dort fordert der FDP-Bildungssenator Lange nicht etwa Hunderte von Stellen, sondern er streicht 345 Stellen bei den Lehrern. Wie äußerte sich Herr Lange über Herrn Kubicki? Ich zitiere:

„Herr Kubickis Äußerungen liegen völlig neben der Realität ... Wenn man sich nicht um sachliche Informationen bemüht, darf man sich nicht wundern, dass man eine Bauchlandung macht.“

Dem möchte ich nichts hinzufügen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nun zur CDU: Jetzt können Sie ruhig sein; denn wir sind bei der CDU.

(Widerspruch bei FDP und CDU)

Da die CDU eine größere Partei als die FDP mit mehr Verpflichtungen ist, sind auch die Versprechungen der CDU um eine ganze Größenordnung umfangreicher. Hier eine Auswahl - es handelt sich jetzt nicht mehr um einstellige Millionenbeträge, sondern jetzt sind wir bei den zweistelligen -: 32,6 Millionen mehr für den Küstenschutz, 4 Millionen für die Kitas, 3 Millionen für die Polizei, 31 Millionen mehr für den Straßen- und Radwegebau - da freuen wir uns -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Karl-Martin Hentschel)

5 Millionen mehr für die Schulen und 10 Millionen mehr für die Hochschulen. Auch dazu erkläre ich für meine Fraktion ganz offiziell: All das ist wünschenswert.

(Werner Kalinka [CDU]: Warum stimmen Sie dann nicht zu?)

Dafür sind wir dann umso mehr auf die **Gegenfinanzierung** gespannt. Hatte nicht Ihr neuer Vorsitzender Peter-Harry Carstensen noch im Mai erklärt - Zitat -: „Wir haben jetzt eine größere Verantwortung.“ Und: „Was wir beschließen, muss auch finanzierbar sein.“?

Tatsächlich bietet die CDU zur Finanzierung erstens eine Streichung der Mittel für die ökologische Landwirtschaft - das kennen wir schon -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

- und zweitens die gleiche Luftnummer bei der Sozialhilfe wie die FDP, nur um 10 Millionen € höher.

Bei der FDP hatten wir ja noch einige Punkte, über die wir diskutieren mussten. Was den Rest angeht, so habe ich gesucht - Herr Kayenburg ist nicht da, ein Glück für ihn -, aber ich habe nichts gefunden. Lediglich im Einzelplan 11, dem Einzelplan des Finanzministers, ist eine pauschale Senkung der Ausgaben um 65 Millionen vorgesehen. Man fragt sich, wo Sie diese Summe einsparen wollen. Wollen Sie der Polizei die Autos wegnehmen? Wollen Sie den Gerichten die Computer wegnehmen? Wollen Sie den Hochschulen die Labore wegnehmen? In Ihren Anträgen steht dazu nichts.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Ein Satz aber steht da drin - ich zitierte; Herr Kalinka, hören Sie zu -:

„Die Auflösung der Minderausgaben ist vom Finanzminister vor In-Kraft-Treten des Haushalts 2003 vorzunehmen.“

Der Haushalt tritt, glaube ich, am 1. Januar in Kraft. Das heißt, zwischen Weihnachten und Neujahr soll Ihnen der Finanzminister, den Sie seit Monaten mit Hohn und Spott überschüttet haben, mit Ihren Haushaltsanträgen aus der Patsche helfen. Da staune ich aber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Er soll endlich einmal etwas für sein Geld tun!)

Ich bin noch nicht fertig. Ich komme jetzt zu der Resolution, die Sie gestern vorgelegt haben. Wahrscheinlich haben Sie gehofft, dass wir über Nacht

nicht dazu kommen, sie zu lesen. Da haben Sie sich getäuscht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie kündigen an, in den **Ministerien** und in der **Landesverwaltung** 20 % des **Personals** zu streichen. Herr Wiegard - ich glaube, er ist finanzpolitischer Sprecher der Fraktion - hat vor der Presse erzählt, es gehe um 22.000 Stellen im Lande. Nun habe ich heute Nacht natürlich nachgerechnet.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie verrechnen sich nur ständig!)

Sie haben gesagt, betroffen sein sollen alle Landesverwaltungen und Ministerien mit Ausnahme der Finanzverwaltung, der Hochschulen, der Schulen, der Polizei und der Justiz. Das haben wir nachgerechnet. Wir kommen nicht einmal auf 10.000 Stellen. Wenn wir 20 % von den nicht einmal 10.000 Stellen nehmen, dann sind wir bei 2.000 Stellen. Wenn wir Ihre Wünsche für dieses und die kommenden fünf Jahre zusammenrechnen - wir kennen sie alle; sie sind in Ihrem schönen Antrag dokumentiert -, dann kommen wir auf insgesamt 950 zusätzliche Stellen, die Sie fordern. Folglich bleibt in den nächsten fünf Jahren eine Einsparung von 1.050 Stellen übrig. Nun will ich Ihnen einmal sagen, was wir in den letzten fünf Jahren gemacht haben. In den letzten fünf Jahren haben wir mehr als 2.000 Stellen abgebaut. Ich bin absolut sicher, dass wir auch in den nächsten fünf Jahren wieder mehr als 2.000 Stellen in den zentralen Landesverwaltungen abbauen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben es versprochen, aber Sie haben gar nichts abgebaut!)

Die Probe aufs Exempel, Herr Wiegard - Sie sind ja wohl der Autor dieses Papiers -, sind Ihre Anträge für das kommende Jahr. Man kann nämlich für die nächsten fünf Jahre alles Mögliche versprechen. Aber in Bezug auf den kommenden Haushalt muss man Fakten bringen und sagen, was man bei welchen Titeln tatsächlich machen will. Schauen wir uns einmal die Personalausgaben an.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Sie wollen kein Personal abbauen, sondern Sie fordern sage und schreibe insgesamt 350 zusätzliche Stellen, insbesondere im Bereich der Bildung, der Rest bei der Polizei.

(Werner Kalinka [CDU]: Eben haben Sie 950 gesagt!)

(Karl-Martin Hentschel)

Das Frechste aber ist - - Nicht frech, sondern - - Wie soll ich sagen? Ist egal. - Sie schlagen vor, pauschal Kürzungen in Höhe von 20 Millionen € beim Personal vorzunehmen, ohne genau anzugeben, wo das passieren soll. Das soll - wie bei dem anderen - wieder der Finanzminister machen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er kann einmal etwas für sein Geld tun!)

Gleichzeitig machen Sie die Kürzungen in Höhe von 35 Millionen €, die wir im Einzelplan 11 vorgenommen haben, wieder rückgängig.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Auch das habe ich zusammengerechnet, Herr Wiegard. Ich komme auf folgende Zahl: Ihre Personalvorschläge im Haushalt bedeuten eine Steigerung der Personalausgaben von 32,5 Millionen €. Sage und schreibe 32,5 Millionen € wollen Sie im nächsten Jahr mehr für Personal ausgeben und dann behaupten Sie, Sie wollten in den nächsten fünf Jahren abbauen. Das ist unverschämte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kayenburg, der wieder nicht hier ist,

(Zurufe von der CDU)

hat im „dpa“-Gespräch am 1. Oktober gesagt: Wenn es sich das Land nach den Aussagen von Frau Simonis - die ist hier und hört zu, was hier diskutiert wird! - nicht leisten könne, auf 110 Millionen € Erbschaft- und Vermögensteuer zu verzichten, so ist dies eine eindeutige Bankrotterklärung aus erster Hand. 110 Millionen € entsprechen gerade einmal 1,04 % der Gesamtausgaben des Landes von 10,6 Milliarden €.

Aha, Herr Kayenburg, sage ich da. Jetzt weiß ich, weshalb Sie es nicht geschafft haben, rechtzeitig mit Ihren Haushaltsanträgen fertig zu werden: Ihnen sind nicht einmal Gegenfinanzierungen zu Ihren eigenen Versprechungen eingefallen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie werfen der Ministerpräsidentin Bankrott vor, weil sie sagt, man könne auf 110 Millionen € nicht verzichten. Was ist denn das für eine Bankrotterklärung für Herrn Wiegard,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

der nicht einmal die eigenen zusätzlichen Ausgaben gegenfinanzieren kann, von Kürzungen gar nicht erst zu reden?

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich fordere Herrn Kayenburg auf - Herr Maurus, ich bitte Sie, das weiterzugeben -, den finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion wegen Hochstapelei zu entlassen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Jetzt wird mir klar, was Ihr anerkannter Exwirtschaftsminister in spe, Lothar Späth, meinte, als er vor der Bundestagswahl dem „Handelsblatt“ Folgendes sagte.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kalinka, ich werde es trotzdem aussprechen. Er sagte - er meinte seine eigene Partei -: „Wir sind doch keine Weihnachtsmänner.“

Ein Weihnachtsmann würde Ihnen auch nicht mehr helfen. Sie brauchen Gustav Gans persönlich, um Ihre Versprechungen zu finanzieren.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wenn die Lage nicht so ernst wäre, könnte man über diese Opposition lachen. So muss man weinen. Die Lage ist aber bitter ernst.

Ich komme nun zu unseren eigenen, vergleichsweise bescheidenen Änderungsvorschlägen - das gebe ich zu.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nach Streichungen durch die Regierung bei beinahe allen Haushaltstiteln um teilweise weit über 10 %, ging es uns darum, zumindest dort zu helfen, wo es unbedingt nötig erschien und wo wir eine Gegenfinanzierung hinbekommen konnten.

(Zurufe von der CDU)

So haben wir die überproportionalen **Kürzungen** beim Landessportverband um 110.000 € reduziert. Es bleiben aber noch erhebliche Kürzungen, muss man sagen.

(Günter Neugebauer [SPD]: 150.000 €, Herr Kollege!)

- 150.000 €, ja; Entschuldigung.

(Karl-Martin Hentschel)

Wir haben die überproportionale Kürzung bei der Fachhochschule Wedel teilweise rückgängig gemacht. Wir haben einige Kürzungen im Bereich der Minderheiten reduziert. Wir haben die überproportionalen Kürzungen beim ökologischen Landbau reduziert. Die Mittel sind zwar immer noch weniger als im letzten Jahr, aber es ist doch ein Signal, dass wir die erfreulichen Zuwächse des Ökolandbaus im letzten Jahr fortsetzen wollen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben einige überproportionale Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit reduziert. Wir haben 100.000 € für die Weiterbildung von Erziehern im Bereich Sprachförderung für Migrantenkinder eingestellt. Das ist eine derjenigen Maßnahmen, die zu den dringenden Sofortmaßnahmen gehören und zu den Konsequenzen aus PISA erfolgen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben die Totalstreichung beim Tierschutz auf eine Streichung um 50 % reduziert. - Sie merken, über welche Größenordnungen wir hier bei Streichungen reden. Last not least haben wir bei der Förderung von Privatwäldern 100.000 € mehr eingestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich entnehme den Oppositionsanträgen, dass wir da nicht so ganz falsch liegen, weil ja beide Oppositionsfractionen dazu Anträge gestellt haben, die um einige Dimensionen höher sind.

Ich gebe zu: Das sind kleine Korrekturen, die wir vorgenommen haben. Aber ich glaube, es sind wichtige Signale.

Ein dringendes Problem konnten wir nicht lösen: Wir wissen, dass die Hochschulen in einer dramatischen Situation sind, weil für die Gehaltserhöhungen im nächsten Jahr keine Mittel vorhanden sind. Insbesondere die Universität Kiel und die Universität Flensburg haben keine Reserven mehr. Meine Fraktion hat sich deswegen dafür eingesetzt, einen „Feuerwehrrfonds“ einzurichten, um wenigstens einen kleinen Spielraum bei anstehenden Berufungsverhandlungen zu schaffen. Das ist uns nicht gelungen, weil wir einfach keine Gegenfinanzierung gefunden haben. Wir werden nun im Frühjahr, nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen und auf der Grundlage des Berichts der Erichsen-Kommission, erneut über die Situation sprechen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Meine Damen und Herren, auch nach der Verabschiedung des vorliegenden radikalen Sparhaushalts sind die Finanzprobleme des Landes noch lange nicht gelöst. Deshalb hat meine Fraktion genauso wie die SPD-Fraktion neben den Haushaltsanträgen auch eine Reihe von **Strukturveränderungen** erarbeitet, über die wir im neuen Jahr gemeinsam mit der Regierung reden werden.

Folgende Strukturveränderungen sind von meiner Fraktion vorgeschlagen worden: Die Katasterämter sollen auf vier bis fünf Standorte zusammengelegt werden. Ich glaube, die sind heute auf 15 verteilt.

Bei der Polizei soll eine Führungsebene eingespart werden, das Polizeiorchester soll aufgelöst werden.

(Zurufe von FDP und CDU: Was? Was?)

Die Arbeits- und Sozialgerichte sollen endlich unter Leitung des Justizministeriums zusammengefasst werden.

Die landesweiten Beratungsstellen bei Jugend, Soziales und Frauen sollen unter Einbeziehung der Kommunen und der freien Träger auf Doppelstrukturen überprüft werden.

Die überregionalen Fortbildungs- und Beratungsangebote und die Durchführung von Modellprojekten im Bereich Schule, Jugendhilfe, Familie sollen gebündelt werden. Wir wollen dabei ein abgestimmte Konzept unter Einbeziehung des IPTS.

Beim Unterhaltsvorschuss wollen wir die Blockade überwinden, weil hier Millionenbeträge verloren gehen. Es muss endlich gemeinsam mit den Kommunen eine Lösung gefunden werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahl der Forstämter soll von sieben auf sechs reduziert werden.

Die Straßenbauverwaltung soll endlich zweistufig werden. Dabei sollen die Straßenbauverwaltungen und die Straßenmeistereien der Kreise mit denen des Landes auch in den Kreisen zusammengeführt werden, in denen das noch nicht geschehen ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr vernünftig!)

Die GMSH soll mit dem Ziel wirtschaftlicher Strukturen erneut überprüft werden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wenn wir an die Regierung Forderungen stellen, muss auch das Parlament bereit sein voranzugehen. Deshalb fordern wir seit Jahren, die Zahl der Wahlkreise auf 35 zu reduzieren. Durch eine solche Veränderung des

(Karl-Martin Hentschel)

Wahlgesetzes wird die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhalten und zugleich sichergestellt, dass die von der Verfassung geforderte Größe des Parlaments auch in Wirklichkeit eingehalten wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Werner Kalinka [CDU]: Was sagt die SPD dazu?)

Auch die Strukturen der Beauftragten wurden schon oft kritisch hinterfragt. Wir wollen die Beauftragten als Ansprechpartner der Bürger erhalten, aber die von außen undurchsichtigen Strukturen im Parlament vereinfachen. Deshalb wollen wir die Büros des Eingabenausschusses, der Bürgerbeauftragten, des Behindertenbeauftragten und des Flüchtlingsbeauftragten zu einer Anlaufstelle mit einer gemeinsamen Geschäftsführung zusammenfassen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Und wir schlagen vor - das ist das Modell von Rheinland-Pfalz - zu prüfen,

(Zurufe von der CDU)

ob die Beauftragten in der Staatskanzlei vielleicht ebenfalls an dieses Konzept angegliedert werden können.

Meine Damen und Herren, Sie haben vielleicht nicht zugehört: Alles das, was ich eben vorgelesen habe, sind Strukturveränderungen, die die grüne Fraktion vor zwei Wochen beschlossen hat und die wir Anfang nächsten Jahres mit der Regierung und mit der SPD-Fraktion verhandeln werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadepuhl [CDU])

- Es ist nett, wenn Sie nachfragen; dann kann man das vielleicht noch einmal erläutern.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema ist die Strukturreform des Landes und der Kommunalbehörden. Die grüne Fraktion hat sich darauf verständigt, dies zügig in Angriff zu nehmen, obwohl es ein heißes Thema ist, wie wir wissen. Aber nach den drastischen Reduzierungen des Personals in der Landesverwaltung in den letzten Jahren sind größere Einsparungen nur noch dann zu erreichen, wenn es zu grundlegenden Strukturveränderungen kommt. Deshalb wollen wir über das Finanzausgleichsgesetz Anreize für eine Gebietsreform auf kommunaler Ebene schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schlagen vor, die Kreisverwaltungen in vier bis fünf regionalen Bezirken zusammenzufassen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Die Aufgaben der Selbstverwaltung der bisherigen Kreise müssen in anderer Form sichergestellt werden.

Eine Reform - ich weiß, dass Sie vor der Debatte Angst haben - der Ämter und Kreise ist erforderlich. Das betrifft aber nicht die ehrenamtlichen Strukturen in den kleinen Gemeinden in Schleswig-Holstein, die das Rückgrat des Gemeindelebens in den kleinen Dörfern bilden.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen die ehrenamtlichen Strukturen in den Dörfern erhalten, aber die hauptamtlichen Verwaltungen zusammenfassen. Die Entscheidung darüber sollen die Bürger vor Ort haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bei Kalinka mache ich natürlich eine Ausnahme.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege Hentschel, können Sie uns schon genau sagen, welche Kreise zu welchen Bezirken zusammengefasst werden sollen?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wieder typisch CDU!)

Nein. Herr Kalinka, Sie möchten jetzt natürlich gern ein fertiges Konzept haben. Es kann sein, dass das bei mir im Schreibtisch liegt, aber ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, heute eine Kommunalreform vorzuschlagen.

(Zurufe: Wann denn?)

Wir haben einen abgestimmten Prozess dazu. Lassen Sie mich einmal weitermachen, ich komme gleich darauf.

(Zurufe)

Wir wissen, dass wir für solche Veränderungen die Opposition brauchen. Deshalb fordere ich Sie auf: Zeigen Sie mehr Mut zu Veränderungen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bürokratieabbau ist eine beliebte Vokabel der Oppo-

(Karl-Martin Hentschel)

sition. Aber leider verlässt Sie immer schnell der Mut, bevor die Diskussion überhaupt begonnen hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere hier beispielhaft den Abgeordneten Günther Hildebrand in seiner Presseerklärung vom 1. Oktober:

„Hinter den Äußerungen von Innenstaatssekretär Lorenz ist aber zu befürchten, dass die Landesregierung erwägt, notfalls auch gegen den Willen der Bevölkerung größere Verwaltungseinheiten zu schaffen.“

Wie schrecklich! - So geht es nicht, Herr Hildebrand, auch wenn Sie nicht hier sind. Mit Denkverboten werden Sie die Aufgaben der Zukunft nicht meistern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern war mutiger und hat eine viel beachtete Enquetekommission eingesetzt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da gibt es auch keine Grünen!)

Auch der Städteverband in Schleswig-Holstein hat mit seinen Vorschlägen viel Mut bewiesen. Das Gutachten der Landesregierung zum Zentralörtlichen System schlummert noch im Ausschuss. Nachdem nun - da komme ich zu Ihnen, Herr Kalinka - der Innen- und Rechtsausschuss das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, hoffe ich, dass wir im Frühjahr endlich zu konstruktiver Arbeit zusammenfinden werden. Wenn Sie sich bereit finden, das Thema auf Grundlage eines Eckpunkteplanes im Innen- und Rechtsausschuss mit mir zu besprechen - ich werde dann an der Sitzung persönlich teilnehmen - ,

(Zurufe)

dann werde ich Ihnen auch das grüne Konzept zur Verwaltungsstrukturreform darstellen. Bis dann!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch gar kein Konzept!)

Weil das Thema Bürokratieabbau bekanntlich eine beliebte Vokabel der Opposition ist, erzähle ich Ihnen an dieser Stelle noch eine Anekdote. Die Abgeordneten Jutta Scheicht und Manfred Ritzek - sind Sie da? Ja, wenigstens Herr Ritzek - kritisieren in einer Pressemitteilung vom 11. Oktober 2002, dass die Landesregierung keine Informationen darüber hat, ob in den vergangenen fünf Jahren Schlangen von ihren Besitzern in Schleswig-Holstein ausgesetzt wurden und ob

es Schlangenbisse gab. Schließlich - so die Abgeordneten - dürfe es in Schleswig-Holstein giftige Schlangen und andere gefährliche Exoten nur in Zoologischen Gärten geben. Deshalb fordern die beiden CDU-Abgeordneten eine behördliche Meldepflicht für Schlangenbisse.

(Vereinzelte Heiterkeit)

So schafft man neue Beamtenstellen! Ich schlage deshalb vor, den Abgeordneten Scheicht und Ritzek in der nächsten Landtagstagung durch die Ministerpräsidentin den Orden „Bürokratie zieht Giftzahn“ zu verleihen.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

- Herr Ritzek freut sich; ich will mal sehen, ob ich den Orden aufreiben kann.

Meine Damen und Herren, ein weiteres heiß diskutiertes Thema ist das **Personal- und Tarifrecht**. Man kann sich darüber streiten, wer zu welchem Zeitpunkt einen solchen Vorstoß machen sollte, aber in der Sache gibt es kein Vertun. Es besteht Handlungsbedarf. Da stehe ich zu meiner Ministerpräsidentin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb hat meine Fraktion beschlossen, sich beim Bund für eine weitere Flexibilisierung des Beamtenrechts und eine Angleichung des Dienst- und Tarifrechts der Beamten und Angestellten einzusetzen. Wir wollen auch, dass dabei Handlungsspielräume für die Länder geschaffen werden.

Im Konkreten schlagen wir vor, dass das Weihnachtsgeld auf 2.500 € begrenzt wird. Das trifft nicht die kleinen Einkommen und belastet diejenigen, die es schultern können. Weiterhin schlagen wir vor, dass bei Dienstfahrten mit der Bahn in der Regel nur noch die zweite Klasse bezahlt wird.

Jetzt muss ich einmal etwas zum SSW sagen. Gerade für mich als ehemaliges Tarifkommissionsmitglied der Gewerkschaft IG Druck und Papier, einer durchaus kämpferischen Gewerkschaft, wie man weiß, ist es erstaunlich, wie erschrocken alle Parteien darauf reagieren, wenn mehr Flexibilität im öffentlichen Dienstrecht gefordert wird. Der SSW spricht sich in einer Pressemitteilung vom 14. November gegen eine Öffnungsklausel aus, die den Ländern Verhandlungen ermöglicht. Der SSW spricht an dieser Stelle sogar von einem „einseitigen Bruch der Tarifverträge“. Das kann ich nicht verstehen, Anke. Flexibilität ist doch selbst für die kampfstärke IG-Metall schon längst

(Karl-Martin Hentschel)

eine selbstverständliche Vokabel. Wieso ist es ein Bruch des Vertrages, wenn ich eine Vertragsänderung möchte, die es den Ländern überhaupt erst ermöglicht, Verträge zu schließen?

(Anke Spoorendonk [SSW]: „Einseitig“ war das Stichwort! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das kann ich nicht verstehen. Ich verlange eine Vertragsänderung, Herr Kubicki. Es ist kein Bruch des Vertrages, wenn ich sage: Ich möchte einen Vertrag neu verhandeln.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die CDU fordert in einer Pressemitteilung vom 14. November vollmundig, dass die Landesregierung den Bürgern mitteilen soll, dass bestimmte Aufgaben des Landes nicht mehr erfüllbar sind. Sie sagt aber nicht, welche. In derselben Presseerklärung erklärt sie dann, dass es Sonderopfer zulasten der Beamten nicht geben dürfe. Das geht nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

Der FDP-Vorsitzende Kubicki, sicherlich als Gewerkschaftsfreund nicht besonders profiliert, toppt das Ganze. Er stellte sich vor die Demonstration des Deutschen Beamtenbundes am 13. Dezember vor dem Landeshaus und versprach als Einziger von allen Abgeordneten - das hat nicht einmal die CDU gebracht - den Demonstranten, dass die FDP im Kampf gegen die Kürzungen voll auf ihrer Seite stehe.

(Beifall bei der FDP)

Bei so viel Frechheit war sogar der Abgeordnete Schlie echt baff.

Meine Damen und Herren von der Opposition, so geht es nicht, so geht es wirklich nicht weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer sich bereits Gummiwindeln umbinden muss, wenn der Deutsche Beamtenbund zur Demonstration vor dem Landeshaus aufruft, der wird keine Strukturveränderungen in Schleswig-Holstein zustande bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die größten Veränderungen der kommenden Jahre stehen uns im Bildungs- und Erziehungssektor bevor. Die Stichpunkte sind bekannt: PISA, Ganztagschule, Kommunalisierung, verbindliche Halbtagsgrundschule, Migrantensprachunterricht, Abbau der Differenzie-

rung und so weiter. Herr Kubicki, ich hätte Ihnen geraten, zu diesem Thema zu schweigen. Ich kann ja verstehen, dass Sie einige Debatten der letzten Monate nicht mitbekommen haben, aber dass Sie nach dem, was mit PISA gewesen ist, die Textbausteine vom vorvorigen Jahr vorlesen, fand ich schon erstaunlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Das Erste, was jedem bei Bildung einfällt, ist selbstverständlich - das haben wir ja von der CDU auch besonders gehört -: Wir brauchen mehr Geld für die Bildung. Ich gebe Ihnen Recht. Ich bin deshalb stolz, dass es uns in den Koalitionsverhandlungen in Berlin im Herbst gelungen ist, zusätzliche Milliarden für Kinderbetreuung und Ganztagschulen zu mobilisieren. Wir werden nicht lockerlassen, weiter daran zu arbeiten.

Das hat aber Grenzen. In der rauen politischen Wirklichkeit können auch Dukatenesel nicht mehr scheißen, als die Ökonomie hergibt. Deshalb muss die notwendige Bildungsreform mit grundlegenden Strukturveränderungen verbunden werden. Um die erforderlichen Reformen in den Schulen zügig und flächendeckend umsetzen zu können, sollen die folgenden Maßnahmen ergriffen werden: Wir glauben, dass wir Strukturveränderungen im Bildungsbereich brauchen, wenn wir etwas erreichen wollen. Es reicht nicht aus, wenn wir nur nach mehr Geld rufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Die Mittel für den Schulbau - der Kommunale Investitionsfonds, die Schulbaumittel des Bildungsministeriums und die Investitionsmittel des Bundes für Ganztagschulen - sollen zusammengefasst werden.

Zweitens. Die unterschiedlichen Betreuungsmaßnahmen von Schulkindern wie Hort und andere Betreuungsformen, die ja unterschiedlich teuer sind, sollen im Rahmen der Einführung von flächendeckenden Ganztagsangeboten in Schulen zusammengefasst werden.

Drittens. Das Pilotprojekt „Geld statt Stellen“ soll auf freiwilliger Basis ab dem Schuljahr 2003/4 auf alle Schulen ausgeweitet werden und es ihnen ermöglichen, sich bis zu 20 % der Personalmittel in Geld auszahlen zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Die Bedingungen für Teilzeitkräfte - das sind 39 % der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein - sollen so geändert werden, dass diese wie Vollzeit-

(Karl-Martin Hentschel)

kräfte verpflichtet werden können, bei Stundenausfall einzuspringen.

Fünftens. An geeigneten Standorten sollen Oberstufenzentren gebildet werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das kostet eine Menge Geld!)

In einem ersten Schritt soll an Orten, wo es mehr als eine gymnasiale Oberstufe gibt -, das ist an fast allen Orten in Schleswig-Holstein so, in denen es Gymnasien gibt - die Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Sechstens. Kleine Schulen sollen organisatorisch zusammengefasst werden mit einer gemeinsamen Schulleitung, um schulübergreifende Kooperation zu ermöglichen. Über die Beibehaltung der Standorte soll vom Schulvorstand vor Ort entschieden werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die Kultusministerin ist zum Teil begeistert!)

Siebtens. Die Lehrerstundenkontingente sollen konsequent nach Schülerzahlen auf die Schulen verteilt werden, wobei Sonderfaktoren aufgrund des sozialen Einzugsbereiches, wenn Mehrbedarf für Fördermaßnahmen und Sprachförderungen besteht, berücksichtigt werden. Ausnahmen soll es nur für Inselschulen und ähnlich extreme Standorte geben.

Achtens. Auch die Berufsschulen haben ein Problem der kleinen Klassen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ist das jetzt Hentschels Weihnachtsmärchen?)

Der Vorschlag des Rechnungshofes, eine Mindestklassengröße vorzuschreiben und gegebenenfalls die Schüler und Schülerinnen zu Bezirksfachklassen oder Landesberufsschulen zusammenzufassen, soll umgesetzt werden. Dabei müssen die betroffenen Betriebe einbezogen werden.

Die zweite große Reform des Bildungswesens betrifft die Hochschulen. Qualitativ gute Hochschulen in Forschung und Lehre sind einer der wichtigsten Standortfaktoren für unser Land. Zurzeit befinden sich unsere Hochschulen in einer dramatischen Lage, zu der ich vorhin schon etwas gesagt habe.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer hat die denn eigentlich da hineingebracht?)

Mit der Einrichtung der Strukturkommission für die Uni-Klinika unter der Erichsen-Kommission für die Hochschulen soll eine Grundlage für neue Entscheidungen getroffen werden. Herr Jost de Jager, Sie haben letzte Woche erneut vertreten, der Gesetzentwurf zur Fusion der Klinika sei in zentralen Punkten unvollständig und komme zum falschen Zeitpunkt. Es

sei voreilig, über ein so erhebliches Strukturvorhaben zu entscheiden, bevor die so genannte Erichsen-Kommission ihre Vorschläge vorgelegt habe. Ihre Presseerklärung gipfelt in dem Satz: Das sei eine Zumutung für die Betroffenen und ein parlamentarischer Sittenverfall. Nein, Herr de Jager, ein Sittenverfall wäre es, wenn wir wieder nicht die Kraft hätten, die nötigen Entscheidungen zu treffen, wenn es uns nicht gelänge, die nötigen Strukturreformen auf den Weg zu bringen und wenn wir die Hochschulen alleine ließen, denn dann sparen wir sie kaputt. Deshalb wird meine Fraktion dafür eintreten, dass die Strukturen der Hochschulen auf der Basis der Kommissionsvorschläge zügig reformiert werden. Es müssen ab 2003 weitere Einsparungen bei den Uni-Kliniken realisiert werden. Dafür ist ein handlungsfähiger Klinikvorstand die unabdingbare Voraussetzung,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn mit den frei werdenden Mitteln soll die Finanzierung unserer Hochschulen sichergestellt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ein Quatsch!)

Herr de Jager und Herr Kubicki, ich spreche Herrn de Jager jetzt besonders an, obwohl er nicht hier ist: Wir werden an dieser Linie festhalten - und wenn wir noch so viele de Jagers zum Jagen tragen müssen. Herr de Jager.

Neben den Strukturentscheidungen im Land brauchen wir Strukturentscheidungen in Berlin. Auch dafür trägt die Landesregierung eine wichtige Verantwortung. Wir sind deshalb der Überzeugung, es muss zu einer deutlichen Senkung der Lohnnebenkosten kommen. Darüber sind sich mittlerweile alle im Landtag einig. Das Folgende ist jedoch konkreter: Die Renten dürfen nicht mehr schneller steigen als die Einkommen der jungen Familien.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss durch eine Reform des Gesundheitswesens erreicht werden, dass die Beiträge zur Krankenversicherung gesenkt werden. Die Basis für die Finanzierung des Sozialversicherungssystems muss verbreitert werden, indem alle Einkommen - auch die von Beamten, Abgeordneten, Besserverdienenden, Selbstständigen sowie Kapitaleinkommen - einbezogen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das Schweizer Modell. Wenn die Schweiz dies überlebt, so denke ich, dass auch Deutschland dies überleben würde. Der Anteil der Steuerfinanzierung muss deutlich angehoben werden. Die Gegenfinanzierung soll durch Verbrauchssteuern aufkommensneutral erfolgen. Deshalb hält meine Fraktion

(Karl-Martin Hentschel)

auch an der Verwendung der Ökosteuer für die Senkung der Lohnnebenkosten fest.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Steuerlasten. Kapitalgesellschaften und Vermögen müssen angemessen an der Finanzierung unseres Staates beteiligt werden. All denen, die sich über Steuererhöhungen und Erbschaftssteuer Gedanken machen, sage ich: Wir müssen verhindern, dass die Einkommensentwicklung immer weiter auseinander läuft. Herr Kubicki, Einkommensunterschiede sind gut. Die Leute, die tüchtig sind, sollen auch etwas verdienen. Wenn wir es aber nicht schaffen, das Auseinanderlaufen der Einkommensunterschiede zu stoppen, dann gerät unsere Demokratie irgendwann in Gefahr. Deshalb ist das notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen auch den Beschluss der Landesregierung, sich für eine schnelle und unverwässerte Umsetzung des Hartz-Konzeptes einzusetzen, auch wenn es dabei die eine oder andere Kritik gibt. Ich glaube, es ist richtig, dass die Leiharbeit dann, wenn sie in großem Umfang eingesetzt wird, für das Unternehmen, das den Leiharbeiter einstellt, in den ersten Monaten günstiger ist. Auf jeden Fall muss sie so günstig sein, dass es sich für diese Unternehmen lohnt. Natürlich kann es andererseits nicht zu so großen Abschlägen kommen, dass feste Arbeitsplätze massenhaft durch Leiharbeitsplätze ersetzt werden. Das muss man auch sehen. In dieser Frage muss es zu einem ausgewogenen Verhältnis kommen. Die Holländer haben vorgemacht, dass eine solche Ausgewogenheit möglich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Bei den Personal-Service-Agenturen müssen wir ungedingt darauf achten, dass sie vor Ort in kommunaler oder privater Hand eingerichtet werden. Die Arbeitsvermittlung darf nicht beim Arbeitsamt selbst bleiben. Das Arbeitsamt wird diese Aufgaben als starre Bundesbehörde nicht bewältigen können. Wir müssen sehr darauf achten, dass das Arbeitsamt sich in seiner Eigengesetzlichkeit nicht durchsetzt und dass tatsächlich eine Dezentralisierung stattfindet, die die nötige Flexibilität bringt.

Der vorliegende Sparhaushalt ist nicht die Lösung aller Probleme.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Er schafft neue Probleme!)

Er ist ein notwendiger Schritt. Herr Kubicki, unser Problem ist auch nicht die mangelnde Wirtschaftskraft. Schleswig-Holstein hatte im ersten Halbjahr 2002 gegenüber 2001 mit 1,3 % das höchste Wachstum aller Bundesländer.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das reicht aber nicht!)

- Wir werden weiter daran arbeiten, mehr zu haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann tun Sie es doch einmal!)

Das Problem liegt jedoch darin, dass unsere Finanzen gegenüber diesen Entwicklungen überproportional gesunken sind. Unser Problem ist auch nicht die mangelnde Konkurrenzfähigkeit. Wenn der Außenhandel in Schleswig-Holstein im letzten Jahr um 14 % gewachsen ist, dann liegt das nicht an der mangelnden Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland.

Unser Problem sind die Blockaden bei der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir müssen aufhören, vor der nächsten Wahl Angst zu haben. Wir müssen aufhören, ein Politikasperlenspiel zu betreiben. Wir müssen aufhören, jede politische Entscheidung vor dem Bundesrat zum Nullsummenspiel zu zerreiben. Wir müssen aufhören, jede politische Entscheidung erst einmal zum Verfassungsgericht zu tragen. Wir müssen mit dem Theater von überflüssigen Untersuchungsausschüssen, Verdächtigungen und kriminalistischen Fisematenten, wer einmal wann etwas gesagt hat, aufhören. Wir müssen im Parlament zu einer wirklich ernsthaften politischen Debatte zurückkehren, die um die Sache geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die schwierige Situation der Konjunktur und der öffentlichen Haushalte erfordert entschlossenes Handeln der Regierungen und klare Signale an die Bürgerinnen und Bürger. Da stimme ich Lothar Hay voll zu. Wir müssen klare Signale geben, damit die Menschen Vertrauen fassen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass alle ihren Teil dazu beitragen müssen, um den Tanker Deutschland wieder in Schwung zu bringen. Das haben wir in vielen Gesprächen erkannt. Sie erwarten von uns die Signale, dass wir die Probleme anpacken und die Belastungen gerecht auf alle verteilen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

(Karl-Martin Hentschel)

Ungewöhnlicherweise schließe ich mit einer Parole. Die lautet: Die Kinder haben Vorzug, packen wir es an!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Freitag wurde in Kopenhagen eine wahrlich historische Entscheidung für die gemeinsame Zukunft Europas getroffen. Mit der Aufnahme der zehn osteuropäischen Länder in die Europäische Union ist der Eisener Vorhang, der 50 Jahre lang unser Bild von Europa bestimmte, endgültig beseitigt worden. Dies setzt die verbreitete kollektive Depression in der Bundesrepublik, bei der wir in den letzten Wochen einem vielstimmigen Jammerchor auf höchstem Niveau gelauscht haben, in eine ganz andere Perspektive.

Angesichts dieser erfreulichen Ereignisse sollten wir aufhören, nur Nabelschau zu betreiben. Wir sollten die osteuropäischen Völker willkommen heißen in unserer Gemeinschaft, die seit 1955 durch die gemeinsamen Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit geprägt ist. Sie haben es nach Jahren der Entbehrung verdient, an unserem Wohlstand und an unserer wirtschaftlichen Prosperität teilzunehmen.

Natürlich wird die Osterweiterung nicht ohne Probleme vollzogen werden können. Es gibt Besorgnis darüber, wie sich durch die neuen Mitglieder die wirtschaftliche Entwicklung bei uns und in den anderen alten Mitgliedsstaaten entwickeln wird. Dazu haben viele Menschen Angst vor neuer Zuwanderung und billiger Arbeitskraft, die die heimischen Arbeitskräfte verdrängen könnten. Auch wenn diese Befürchtungen vielfach nicht real sind, da bisher fast alle EU-Länder durch den Beitritt von neuen Ländern mehr gewonnen als verloren haben, müssen wir sie ernst nehmen.

Gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir es bei einer Neugestaltung der EU-Strukturen wieder verstärkt in die Hand nehmen, wie wir unsere sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten. Die EU wird sich ändern müssen - in ihren Strukturen, in ihrem Aufbau und in ihrer zentralen Organisation. An diesen Änderungen arbeitet der EU-Konvent, und man kann nur hoffen, dass es den Konventmitgliedern gelingt, eine vernünftige Balance zwischen

effizienten Strukturen und den berechtigten Interessen der Mitgliedstaaten zu schaffen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Der EU-Ratsvorsitzende und dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen brachte es auf den Punkt, als er davon sprach, dass die EU eine große europäische Gemeinschaft der Nationalstaaten werden müsse. Alle, die von den zentralistischen Vereinigten Staaten Europas träumen, müssen endlich einsehen, dass sich dieser Traum mit den Bevölkerungen der 25 Staaten nicht umsetzen lässt. Die zukünftige EU muss also viel dezentraler, flexibler und volksnaher organisiert werden als die heutige EU, ansonsten wird dieses historische Projekt keinen Erfolg haben.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei SPD)

Die Osterweiterung birgt also Chancen und Risiken - auch für die Bundesrepublik und für Schleswig-Holstein. Gerade die Ostseeanrainerstaaten haben durch den Beitritt von Polen, Litauen, Lettland und Estland jetzt die einmalig Chance, das Mare Balticum zu schaffen, wovon Ministerpräsident Björn Engholm einst nur zu träumen wagte. Deshalb wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, dass die Landesregierung und damit das Land den Motor in der Ostseekooperation wieder auf Touren bringt. Mit anderen Worten: Wir in Schleswig-Holstein sollten gemeinsam die kulturellen und wirtschaftlichen Chancen der EU-Erweiterung beim Schopfe packen.

Gerade wenn wir - wie heute - über den Haushalt des Landes für 2003 sprechen, wird uns schmerzhaft bewusst, dass die Landesregierung und der Landtag leider über immer weniger Einfluss auf die wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen verfügen. Die Musik spielt nicht nur eher bei den internationalen Konzernen, sondern auch immer öfter in Brüssel und Berlin, als es uns hier in Kiel recht sein kann.

Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, welche Akzente die Bundesregierung und der Bundesrat für unser Land setzen. Ich will nicht verhehlen, dass sich der SSW die Politik der neuen/alten Bundesregierung anders vorgestellt hatte. Selten ist eine Bundesregierung mit so viel Verwirrung und scheinbar ohne klaren Kurs in ihre zweite Periode gestartet. Man fragt sich, ob die Anstrengungen des Bundestagswahlkampfes Schuld daran sind, dass wir bisher eine so müde und völlig perspektivlose Politik präsentiert bekommen.

Aber, liebe Kolleginnen, Kollegen, zu einer guten Regierung gehört aber auch eine gute Opposition, und die fällt in Berlin bisher leider auch aus. Denn die

(Anke Spoorendonk)

Opposition benimmt sich in vieler Hinsicht wie in einem bayerischen Komödienstadl: Statt eigene - seriös zu nehmende - Alternativen aufzustellen, hören wir nur Hohn und schrille Zwischenrufe. Ich will auf die jüngsten Äußerungen von Herrn Koch gar nicht eingehen, aber er war bekanntlich auch dafür verantwortlich, dass die Union den so genannten Wahlbezugsausschuss im Bundestag einsetzen will.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Dieser „Lügensausschuss“ ist wirklich der Gipfel der Unseriosität.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dazu fällt einem nur noch die Redensart ein: Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich glaube wirklich, dass die Menschen diese Spielereien unendlich Leid sind.

(Beifall bei SSW und SPD)

Obwohl man also zu Recht mit der aktuellen politischen Situation in Berlin unzufrieden sein kann, gibt es aber überhaupt keinen Grund, über Weimarer Verhältnisse und Reichskanzler Brüning zu reden oder gar die Bürgerinnen und Bürger dazu aufzufordern, auf die Barrikaden zu gehen. Immerhin hatte die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2002 das höchste Bruttosozialprodukt ihrer Geschichte. Außenminister Joschka Fischer hat ja nicht ganz unrecht, wenn er sagt: Die gefühlte Rezession ist viel stärker als der reale Rückgang der Wirtschaft.

Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht nur hausgemacht sind. Es ist eine Tatsache, dass die internationale Konjunktur spätestens seit dem 11. September 2001 ins Stocken geraten ist. Die USA, Japan und auch viele europäische Länder befinden sich in einem wirtschaftlichen Tief, das naturgemäß auch den Exportweltmeister Deutschland trifft.

Gänzlich verdrängt worden sind dabei aber die Folgen der deutschen Einheit. Aus meiner Sicht ist es ein Fehler von historischem Ausmaß, dass die Vereinigung nicht als nationale Aufgabe definiert wurde. Statt dessen schreitet in den Neunzigerjahren die Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft voran. Steuern zu zahlen wird lächerlich gemacht und die Forderung nach Steuererleichterung wird hoffähig gemacht. Das ist das Problem, mit dem wir auch heute noch zu kämpfen haben.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Dennoch steht unser Staat vor ernststen Herausforderungen, und wir müssen uns endlich eingestehen, dass

wir dringend Reformen in Angriff nehmen müssen, und zwar in erster Linie in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung, aber auch bei den Sozial- und Rentenkassen. Die Probleme in diesen Bereichen sind seit Jahren bekannt und Lösungsvorschläge gibt es zuhauf. Allerdings ist es natürlich nicht egal, welche Lösungsvorschläge man wählt und wie man sie dann auch umsetzt.

Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen aber ihren Beitrag zur Lösung der Probleme erbringen. Dieser gemeinsame Wille erscheint mir immer noch zu schwach. Dass es auch anders geht, konnte man kürzlich Medienberichten entnehmen, aus denen hervorging, dass man in den Niederlanden im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit eine Arbeitsmarktvereinbarung getroffen hatte: Arbeitgeber und Gewerkschaften hatten sich für 2003 auf Tarifsteigerungen bis zu 2,5 % geeinigt, während die Regierung zusagte, den Niedriglohnsektor und das vermögenswirksame Sparen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit rund 900 Millionen € zu unterstützen, und dies in einer Phase, wo es durch den Rücktritt der Regierung wegen der Auseinandersetzungen mit der rechten Liste Fortuijn nur ein geschäftsführendes Kabinett gibt und im Januar Neuwahlen stattfinden. Es lohnt sich somit, den Kopf zu bewegen und einen Blick durch das nachbarliche Schlüsselloch zu wagen. Auch hier gilt, es gibt ganz einfach Besseres als fortdauernd den eigenen Bauchnabel zu betrachten.

Der SSW fordert also, dass die notwendigen **Reformen** der Kranken- und Rentenversicherungen, des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems angepackt werden. Wir wollen den Sozialstaat reformieren und ihn erhalten; abschaffen wollen wir ihn nicht.

(Beifall beim SSW)

Deshalb fordert der SSW auch keinen neoliberalen Umbau des Sozialstaates beispielsweise nach den Vorstellungen der FDP, sondern sozialgerechte Reformen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Insbesondere unsere skandinavischen Nachbarländer Dänemark und Schweden haben uns bereits vorgezeigt, wie man einen angeschlagenen Sozialstaat wieder fit machen kann, Herr Kollege Hay sprach es an. Die hohen Wachstumsraten und die niedrigen Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitig hohen sozialen Standards in diesen Ländern sprechen für sich.

In unseren skandinavischen Nachbarländern gibt es einen sozialen Konsens, an den sich bisher alle Regierungen jedweder Richtung gehalten haben.

(Anke Spoorendonk)

Danach richtet sich auch der innere Kompass des SSW. Mit anderen Worten: Wir wollen keinen Staat nach Motto: Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.

Obwohl der SSW das Ziel der **Steuergerechtigkeit** und damit auch das Stopfen von Steuerlöchern grundsätzlich teilt, haben wir Probleme mit einem Teil der Steuererhöhungen, die zum Jahresende kommen werden. Mein Kollege Harms hat dies in der letzten Woche in der Debatte über das Steuervergünstigungsabgabegesetz im Detail bereits erläutert. An dieser Stelle möchte ich nur noch einmal die Streichung der Eigenheimzulage erwähnen, was für die Baubranche - gerade auch in Schleswig-Holstein - schlimme Folgen haben wird.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Und für die Sozial- und Familienpolitik, die Altersvorsorge und und und!)

Steuererhöhungen, die zur Schwächung der Konjunktur führen, lehnen wir in der jetzigen Situation ab.

Mehr Steuergerechtigkeit heißt für uns aber sehr wohl die Einführung einer Vermögensteuer. Mit einer Zinsabschlagsteuer, die jetzt wohl kommen wird, können wir leben. Trotz einer unbestreitbaren Gerechtigkeitlücke ist die Einführung einer solchen Steuer vernünftig. Unter dem Strich ist sie wirklich das kleinere Übel. Bisher zahlen die meisten Bürger für ihre Kapitalerträge gar nichts. Illusionen - auch das ist schon gesagt worden - sollte man sich aber dabei nicht machen. Es wird weiterhin einen harten Kern von Steuerflüchtigen geben, die in ihrem unsozialen Verhalten von nicht wenigen Politikern und Lobbyisten unterstützt werden, wenn diese behaupten, dass die Steuergesetze den Bürgern keine andere Wahl ließen. Diesen Heuchlern wird nun das Handwerk gelegt und das begrüßen wir.

Aus der ganzen leidigen Steuerdiskussion ergibt sich allerdings auch noch eine andere Erkenntnis. Bei den konjunkturellen Schwierigkeiten, die wir jetzt haben, ist die Einhaltung der Maastricht-Kriterien mehr als kontraproduktiv. Die dreiprozentige Verschuldungsgrenze mag ihre Berechtigung bei guter Konjunktur haben. Bei den aktuellen wirtschaftlichen Problemen verschärft diese Einschränkung der nationalen Handlungsmöglichkeiten die Probleme noch, weil man statt zu investieren weiter zum Sparen angehalten wird. Deshalb sollten bei der Neugestaltung der EU sowohl die Maastricht-Kriterien als auch die Konstruktion der Währungsunion mit ihrer restriktiven Geldpolitik überdacht werden.

In einem wichtigen Punkt scheinen sich Bundesregierung und Opposition nun doch noch zu nähern, näm-

lich in der Frage der Umsetzung des Hartz-Konzeptes. Der Kompromissvorschlag - insbesondere bei den Billigjobs - ist natürlich nicht ohne Probleme. Man braucht sich nur den Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ im heutigen „Pressespiegel“ anzugucken. Angesichts der anderen positiven Effekte des Konzeptes aber ist hier ein Durchbruch geschaffen worden, der hoffentlich für weitere Reformen beispielhaft sein kann.

Interessant ist in diesem Fall, dass jetzt auch die nationale Presse erkennt, dass man in Schleswig-Holstein bereits mit ähnlichen Konzepten Erfolge erzielt hat. Schon seit einigen Jahren versuchen wir in Schleswig-Holstein, eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik umzusetzen, wobei nicht Herr Hartz, sondern eher das dänische Arbeitsmarktmodell Pate gestanden hat. Natürlich ist es noch nicht gelungen, flächendeckende Erfolge zu vermelden. Aber dort, wo man diese Modellversuche und ähnliche Modelle einer aktiven Arbeitsmarktpolitik anwendet, kommt man auch voran.

Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung in ihrer Politik versucht, diese und ähnliche Elemente der skandinavischen Nachbarländer aufzunehmen. Das steht uns als Brücke zum Norden gut zu Gesicht, finde ich. Das gilt nicht nur für die Arbeitsmarktpolitik, die ich vorhin schon angesprochen habe, sondern auch für die Ostseepolitik und insbesondere für die Energiepolitik, in der Schleswig-Holstein Dänemark jetzt sogar prozentual gesehen als großer Windenergieproduzent überholt hat.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Trotz Kritikpunkte im Detail - vielen Dank! - kann der SSW diese Politik daher weiterhin unterstützen,

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Günter Neugebauer [SPD])

während wir die derzeitigen Berliner Kakophonie ablehnen.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir auch das Verhalten der Landesregierung im Bundesrat, denn der Bundesrat darf als Verfassungsorgan nicht den Interessen der Parteien untergeordnet werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Gerade die Mängel der Steuerreform 2000 haben gezeigt, dass die Bundesregierung und die schleswig-holsteinische Landesregierung nicht immer die gleichen Interessen haben, und wie wichtig es ist, schnell Bedenken anzumelden. Dies sollte nach Auffassung des SSW in Zukunft deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. Anders formuliert: Wenn wir es mit

(Anke Spoorendonk)

unserer Forderung nach einer Stärkung der Landesparlamente in unserem föderalistischen System ernst meinen - dazu haben wir in diesem Haus mehrfach Debatten geführt -, dann müssen auch die Länder lernen, glaubwürdiger zu agieren.

Eine Reform des Föderalismus unter Einbeziehung einer Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist auch der richtige Weg, um vor dem Hintergrund der neuen EU-Strukturen die Regionen Deutschlands zu stärken. Der bisherige Zustand der Bundesländer jedenfalls ist alarmierend, denn nahezu alle Bundesländer haben riesige finanzielle Probleme.

Das gilt natürlich auch für Schleswig-Holstein. Die Eckdaten der **Nachschiebeliste** für den Haushalt 2003 sehen nicht besonders rosig aus, um es einmal milde zu formulieren. Zwar steigen die Investitionen um über 85 Millionen € auf 797 Millionen € und daher steigt auch die Investitionsquote von 9,1 % auf 10,2 %, aber leider ist dieser Wert überhaupt nicht aussagefähig, da es sich bei den meisten zusätzlichen Investitionen um die Gelder für die Flutopfer in Ostdeutschland handelt; diese fließen nicht nach Schleswig-Holstein. Nur bei dem Ausbau der Hochschulen, dem Umbau des Landtages und bei der Sanierung der Strafvollzugsanstalten des Landes wurden die Investitionen um knapp 7,6 Millionen € erhöht.

Obwohl die Landesregierung im Haushaltsentwurf bereits 233 Millionen € als Fehlbetrag zur Haushaltsdeckung eingeplant hatte, mussten durch die neuen Steuereinträge über 200 Millionen € zusätzlich erwirtschaftet werden. Daher wurde die Nettokreditaufnahme noch einmal um 57 Millionen € erhöht und gleichzeitig wurden weitere Kürzungen - zum Beispiel bei dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ und bei IT-Maßnahmen - vorgeschlagen.

Dazu hat die Landesregierung eine zehnprozentige Kürzung von insgesamt 10,5 Millionen € bei allen Förderprogrammen vorgenommen. Diese Kürzung trifft viele Institutionen, Verbände und Organisationen gerade im Kultur- und Sozialbereich oder bei der Frauen- und Jugendförderung.

Die Folgen werden Schließungen und Entlassungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein. Für den SSW sind diese Kürzungen schwer zu schlucken, weil die Arbeit, die vielerorts ausgeführt wird, einen wichtigen Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens darstellt. Deshalb begrüßen wir, dass SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihren Änderungsanträgen zumindest einige Kürzungen - gerade im Jugendbereich - abgemildert, zurückgenommen haben.

Dennoch kommen wir nicht darum herum, uns Gedanken darüber zu machen, wie man in diesen Berei-

chen, im Bereich der Förderprogramme, überhaupt weiterkommt. Es kann jedenfalls nicht angehen, dass wir diesen Organisationen einmal jährlich eine zehnprozentige Kürzung verpassen. Wir fordern daher das Land, die Landesregierung und das Parlament auf, gemeinsam mit den Betroffenen Konzepte zu erarbeiten, um Ziele, Aufgaben und Ressourcen abzustecken. Ich freue mich darüber, dass der Kollege Hay dies in seiner Rede angesprochen hat. Denn eines steht fest: Mit dem alten Rasenmäher werden wir nicht weiterkommen. Das zumindest wissen wir schon heute.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Darüber hinaus will die Landesregierung große Einsparungen im Personalhaushalt vornehmen, Kollege Hentschel. Hier sollen nicht zuletzt durch die Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung über 40 Millionen € gespart werden. Der SSW hat in diesem Zusammenhang mehrfach deutlich gemacht, dass wir keine kurzfristigen oder unüberlegten Maßnahmen wollen. Wir haben uns auch - das ist richtig - gegen die vorgeschlagene Öffnungsklausel ausgesprochen, die das Land Berlin im Bundesrat beantragt hat.

Wir sind der Meinung, dass Änderungen im Beamtenbesoldungsrecht auf dem Verhandlungsweg mit den Gewerkschaften erzielt werden müssen. Es gibt Verträge. Diese Verträge kann man nicht einseitig kündigen.

Wenn man in einem Diktat den Beamten und Beamtinnen ihre Besoldungsanpassung, die Sonderzuwendungen oder das Urlaubsgeld kürzen oder streichen will, dann schafft man nur demotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist wirklich das Letzte, was wir angesichts der vielen Reformen, die in der Verwaltung nötig sind, gebrauchen können.

Lieber Kollege Hentschel, wir plädieren also

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, bitte? Hier!)

dafür - das ist uns wichtig -, dass nicht verordnet, sondern verhandelt wird, um noch einmal ein Schlagwort der Koalition aufzugreifen.

(Beifall beim SSW)

Und der SSW plädiert dafür, dass wir über Reformen im Beamtenbesoldungsrecht nachdenken. Es muss zu Reformen kommen. Zum Beispiel ist es eine berechtigte Forderung, dass zukünftig auch die Beamtinnen und Beamten in die öffentlichen Rentenkassen einzahlen sollen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

Wir sind davon überzeugt, dass auch die Interessenvertreter der Beamten und der Angestellten des Landes den Ernst der Situation erkannt haben. Deshalb fordert der SSW, dass wir im Dialog mit den Beschäftigten des **öffentlichen Dienstes** nach vernünftigen Lösungen suchen. Ich möchte hinzufügen: Genau das habe ich vor der Demonstration des Beamtenbundes gesagt, weil es mir wichtig ist, nicht mit zwei Zungen zu reden.

Allerdings wird die Einsparung bei den Personalkosten schwer umzusetzen sein. Das gilt ebenfalls für die erwarteten zusätzlichen Einnahmen beim Steuervergünstigungsabbaugesetz. Zum einen ist es sehr wahrscheinlich, dass der Bundesrat einen Teil der Gesetzesvorschläge stoppen wird, und zum anderen ist die Einnahmeerwartung bei einigen neuen Steuern oder bei den Maßnahmen zum Stopfen von Steuerschlupflöchern sehr unsicher. Das gilt, wie schon gesagt, auch für die geplante **Zinsabschlagsteuer**, wobei wir noch gar nicht wissen, inwieweit die Länderhaushalte überhaupt an den Einnahmen, wie hoch sie denn auch sein mögen, beteiligt werden. Aber davon, dass es zu einer Beteiligung kommen wird, gehe ich heute aus.

Im Übrigen ist es unserer Meinung nach sogar sinnvoller, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass die Finanzämter genügend Ressourcen zur Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen. Die zu wenigen Stellen und die schlechte Bezahlung der Finanzbeamten führen erwiesenermaßen dazu, dass dem Staat jedes Jahr Milliardenbeträge verloren gehen. Die Landesregierung und auch die regierungstragenden Fraktionen haben bereits letztes Jahr einige Initiativen ergriffen, um diese Zustände zu beheben. Aber aus Sicht des SSW muss noch mehr getan werden. Halten wir uns dazu vor Augen, dass der Haushaltsplanentwurf 2003 auf einem Wirtschaftswachstum von über einem Prozent beruht, während das Kieler Weltwirtschaftsinstitut nur noch von knapp einem Prozent ausgeht, so wissen wir, dass wir es im nächsten Jahr vielleicht wieder mit einem Nachtragshaushalt zu tun bekommen.

Ich hatte bereits bei der Veröffentlichung der Nachschiebeliste gesagt, dass der Haushalt viele Fragen aufwirft. Wenn man ehrlich ist, muss man zugeben, dass diese Fragen nicht alle beantwortet worden sind und dass der Haushalt für 2003 weiterhin auf dem Prinzip Hoffnung beruht. Aus Sicht des SSW gibt es dazu aber keine wirkliche Alternative. Das sieht man zum Beispiel auch an den bisherigen Ergebnissen der Verwaltungs- und Strukturreform des Landes. Natürlich kann man, wie es vonseiten des Landesrechnungshofs im Sonderbericht „Reformvorhaben der Landesregierung - Bilanz der Modernisierung“ geschieht, darauf hinweisen, dass ein roter Faden nicht

erkennbar ist oder dass die Funktionalreform nicht zu nachhaltigen Erfolgen geführt hat. Ich stimme dem sogar zu. Umgekehrt muss man aber auch klar sagen: Wir haben es bei der Verwaltungsreform mit einer ungeheuer komplizierten Materie zu tun, bei der sowohl die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen und regionalen Ebenen als auch der gesellschaftlichen Gruppen eine Rolle spielen. Das ist fast die Quadratur des Kreises, das ist zumindest ein ganz schwieriger und langsamer Umsetzungsprozess, wobei ich hier nicht als Bedenkenrägerin aufgefasst werden will. Aber ich habe es allmählich satt, dass wir, wenn wir über solche Vorhaben reden, immer so tun, als hätten wir es mit einem Schachspiel zu tun. Denn so - das wissen wir - spielt das Leben nicht.

Ich behaupte daher: Keine Landesregierung jedweder Parteifarbe hätte es dabei einfach. Die Ergebnisse in den anderen Bundesländern bestätigen ja auch diese These. - Die Einsparpotenziale in diesen Bereichen sind also zwar vorhanden, sie sind aber nicht leicht umzusetzen. Das ist ein langwieriger Prozess. Dass wir dabei eingeschlafen sind, das finde ich auch, und dass wir nun wieder mehr Fahrt hineinbringen müssen, stimmt allemal. Aber wir sollten nicht so tun, als sei dies einfach zu erreichen und sei nur ein Klacks.

Auch die Änderungsanträge von FDP und CDU bestärken mich in der Annahme, dass es zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf keine überzeugende Alternative gibt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Kubicki will seine Haushaltsversprechungen zum einen durch den Verkauf der Landesbank finanzieren, was heute so nicht möglich ist, und zum anderen durch ungedeckte Luftbuchungen bei der Sozialhilfe und beim Wohnungsgeld. Die CDU möchte dazu noch die NordWest Lottogesellschaft verkaufen. Dabei scheint es keine Rolle zu spielen, dass wir alle wissen, dass wir in der jetzigen Situation keinen guten Preis erzielen können. Außerdem hat die Lottogesellschaft jedes Jahr einen großen Überschuss, der uns dann nicht mehr ohne weiteres zur Verfügung stehen würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben Sie noch nicht verstanden!)

- Lieber Kollege Kayenburg, ich bin ganz sicher, dass Sie mir das noch einmal deutlich erklären werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber gern!)

Dass die CDU wie jedes Jahr die Beauftragten des Landes einsparen will, möchte ich nur am Rande

(Anke Spoorendonk)

erwähnen. Wir wissen alle, dass es sich dabei um Ladenhüter handelt, die jährlich gelüftet werden müssen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Redlicherweise möchte ich positiv vermerken, dass die Stelle der Minderheitenbeauftragten erhalten bleiben soll.

Zu dem Bereich Minderheitenpolitik habe ich schon in der Debatte zum Minderheitenbericht einige grundsätzliche Anmerkungen gemacht.

(Holger Astrup [SPD]: Ich kann mich gut erinnern, Frau Kollegin!)

- Das ist sehr gut, Herr Kollege Astrup. Aber ich kann es trotzdem nicht vermeiden, noch einmal auf einiges einzugehen.

(Holger Astrup [SPD]: Das habe ich befürchtet!)

Denn es ist mir wichtig klarzustellen, dass Minderheitenpolitik - jetzt kommt's, lieber Kollege Astrup - keine Interessenpolitik und keine Zuschusspolitik ist. - Ich weiß, ich habe das alles schon gesagt. Aber ihr kriegt das noch einmal als Wiederholung.

(Holger Astrup [SPD]: Man kann es nicht oft genug sagen!)

Die Forderung nach finanzieller Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit hat eine andere Qualität.

(Holger Astrup [SPD]: Völlig richtig!)

Nehmen wir unseren eigenen Anspruch in der Minderheitenpolitik ernst, so geht kein Weg daran vorbei, den Kuchen der öffentlichen Ressourcen gerecht zu verteilen. Es gibt - auch das habe ich gesagt; ich weiß es - keine zwei Kuchen zu verteilen, einen für die Minderheiten und einen für die Mehrheitsbevölkerung. Die Minderheitenpolitik - ich sage es noch einmal - ist keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern wirklich echte Gesellschaftspolitik mit dem Ziel, für Mehrheit und Minderheit die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund begrüßt der SSW, dass der Kernbereich der Minderheitenpolitik bei den Haushaltsplanberatungen für 2003 von Kürzungen ausgenommen wurde. Wir wissen, dass dies angesichts der äußerst schwierigen Haushaltslage ein großer Kraftakt für die Regierung und die regierungstragenden Fraktionen war. Ich bedanke mich daher bei den Fraktio-

nen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Unterstützung der Minderheiten. Für uns ist es ein Zeichen dafür - auch das habe ich schon gesagt -, dass eine notwendige Trendwende eingesetzt hat, eine Trendwende, die nach Jahren des wachsenden Ungleichgewichts in der Förderung der **Minderheiten** südlich und nördlich der Grenze auch von unserem dänischen Nachbarn positiv aufgenommen worden ist. Man hat es registriert, möchte ich sagen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und SPD)

Darum ist es mir wichtig, diese Botschaft noch einmal zu wiederholen. Stellvertretend für andere, die sich ebenfalls dafür eingesetzt haben, möchten wir uns noch einmal ausdrücklich beim Fraktionsvorsitzenden der SPD für seinen unermüdlichen Einsatz bedanken.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen - auch das möchte ich ausdrücklich erwähnen -, dass der Herr Oppositionsführer in seiner Rede den Minderheitenbereich ebenfalls angesprochen und zumindest deutlich gemacht hat, dass auch die CDU zu den Minderheiten steht.

(Beifall bei SSW, SPD und CDU)

Natürlich haben wir immer noch ungelöste Probleme. Der Minderheitenbericht behandelt eine Reihe dieser ungelösten Probleme. Wichtiges Stichwort ist aus der Sicht der dänischen Minderheit weiterhin das Problem der Schülerbeförderungskosten. Der SSW hatte noch 1999 einen Gesetzentwurf zur Schülerbeförderung der Schulen der dänischen Minderheit eingebracht. Ich hebe dies hervor, weil die Kollegin Tengler in ihrer Rede zum Minderheitenbericht so tat, als sei nichts passiert. Alle Parteien des Landtages, auch die CDU --

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] - Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

- Gut, dann habe ich das missverstanden. Ich werde es im Protokoll nachlesen. Ich sage noch einmal: Alle Parteien des Landtages, auch die CDU, lehnten unseren Gesetzentwurf ab, obwohl oder vielleicht gerade weil wir ganz konkrete Finanzierungsvorschläge hatten, nämlich die Einbeziehung der Schülerbeförderungskosten in den kommunalen Finanzausgleich und eine Erhöhung des kommunalen Schullastenausgleichs, den die Kommunen für die dänischen Schülerinnen und Schüler zu zahlen haben.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

Der SSW nimmt aber gern die Einladung zu einer Partei übergreifenden Initiative an, die wir allerdings - auch das will ich sagen - erst nach den Kommunalwahlen in Gang setzen sollten.

Zu den kommunalen Finanzen ist im Laufe der Haushaltsberatungen und auch heute noch schon einiges gesagt worden. Der SSW steht dazu, dass die finanzielle Situation der Kommunen grundsätzlich verbessert werden muss, denn sie ist bekanntlich mehr als dramatisch. Nach Angaben des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages werden die Gewerbesteuer-einnahmen im nächsten Jahr voraussichtlich auf dem Stand von 1994 sein. Das Gleiche gilt für die Einnahmen der Kommunen aus dem Finanzausgleich des Landes.

Leider sind auch die Ausgaben durch die schlechte wirtschaftliche Lage seitdem stark angestiegen. Das wirklich Fatale an der Entwicklung ist ja, dass viele Städte und Gemeinden seit Jahren enorme Sparanstrengungen unternommen haben, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diese Sparanstrengungen sind zwar jetzt nicht für die Katz. Aber durch den Wegbruch der Einnahmen sehen sich viele kommunale Gebietskörperschaften wieder in der gleichen oder sogar in einer noch schlechteren finanziellen Lage als Mitte der neunziger Jahre. Das ist die Situation.

Wenn man weiß, wie wichtig der Mittelstand für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist und wie lohnabhängig viele dieser mittleren und kleineren Unternehmen sind, dann stimmt der erneute Anstieg der Lohnnebenkosten zum 1. Januar 2003 natürlich mehr als bedenklich. Aus Sicht des SSW wäre es daher ein mittelstandsfreundliches Signal des Landes, wenn wir bereits im Januar ein Landestariftreugesetz beschließen würden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anhörung hat ergeben, dass die betroffenen Branchen dieses Gesetz gern haben möchten. Deshalb sollte der Landtag gleich am Anfang des Jahres ein positives Zeichen für die regionale Wirtschaft und für den Erhalt der heimischen Arbeitsplätze setzen.

(Beifall beim SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SSW freut sich, dass es in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Verwaltung gelungen ist, die Interregio-Strecke Flensburg-Hamburg zu erhalten. Mit der Übernahme des Betriebs dieser Strecke durch Flex-AG wird nicht nur diese für Flensburg so wichtige Verkehrsanbindung erhalten, auch die regionalen Arbeitsplätze werden dadurch gesichert. Wir hoffen,

dass in nicht zu ferner Zukunft auch die Verbindung nach Norden, die jetzt nur bis Padborg geht, weiter ausgebaut werden kann.

Trotz des Lobes muss ich aber als Vertreterin des SSW, einer regionalen Partei, klar und deutlich sagen: Natürlich gilt es bei Entscheidungen auf Landesebene zu berücksichtigen, was die Landesinteressen sind. Das ist klar. Aber dennoch ist es auch im Interesse des Landes, dass die verschiedenen Regionen an der allgemeinen Entwicklung teilhaben. Deshalb wird es weiterhin die Forderung des SSW bleiben, dass die Landesregierung auch regional Rücksicht nehmen muss.

(Beifall beim SSW)

Dies gilt sowohl für die Verteilung der Mittel des Regionalprogramms als auch bei dem möglichen Bau einer Fehmarnbeltbrücke, wo der SSW die Auffassung vertritt, dass erst die **regionale Infrastruktur** ausgebaut werden sollte, bevor wir uns der deutsch-dänischen Brückenverbindung zuwenden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Prioritäten liegen weiterhin bei der westlichen Elbquerung und bei dem Ausbau des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs. Das würde auch einen Schub für die etwas dahinplätschernde grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Schleswig/Sønderjylland bringen. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall beim SSW)

Auch bei der anstehenden Hochschulstrukturreform führt kein Weg daran vorbei, auch regionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was anders geschieht denn im Moment, wo die Studierenden dazu aufrufen, die CAU zu unterstützen? Auch das hat doch mit regionalen Gesichtspunkten verständlicherweise zu tun. Es ist noch zu früh, insgesamt diese Debatte zu führen, da wir erst noch die Ergebnisse der Erichsen-Kommission abwarten müssen. Aber für den SSW kündige ich jetzt schon an, dass wir nicht zulassen werden, dass die Überlebensfähigkeit der Hochschulen in Flensburg oder an der Westküste infrage gestellt wird.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von einer funktionierenden **Hochschulstruktur** hängen die wirtschaftlichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten der gesamten nördlichen Region ab.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

Das Gleiche gilt übrigens für das Land als Ganzes, wenn es um die Weiterentwicklung der **Schulen** geht. Dabei begrüßt der SSW, dass die Landesregierung an den 200 versprochenen neuen Lehrerstellen festhält, auch wenn wir wissen, dass es sich dabei nicht um 200 neue Gesichter handelt. Dennoch bleiben wir dabei, dass es uns erst gelingen wird, weitere Ressourcen für den Bildungsbereich frei zu schaufeln, wenn auch hier verstärkt die Frage gestellt wird, wie die Forderung nach einer Qualitätsverbesserung des Unterrichts mit eigentlichen Strukturänderungen einhergehen kann.

Das Beispiel der skandinavischen Länder zeigt nicht nur, dass es möglich ist, die ungeteilte Schule bis zur 9. Klasse flexibler zu gestalten, sondern auch dass frei werdende Mittel ziel- und kindgerecht eingesetzt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch die Kollegen von CDU und FDP, ich lade Sie ganz herzlich ein, die Schulen der dänischen Minderheit zu besuchen. Wenn es darum geht, kleine Schulen mit großen Schulen zu verbinden, dann sind wir Spitze. Da können Sie ganz viel von uns lernen.

(Beifall beim SSW)

Auch in der Erwachsenenbildung müssen wir in neuen Strukturen denken. Dazu gehören sowohl der Volkshochschulbereich als auch Überlegungen zu einer Neugestaltung des zweiten Bildungswegs. Der SSW bedauert, dass es bisher nicht gelungen ist, den innovativen Ansatz des Flensburger Abendschulmodells umzusetzen. Das vorgeschlagene Präsenz- und Distanzmodell wäre ein richtiger erster Schritt in Richtung einer modernen Schule für Erwachsene.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden uns in den kommenden Jahren viel intensiver mit diesem Ende des Bildungssystems befassen müssen. Dazu kann es aus meiner Sicht keine zwei Meinungen geben. Dafür spricht die demographische Entwicklung, und dafür spricht auch die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt.

Auch hier - das möchte ich noch einmal sagen - lohnt es sich, einen Blick über die Grenze zu wagen, weil Sønderjyllands Amt das mit Abstand beste Angebot an Fernunterricht im Rahmen des zweiten Bildungsweges vorhält. Man sollte es sich einmal ansehen.

(Martin Kayenburg [CDU]. Das glauben auch nur Sie!)

Der Einzelplan 07 stellt den größten Bereich des Landeshaushalts dar. Das wissen wir. Das bedeutet aber, dass nicht auch andere Teile des Gesamthaushalts es verdient hätten, in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden. Wir begrüßen somit, dass es gelungen ist, die Strukturen des ökologischen Landbaus zu erhalten. Wir begrüßen, dass die Landesregierung die Zuschüsse für die Neuwaldbildung durch Umschichtung im Haushalt noch etwas erhöhen konnte. Die Anträge von CDU und FDP in dieser Sache finden grundsätzlich unsere Zustimmung, weil dadurch zusätzliche Investitionen für das Land zum Tragen kommen.

Insgesamt lautet das Fazit also, dass die finanziellen Spielräume des Landes nur noch ausreichen, um die Situation der betroffenen Bereiche abzumildern. Wir müssen uns also ernsthaft darüber unterhalten, wie es weitergehen soll. Ich habe das auch in allen Redebeiträgen heute so vernommen.

Wir müssen uns also darüber unterhalten, wie es weitergehen soll, wenn die angestrebten Reformen auf Bundes- und EU-Ebene nicht bald wirksam greifen; denn das Ende der Fahnenstange ist nicht nur erreicht, sondern eigentlich schon längst überschritten.

Die zentrale Frage lautet dabei nicht, was denn die Kernaufgaben des Staates sind, wobei ich, in Klammern bemerkt, mit Interesse wahrgenommen habe, dass die Kernaufgaben des Staates für die FDP Bildung, innere Sicherheit und Infrastruktur heißen. Ich finde, das ist schon sehr interessant. Vielmehr sollte die zentrale Frage lauten: Welche Art von Gesellschaft wollen wir denn? Wie wollen wir diese von uns gewollte Gesellschaft finanzieren?

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen das Primat der Politik nicht einfach aus der Hand geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass der SSW ein anderes Verständnis von Haushaltsberatungen hat, dass wir Haushaltsberatungen als einen Prozess des Gebens und Nehmens ansehen. Ich möchte darauf hinweisen - jetzt komme ich mit meinem letzten dänischen Beispiel -, dass es auch in diesem Jahr gelungen ist, den Haushalt für 2003 in Dänemark fast einstimmig zu beschließen, und zwar trotz der neuen Mitte-Rechts-Regierung. Das muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Die die Regierung tragenden Fraktionen haben versucht, Schwerpunkte im Haushalt zu setzen. Der SSW ist nicht mit allem einverstanden. Aber wir können uns im Haushalt wiederfinden. In diesem Sinne werden wir dem Gesamthaushalt zustimmen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir werden aber auch in gewohnter Weise Einzelanträge von CDU und FDP unterstützen, sofern die Einzelanträge eine gute Richtung vorgeben.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat am 12. Dezember seine eigene Prognose für das Wirtschaftswachstum in Deutschland noch einmal deutlich nach unten korrigiert. Auch für den weiteren Verlauf der Weltkonjunktur sieht das Institut erst in der zweiten Jahreshälfte eine leichte Erholung voraus. Überall schwächelt die Wirtschaft, mit schlimmen Folgen für den Arbeitsmarkt, die Steuereinnahmen und unsere sozialen Sicherungssysteme.

Auch das ifo-Institut - wir hörten das heute Morgen bereits - hat nicht gerade rosige Zahlen genannt. Es sind also schnelle, energische Antworten zu finden, die auch schmerzhaft Einschnitte umfassen und die wir ohne Furcht vortragen müssen.

Wenn wir wollen, dass die Menschen ihre Ansprüche zurückstellen, dann müssen wir ihnen sagen, warum sie das machen sollen, wer das machen soll, wer mehr oder wer weniger machen soll und warum wir das machen, wohin die Reise also geht. Wir müssen jetzt eine Orientierung für die Zukunft liefern und dürfen nicht die Schlachten von gestern wiederholen. Die Wahl ist vorbei. Das können wir uns jetzt sparen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen erkennen lassen, dass Gerechtigkeit bei unseren Entscheidungen herrschen soll, und zwar zwischen den Schwachen und den Starken, zwischen der jungen und der alten Generation. Wir brauchen Unternehmen und Gewerkschaften, die sich ihrer Verantwortung für das Ganze bewusst sind. Wir stehen ihnen Verbandsinteressen zu. Allerdings muss

die Politik den Ausgleich dieser Interessen suchen und das Gemeinwohl im Auge haben.

Was wir dagegen jetzt überhaupt nicht brauchen können, sind Leute, die Ängste vor Veränderungen schüren und die Schreckensszenarien über den Zustand Deutschlands malen oder die die Unzufriedenheit hochpuschen, um politisches Kapital daraus zu schlagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Porsche-Chef Wiedeking, nun keineswegs ein Anhänger der SPD, aber immerhin jetzt Ordensträger „Wider den tierischen Ernst“ hat in der „FAZ“ das Richtige dazu gesagt, als er das Gejammer von Verbandsfunktionären anklagte und von erfolglosen Managern und ideologischen Hasardeuren sprach, die nur ein Ziel haben: eine demokratisch gewählte Regierung unter permanentes Feuer zu setzen. - Recht hat der Mann.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wenn ich einem Zeitungsartikel glauben darf, der heute im Pressespiegel war, so hat Professor Rürup darauf hingewiesen, dass wir uns nicht in einer dramatischen Wirtschaftskrise befinden, sondern am Ende einer milden Rezession. Das kann man so oder so sehen. Milde ist nicht alles, was wir an Folgen daraus zu ziehen haben. Aber es besteht kein Grund zur Panikmache. Er gibt eine schlichte Erklärung dafür ab, dass wir unsere Probleme nicht lösen können: Die Deutschen neigen zum pathologischen Lernen, nämlich wie ein kleines Kind, das erst die Hand auf die heiße Herdplatte gelegt haben muss, ehe es wirklich glaubt, dass es weh tut. Das scheint bei uns offensichtlich tief verankert zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es besteht kein Zweifel: Der Haushalt von Schleswig-Holstein ist ebenso wie der des Bundes und der anderer Länder in schweres Fahrwasser geraten. Wenn man sich überlegt, dass auch Hessen, das sehr lange Geberland war, von dem wir Geld bekommen haben, wofür wir auch immer dankbar waren, jetzt das wirtschaftliche Ungleichgewicht hat ausrufen müssen, dann ist die einfache Erklärung, die Sie, Herr Oppositionsführer, abgegeben haben, nämlich dass es nur Frau Simonis war, zwar eine schöne, aber eine falsche Erklärung. Deswegen weise ich sie auch zurück.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist nicht zu leugnen, dass sich viele Menschen Sorgen um ihre Zukunft machen, Sorgen um ihren

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Arbeitsplatz haben oder sich bange fragen, wie sie ihre Krankenkassenbeiträge bezahlen können oder ob ihre Rente später zum Leben ausreichen wird. Es ist die Aufgabe der Politik und aller, die in der Gesellschaft Verantwortung tragen, insoweit Orientierung zu geben. Wir können Ängste nur abbauen, wenn wir sie ernst nehmen und ehrliche Antworten geben. Wir dürfen auch vor schwierigen Lösungen nicht zurückschrecken, wie zum Beispiel davor, wie unsere Gesundheits- und Rentensysteme, die auf Wachstum angelegt sind, in einer Situation, in der die Ausgaben wachsen, aber die Einnahmen keineswegs mit den Ausgaben Schritt halten, wieder in die Balance kommen.

Wenn wir für eine gute Zukunft in Schleswig-Holstein arbeiten wollen, sollten wir unsere positiven Faktoren aufzählen: Die Menschen leben und arbeiten gern in Schleswig-Holstein. Kein anderes Land hat mehr Lebensqualität zu bieten, auch nicht nach dem Urteil der Menschen, die hier sind. Natur und Umwelt sind weitgehend intakt. Der soziale Friede ist beispielhaft. Die Bindung der Arbeitnehmer an ihre Betriebe ist bemerkenswert. Der **Strukturwandel** ist in den letzten 15 Jahren gut vorangekommen. Unsere wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte rund um das mare balticum haben dem Land gut getan. Unsere guten Kontakte zu unseren anderen Partnerregionen - China zum Beispiel - tun dem Land auch nicht schlecht.

Die Voraussetzung für wirtschaftliches Gedeihen, für eine hohe Lebensqualität und für soziale Gerechtigkeit ist vor allem eine hohe Bildung unserer Bevölkerung. Natürlich sind unsere Schüler, unsere Studenten und unsere Arbeitnehmer gut ausgebildet. Aber PISA und die UNICEF-Studie zeigen, dass wir an Boden verlieren, dass andere aufgeholt, ja, uns weit überholt haben. Wir werden also unser Land stark machen müssen für junge Menschen und Familien, damit diese jungen Menschen eine Chance haben, später für ihr eigenes Leben sorgen zu können, und dabei auch noch die Aufgabe übernehmen können, uns zu versorgen und unseren Lebensabend etwas sicherer zu gestalten.

Ich möchte, dass wir in einigen Jahren bei einem erneuten internationalen Vergleich wie PISA nicht mehr unter „ferner liefen“ rangieren. Diese Anstrengungen sind wir der nachfolgenden Generation schuldig.

Darüber hinaus ist Deutschland - das ist, finde ich, bitter - in einer internationalen Vergleichsstudie als kinderunfreundliches Land bezeichnet worden. Das ist niederschmetternd und sollte für uns Ansporn sein, etwas zu ändern, uns darüber zu unterhalten. Offenbar

gelingt es uns nicht, aus dem Zirkel herauszukommen, in dem wir uns nur über uns und unsere Sorgen unterhalten und nicht daran denken, wie das eigentlich bei jungen Menschen ankommt, welche Gefühle Kinder und junge Menschen haben und welche Gefühle sie in ihren Familien vermittelt bekommen, wenn es immer nur um diejenigen geht, die sowieso schon immer in dem Zirkel dringewesen sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Land muss zukunftsfähig für Arbeit und Wirtschaft sein. Gute Ausbildung und gute Bildung sind die Voraussetzungen für jeden Einzelnen, um auf dem Arbeitsmarkt seine Chancen wahrnehmen zu können. Nur mit gesicherten Arbeitsplätzen halten unsere sozialen Sicherungssysteme.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür tun Sie ja nichts!)

- Doch wir tun etwas dafür. Wir hatten im letzten Jahr den höchsten Zuwachs bei den Betriebsgründungen und den höchsten Zuwachs beim **Wirtschaftswachstum**.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nur keine Arbeitsplätze!)

Leider Gottes hat uns Hessen das, was wir selber erarbeitet haben, im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zum Teil wieder ein bisschen kaputt gemacht. Ich sage das ohne Vorwurf. Sie haben uns lange genug geholfen. Wenn es ihnen jetzt nicht gut geht, dann können Sie uns jetzt auch nicht helfen. Das ist einfach so. Das muss man akzeptieren.

Mehr Arbeit ist auch ein Beitrag für eine gerechte Lastenverteilung zwischen Jung und Alt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was für eine Erkenntnis!)

Ich möchte deshalb, dass wir mehr Bewegung auf dem Arbeitsmarkt haben. Ich freue mich, dass die erste Umsetzung des Hartz-Konzeptes gut auf den Weg gebracht wurde. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass die vor der Wahl von der Opposition vortragenen Argumente nach der Wahl offensichtlich im Vermittlungsausschuss kassiert worden sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wollen Sie, dass Ihre Kollegen in Berlin nicht zu-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

stimmen? Dann werde ich ihnen das am Freitag gern sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben unsere Forderungen übernommen!)

Vor der Wahl hat die Opposition an **Hartz** wenig Gutes gefunden und nach der Wahl hat sie jetzt ihre Ideen mit eingebracht. Das ist ja auch in Ordnung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung ist für jede Anstrengung dankbar, die auf diesem Gebiet unternommen wird, weil wir sehr häufig auch die Ersten waren, die gegen den Widerstand von anderen Modelle ausprobiert haben, indem wir gesagt haben: Lasst uns nicht darüber reden, sondern lasst es uns einfach einmal machen. Wenn es falsch ist und nicht geht, muss man es abbrechen und es zugeben; wenn es gut geht, umso besser. Bei Hartz entdeckte ich vieles vom Elmshorner Modell; darin steckt wiederum Dänemark. Wir geben ja zu, woher es kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Zurufe von der FDP)

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mit der Konzentration auf diese beiden Punkte Wirtschaft und Bildung nicht gesagt, dass wir bei innerer Sicherheit, bei der Gesundheitspolitik, der Pflege von Natur und Umwelt, bei der Minderheitenpolitik und beim Ausbau unserer Infrastruktur nun etwa nachlassen dürften. Nur, wir können es nicht mehr in dem Maße machen, wie wir uns das wünschen und wie wir das in der Vergangenheit machen mussten.

Vor uns liegen Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, um das Land zukunftsfähig zu machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das wollen wir!)

Wir müssen den Haushalt so gestalten, dass wir endlich wieder neue Spielräume gewinnen und neue Ziele anfangen können. Das heißt, wir kommen nicht umhin, jetzt eisern zu sparen und dabei alle gesellschaftlichen Gruppen mit einzubeziehen.

Sie, Herr Oppositionsführer, haben hier heute Morgen eine imponierende Liste von Verbänden und Vereinen vorgelesen, die sich gegen Einsparungen gewehrt haben. Wie darf ich das interpretieren? - Teilen Sie die Meinung dieser Menschen? Sollen wir da auch nicht sparen zu allem, wo Sie sonst nicht sparen? Oder gilt Ihre Aussage, dass Sie sagen, wir müssen

jetzt eisern sparen und uns durchsetzen? - Dann hätten Sie die Briefe nicht mitbringen dürfen; denn es wird überall wehtun, überall, wo man spart, wenn man eisern sparen will. Es gilt also entweder der eine Satz oder es gilt das Ausnehmen. Aber man kann nun einmal nicht beides haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und FDP)

Unsere Konsolidierungspolitik wird sozial abgesichert. Das gilt nach zwei Seiten hin: Soziale Gerechtigkeit muss alle entsprechend ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit zu den Kosten des Gemeinwohls mit heranziehen. Wenn auf der einen Seite die Steuereinträge nicht mehr einfach wegzusparen sind - und sie sind es nicht mehr -, auf der anderen Seite aber mehr Geld für Bildung und Kinderbetreuung gebraucht wird - dabei hatte ich das Gefühl, dass wir in dem Haus hohe Übereinstimmung haben, dass wir das brauchen -, dann haben wir höhere Einnahmen bitter nötig. Mit der Vermögensteuer wollte die Landesregierung erreichen, dass große Vermögen stärker als bisher zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben beitragen. Das ist keine Neiddiskussion, Herr Oppositionsführer;

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Erzählen Sie das einmal einem Werftarbeiter, der jeden Monat den Abzug auf seinem Lohnstreifen sieht

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

und sich ausmalen kann, dass andere nichts dazu beitragen, damit der Karren wieder ins Laufen gerät, damit die Wirtschaft wieder ins Flutschen kommt!

Wenn nun das Ziel, dass wir unsere Ausgaben bezahlen können, die wichtigen notwendigen staatlichen Ausgaben bezahlen können, mit einer anderen Steuer unbürokratischer - zum Beispiel mit der Abgeltungssteuer - erreicht werden kann, spricht aus unserer Sicht nichts dagegen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Ich habe gestern schon gehört, dass Herr Wulff aus Niedersachsen verfassungsrechtliche Bedenken geltend macht, also schon wieder das Hintertürchen aufmacht, um nicht dabei sein zu müssen, um sich hinter dem Verfassungsgericht zu verstecken.

Soziale Gerechtigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss aber auch dem Verhältnis der Generationen untereinander dienen. Es kann nicht sein,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dass Wohlstand eine Frage des Jahrgangs ist. Die Belastungen müssen zwischen Alt und Jung gerecht aufgeteilt werden. Es gibt dazu auch erste Hinweise auch aus der **Rürup-Kommission**, denen ich durchaus etwas abgewinnen kann. Der erste Schritt bei der Rente ist gemacht: Eigenversorgung plus vom Staat garantierte Versorgung, damit die Menschen im Alter keine Sorgen haben müssen, plus eine Grundversorgung, damit Altersarmut endlich aufhört.

Zu Ähnlichem werden wir wohl auch in der Gesundheitspolitik kommen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr rund 430 Millionen € weniger in der Kasse, als uns von den Steuerschätzungen prognostiziert wurde. Wenn man sich die Körperschaftsteuer anguckt, dann kommt man langsam wirklich ins trockene Schluchzen. Die Entwicklung dieser Steuer ist geradezu absurd. Sie hat einmal über 20 Milliarden € betragen und hat jetzt gerade wieder die Höhe der - wie der Herr Finanzminister immer sagt - Biersteuer erreicht. Die Biertrinker tun also mehr zum Wohle der Gesellschaft als die großen Körperschaften.

(Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Klaus Schlie [CDU]: Und wie ist das gekommen?)

- Herr Schlie, wie das gekommen ist? - Die Frage beantworte ich Ihnen gern. Die CDU wollte - von Herrn Stoiber angetrieben - sogar, dass diese Steuerstufe noch schneller vorgezogen werden sollte und wollte an dieser Stelle noch mehr tun.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Als ich als Erste gesagt habe, dass ich das für nicht in Ordnung finde, habe ich von der „Welt“ eine hineingewatscht gekriegt, dass es nur so geknallt hat. Sie hatten sich richtig gefreut. Dann haben Sie gemerkt, dass man mit diesem opportunistischen Umsteigen auf die Körperschaftsteuer versuchen kann Stimmen zu gewinnen. Das ist Ihnen gelungen. Das ist in Ordnung. Aber Sie haben die Diskussion nicht angefangen, Sie haben sie aufgenommen, weil Sie gemerkt haben, dass das die Mittelständler ärgert - zu Recht, wohlgemerkt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Ich hatte Ihnen gerade gesagt, dass 500 Millionen € weniger nicht einfach weggespart werden können. Nur um Ihnen eine Größenordnung zu sagen: Es handelt sich um die Hälfte des kommunalen Finanzausgleichs, es handelte sich zum Beispiel um rund 10.000 Lehrerstellen oder ähnlich viele Stellen für

Polizisten. Das kann man ja von uns nicht erwarten, dass wir auch nur daran denken, an dieser Stelle in dieser Höhe zu sparen.

Im nächsten Jahr werden die **Steuermindereinnahmen** weit über 500 Millionen € ausfallen und müssen auch noch verkraftet werden. Platz für Versprechungen ist nicht mehr vorhanden. Wer in diesen Zeiten etwas anderes behauptet, der handelt unredlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Die Opposition ist immer noch auf dem alten Trip: mehr Polizei, mehr Lehrer, mehr dies und mehr das. Alles schöne Sachen!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das Ganze aus einmaligen Verkäufen und aus Sparvorschlägen finanziert, die frühestens in fünf, sechs, sieben Jahren - aus meiner Erfahrung heraus - greifen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist überhaupt nicht richtig! - Rainer Wiegard [CDU]: Unsinn!)

So kann man keine ordentliche Haushaltspolitik machen, indem man laufende Kosten mit einmaligen Verkäufen decken will.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird in der nächsten Zeit schwierig werden, aber es ist kein Grund, in Sack und Asche zu gehen. Ich hatte Ihnen bereits zwei Zitate genannt. Deutschland gehört nach wie vor zu den Weltmeistern im Export, zu den großen Wirtschaftsnationen Europas und ich denke, wir werden es schaffen, weil wir es schaffen müssen, auch wieder unsere Rolle im internationalen Wirtschaftsbereich zu spielen.

In Schleswig-Holstein haben wir vor längerer Zeit damit begonnen, die **Aufgaben der öffentlichen Verwaltung** kritisch zu durchforsten. Ich hatte das Gefühl, besonders auf der rechten Seite des Hauses, dass heute Morgen etwas völlig Neues erzählt worden wäre, was wir noch nie gehört und gesehen haben. Ich erinnere mich an lebhafte Diskussionen, in denen Sie immer dazwischengerufen haben: Leitbild, Frau Simonis, Leitbild, das muss man mit „d“ schreiben! Das

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

war bei Ihnen der Anfang der Diskussion über die Modernisierung.

(Klaus Schlie [CDU]: Und was ist dabei herausgekommen? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Fragen Sie doch einmal Ihre Mitarbeiter!)

Und was haben wir geschafft? - Ich könnte Ihnen das vorlesen. Wenn Sie einmal das lesen würden, was man Ihnen schickt, dann würden Sie ja merken, was alles dabei herausgekommen ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es Ihnen jedenfalls im Finanzausschuss vorgetragen.

Ich wäre ja gern bereit, Ihnen die gesamte Gemeinsame Geschäftsordnung des Kabinetts vorzulesen - Sie haben das bekommen -, aber das dauert einfach zu lange; so viel Zeit habe ich nicht.

(Klaus Schlie [CDU]: Das würde auch nichts nutzen!)

Der Sachstand ist jedenfalls heute so, dass wir Lizenzgebühren bekommen, wenn eine Firma, die mit uns an der Stelle zusammengearbeitet hat, unser Modell woanders hin überträgt. Wir kriegen Preise von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften.

(Klaus Schlie [CDU]: Schön!)

Wir haben von 9.630 Vorschlägen etwa 8.458 abgearbeitet. Wir haben die Zahl der Leitungsebenen, der Abteilungen, der Referatsgruppen, der Stabsstellen und so weiter nach unten korrigiert und haben gesagt: Das bedeutet weniger Kosten, weil weniger Bürokratie entsteht und weil Menschen auf weniger Stellen zu befördern sind.

Da haben wir also eine ganze Menge gemacht. Dennoch bin ich gern bereit, mir das, was Sie vorgelegt haben, anzugucken. Man kann ja in der Vergangenheit durchaus etwas übersehen haben. Weil die Frau Staatssekretärin in der Staatskanzlei in der Zwischenzeit mit einer Strukturarbeitsgruppe arbeitet, ist sie bestimmt auch für jeden Vorschlag, der sich umsetzen lässt, dankbar.

Nur eines darf bei der Diskussion nicht herauskommen - das ist immer so ein falscher Zungenschlag -: Als würden wir beim Abbau von öffentlichem Dienst und bei Privatisierung Geld sparen. Der Bürger zahlt genau das Gleiche, wenn er eine Dienstleistung haben will und muss, und die Leistungen sind zum Teil schlechter - siehe England.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch bei der CDU)

Die Privatisierung in England war keineswegs nur positiv.

Einen Punkt möchte ich jetzt bei dem Thema Modernisierung noch aufgreifen, weil er auch eine Rolle in der Diskussion gespielt hat, und zwar die Funktionalreform.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir die Funktionalreform so, wie wir sie uns vorgestellt haben und wie sie sich auch die Kommunen vorstellen, bei der jetzigen Struktur unserer Kommunen nicht schaffen werden. Die Aufgaben werden komplizierter, sie werden mit größeren Risiken behaftet sein, es wird größerer Sachverstand notwendig sein, um bestimmte Sachen zu machen. Rund 2,8 Millionen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner leben in 1.132 Gemeinden, eine kleinteilige Struktur, die ihre Vorteile hat - man kennt sich, man kann schnell miteinander kommunizieren -, die aber im europäischen Vergleich Wettbewerbsnachteile hat. Alle unsere europäischen Nachbarn haben deswegen ihre Gebietskörperschaften auf den europäischen Wettbewerb vorbereitet und zu europafähigen Größenordnungen gefunden. Hier müssen wir vorankommen und freiwillige Lösungen wären das beste Beispiel, wie auf Fehmarn, im Hamburger Rand oder auf Sylt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich da nicht mehr andeutet als dies, wird man die Diskussion anfangen müssen, was eine europafähige **Gebietsreform** bedeuten würde, bei der die kleinen Einheiten übrig bleiben, aber die Verwaltungseinheiten, die darüber sind, größer sind, schneller sind und international agieren können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich begrüße ausdrücklich, dass der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag in seiner Delegiertenversammlung Anfang November eine Diskussion darüber geführt hat, ob und wie die Lehrerstellen kommunalisiert werden können. Das ist ein Vorschlag, über den man sich unterhalten kann und den man am Ende ablehnen oder stückweise übertragen kann. Das ist ein Vorschlag, der von unten nach oben gekommen ist und für solche Vorschläge sind wir immer dankbar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Diskussion ist deswegen auch so interessant, weil alle Länder, die uns im PISA-Ranking überrundet

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

haben, eine ganz starke kommunale Komponente in ihrem Schulwesen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich gehören zum Sparen - es ist auch richtig, dass die Opposition das aufgreift - auch alle Maßnahmen, die die **Personalkosten** heruntersetzen. Nun haben wir heute von Ihnen Gott sei Dank rechtzeitig die Nachricht bekommen, die auch in der Zeitung zu lesen war, dass Sie außer Lehrer, Polizei, Justiz und Steuerverwaltung - Uni haben sie ausdrücklich nicht genannt. Da muss man noch einmal nachfragen, was das bedeutet. Andere haben Sie auch nicht genannt. Alle anderen sind nur Menschen, die uns verwalten. Die Uni verwaltet uns nicht, die verwaltet sich selbst. Man kann gucken, ob sie das richtig macht. Das hätte man anders ausdrücken sollen; vielleicht ist es auch falsch verstanden worden.

Sie sprechen von 22.000 Stellen, von denen Sie 20 % wegnehmen wollen. Darin ist ein Rechenfehler. 11.152 Stellen bleiben übrig, wenn man Ihrem Vorschlag folgt. Davon 20 % abzuziehen bedeutet, dass Sie 20 % weniger Möglichkeiten haben, für junge Menschen im öffentlichen Dienst einen Arbeitsplatz zu finden. Die Landesregierung hat den Vorschlag zur Erörterung auf den Tisch gelegt zu gucken, ob man sozial abgewogen, durch eine Öffnungsklausel beim Beamtenrecht unter Umständen - wir haben diese Diskussion hier einmal gehabt -, zum Beispiel durch eine Deckelung des Weihnachtsgeldes auf damals 5.000 DM

(Klaus Schlie [CDU]: Was ist das denn für eine Strukturveränderung? - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- es ist eine Strukturveränderung, wenn Sie beim Weihnachtsgeld weniger ausgeben -, ob man nicht auf die Art und Weise die Chance behalten kann, dass junge Menschen im öffentlichen Dienst neue Gedanken, neue Ideen, neue Vorstellungen einbringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rund 2,9 Milliarden € für Besoldung, Vergütung, Löhne, Beihilfen und Pensionen sind in der Tat eine Menge Geld.

(Glocke des Präsidenten - Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, danke schön, Herr Präsident; ich habe nicht mehr sehr viel Zeit.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn man sich die Zahlen anguckt, was an Pensionslasten auf uns zukommt - ich habe Sie heute Morgen auch nicht gestört, Herr Abgeordneter Kubicki -, hoffe ich, dass ich es noch mitkriege, wie sich die Abgeordneten in den späteren Landeshaushalten mit den **Pensionslasten** quälen werden, die Sie immer so locken abbuchen und als eine Verrücktheit von Frau Simonis abtun, die versucht hat - es zugegebenermaßen nicht geschafft hat, aber versucht hat -, die steil ansteigenden Pensionslasten an irgendeiner Stelle zu begrenzen. Nur haben Sie nicht den Mut gehabt, da mitzumachen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit von Ihnen auch nicht wieder gebraucht werden kann, ich hätte etwas gegen Beamte - das ist auch so eines dieser Vorurteile. Die halten Sie in Ihrem Stehsatz, dass mir ganz schwindelig wird. Das müsste eigentlich schon herausgerostet sein, habe ich das Gefühl.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Sie bestätigen das immer wieder aufs Neue!)

Ich selber komme aus einer Beamtenfamilie. Man darf doch darüber nachdenken, ob es in Ordnung ist, dass es einen Teil unserer Bevölkerung gibt, der zu seiner eigenen Altersversorgung nichts beitragen muss, während andere Leute dafür hohe Prozente hinlegen müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das muss man doch fragen dürfen! Das ist doch keine Beamtenfamilie! Es ist doch keine Beamtenfamilie nachzufragen, wieso ein Angestellter auf sein Weihnachtsgeld zweimal Arbeitslosenversicherung und zweimal Rentenversicherung bezahlen muss, während es ein Beamter nicht einmal machen muss. Das wird man doch noch einmal nachfragen dürfen, ohne dass man dann gleich als Beamtenfresser hingestellt wird. Das ist nicht in Ordnung und nicht gerecht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Sie verstehen es nicht! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Deswegen ausdrücklich: Wir wissen, dass Beamte, Angestellten und Arbeiter durch Mehrarbeit, durch Vorarbeit und durch späteres Übertragen von Tarifen vieles zur Konsolidierung des Haushaltes geleistet haben. Dennoch kommen wir damit nicht zurecht. 2,9 Milliarden sind wirklich sehr viel Geld.

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Skandinavien, unsere Nachbarn, hat seinen Bürgern bittere Medizin zugemutet - bittere Medizin! Das waren Sozialdemokraten. Aber sie haben es am Ende geschafft, ihre Wirtschaft ins Laufen zu kriegen: niedrige Arbeitslosigkeit, Haushaltsüberschüsse, eine besser florierende Wirtschaft.

(Klaus Schlie [CDU]: Alles durch Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten!)

Ich habe mitbekommen, dass gerade auf der dänischen Seite in der Zwischenzeit ein derart scharfer Arbeitskräftemangel herrscht, dass man verzweifelt bei uns sucht, sie nur nicht findet, wegen der unterschiedlichen Sozialsysteme.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einen Nenner gebracht: Bildung, Arbeit und Wirtschaft sind die zentralen Felder, die auch in diesem Haushalt erste Priorität haben. Andere Aufgaben müssen gemacht werden, müssen aber unter Umständen zurückstehen. Da sich eine bessere Zukunft nur mit einer guten Bildung und Ausbildung erreichen lässt, wünschen wir uns als Antwort auf PISA eine neue Lernkultur.

(Zurufe von der CDU)

- Sie müssen auch einmal nachlesen, warum die Finnen besser sind, und nicht immer nur schreien!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Es würde Spaß machen, hier einmal eine Rede halten zu können, in der nicht immer reflexartig die Antworten, die ich schon weiß, von Ihnen vorgetragen oder zugerufen werden. Sie haben nicht gelesen, dass die Länder, die gut sind, Kanada, Finnland, Schweden und Dänemark, zum Teil deswegen besser sind, nicht nur weil sie eine andere kommunalisierte Anhängung der Lehrer haben, sondern weil ihr ganzes Lern- und Lehrsystem anders als bei uns ist, weil es keinen Frontalunterricht gibt, sondern weil es Ganztagsunterricht, und zwar für alle Kinder, gibt, weil Lehrer - -

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Zurufe von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles hat etwas mit einer anderen Lernkultur zu tun. Deswegen wird die Kultusministerin mit Deckung der gesamten Landesregierung in unseren **Schulen** für mehr Eigenverantwortung sorgen und den Schulen

mehr Profilbildung zumuten, damit die Schulen mit ihren eigenen Leistungen werben können.

Wir brauchen strukturelle Reformen in der Hochschulpolitik und auf dem Ausbildungssektor. Schon jetzt - damit Sie nicht immer das Lied singen, wir täten nicht genug für die Schulen - fließen 2,2 Milliarden € in die Bildung. Das ist der dickste Brocken in unserem Haushalt. Außerdem steigt der Ansatz für die Schulen um weitere 26 Millionen. Die Schülerinnen und Schüler bekommen im nächsten Jahr ein Unterrichtsplus im Gegenwert von 200 Lehrerstellen. 150 neue Lehrerinnen und Lehrer und 50 zusätzliche Stellen, die aus dem Bestand erwirtschaftet werden

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- ja, Herr Oppositionsführer -, bedeuten, dass bestimmte Sachen, die heute in den Schulen noch möglich sind, nicht mehr möglich sein werden, weil wir diese Lehrer im Moment im Unterricht brauchen und es nicht bezahlen können, ihnen zu sagen: Ihr braucht nicht zu unterrichten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wissen die Lehrer und wir haben es ihnen auch erklärt.

Aber es gibt eine Art - hätte ich fast gesagt - Silberstreif am Horizont, das ist eigentlich gar keiner. Die Schülerzahl wird nach 2005 abnehmen.

(Zurufe)

- Ich habe ja gesagt, ich weiß nicht, ob man es wirklich einen Silberstreif nennen soll. Es erleichtert uns die Aufgabe, aber wir werden weniger Kinder haben und das in einem kinderunfreundlichen Land. Insofern ist es kein Silberstreif.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Schülerrückgang wird auf gut 23 Prozentpunkte geschätzt. Das wird sich in der Schulentwicklungsplanung niederschlagen. Auf hier gilt der Satz: Wir brauchen mehr Reformen fürs Geld und nicht mehr Geld für Reformen. Das heißt, wir müssen auch Schulen und Kommunen bitten, ihre Schulen in irgendeiner Form organisatorisch oder räumlich zusammenzutun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jedes normale Kind über 16 ist in der Lage, abends Kilometer zu laufen, um in eine Disco zu kommen, aber am Tag keinen halben Kilometer, um vielleicht

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

eine Arbeitsgemeinschaft an einem anderen Gymnasium zu machen, weil dann mehr in dieser Arbeitsgemeinschaft zusammen sind. Über diese Frage wird man sich ja vielleicht einmal unterhalten können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Wir haben uns vorgenommen, die Arbeit der Kindertagesstätten und der Grundschulen aufeinander abzustimmen und miteinander abzusprechen. Die Landesregierung will das Betreuungsangebot an den Grundschulen und Kindertagesstätten ausweiten. Hiervon sollen auch Kinder unter drei Jahren profitieren. Wir sind froh, dass sich der Bund daran finanziell beteiligen wird.

Was für die Schulen gilt, gilt auch für die **Hochschulen**. Die Landesregierung erwartet die Empfehlung der Expertenkommission zur Hochschulstruktur in Schleswig-Holstein im März nächsten Jahres. Dabei stelle ich schon jetzt fest, obwohl ich die Ergebnisse weiß Gott nicht kenne: Die Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein zum 1. Januar kann nur der Beginn einer grundlegenden Strukturreform sein, in der Absprachen untereinander und mit anderen Bundesländern dazu führen, dass die Leistungen tiefer werden, jedoch nicht breiter. Man wird sich unter Umständen durch Absprachen darauf einigen, wer was macht.

Neben der Bildung sind auch Arbeit und Wirtschaft die Bereiche, in denen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes mit entschieden wird. Damit die Schwächen des Arbeitsmarktes und die daraus resultierende Konjunkturflaute unsere finanziellen Engpässe nicht noch verstärken und unsere sozialen Sicherungssysteme nicht ins Wanken bringen, hat die Landesregierung versucht, die Investitionsquote sogar noch zu steigern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist echt die Unwahrheit!)

- Die Landesregierung hat versucht, diese zu steigern. Wenn das die Unwahrheit ist, dann stehen Sie auf und sagen Sie noch einmal, ich sei eine Lügnerin. Das ist offensichtlich das Lieblingswort der Opposition geworden. Wenn man etwas sagt, das Ihnen nicht passt, ist man immer gleich eine Lügnerin.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben mit unserer Mittelstandsinitiative, die wir mit norddeutschen Wirtschaftsministern bis nach Berlin getragen haben, sehr viele Wünsche und Forderungen des Mittelstandes aufgegriffen. Dies gilt insbesondere für die Entbürokratisierung und eine steuerliche Besserbehandlung. Wir unterstützen alle

Punkte des Hartz-Konzeptes und lassen uns durch bessere Einfälle keineswegs abhalten, diese - auch wenn sie von der Opposition kommen - anzuschauen. Wir wollen die verbesserte Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen haben. Wir liegen bei Unternehmensgründungen immer noch an der Spitze. Wir stellen jedoch mit Kummer fest, dass die Zahl der Pleiten leider Gottes sehr hoch ist. Wir hoffen, dass dies eines Tages von uns in den Griff zu bekommen ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 86 % Steigerung gegenüber dem letzten Jahr!)

Die Landesregierung stellt schnelle und effiziente Genehmigungsverfahren sicher. Sie wird eine Bundesratsinitiative starten, um die Wirtschaft von bürokratischem Aufwand zu befreien. Wir wollen eine stärkere Integration von **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** erreichen. Deshalb halten wir es auch für richtig, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - ebenso wie Wirtschaftspolitik - zum Teil zusammengeführt werden und dass zum Teil auf kommunaler Ebene versucht wird, Ziele zu erreichen. Das muss auch mit in das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ einfließen, um dort eine größere Zielgenauigkeit hinzubekommen. Die Landesregierung hat zugunsten der heimischen Wirtschaft Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen von insgesamt rund 900 Millionen € übernommen. Das ging bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit. Damit konnten wir aber beispielsweise auch MobilCom retten, denn wir haben eine Bürgschaft zur Verfügung gestellt. Herr Oppositionsführer, ich würde Ihnen gern die Rede, die Sie hier gehalten haben, zurückgeben. Das sage ich Ihnen ehrlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Statt gemeinsam mit uns zu sagen: „Es lohnt sich, hier etwas zu tun, wir werden so viele Arbeitsplätze retten wie möglich“ haben Sie Wahlkampf geführt, indem Sie mir vorgeworfen haben, ich hätte die Bürgschaften nur übernommen, um ein bisschen Wahlkampfmunition zu haben, MobilCom würde kaputtgehen. Gott sei Dank geht MobilCom nicht kaputt und wird MobilCom auch nicht kaputtgehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich mit einer netten Information enden. In Zeitungsnotizen vom 20. November stand, dass nach einer Umfrage unter 2.500 repräsentativ ausgewählten Bundesbürgern die Schleswig-Holsteine-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

rinnen und Schleswig-Holsteiner die furchtlosesten Bürger überhaupt sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das müssen Sie auch !)

Unser Souverän vertraut in seine Zukunft, unser Souverän fühlt sich hier wohl, unser Souverän fühlt sich gut regiert und unser Souverän hat nicht einmal vor der Opposition Angst.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sollte uns dazu bringen, vor Weihnachten nett zu der Opposition zu sein und zu sagen: Wir gratulieren Ihnen, dass man nicht einmal vor Ihnen Angst hat!

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zunächst begrüße ich in der Loge Herrn Lüttgens in seiner Funktion als Vizepräsident des DEHOGA-Verbandes sehr herzlich.

(Beifall)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard für die Fraktion der CDU das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie man am unterschiedlichen Applaus der linken Seite des Hauses merken konnte - denn während man hinten noch weiter klatschte, hatte man das vorn schon eingestellt - war dies ein Ausdruck - -

(Unruhe - Jutta Schümann [SPD]: Was schließen Sie daraus?)

- Ich kann verstehen, dass Sie so aufgeregt sind. Wenn ich an Ihrer Stelle säße und permanent die Entscheidungen dieser Landesregierung absegnen müsste, wäre ich genauso sauer und aufgebracht, wie Sie das hier heute sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Rede der Ministerpräsidentin war ein Ausdruck von Hilflosigkeit, Ratlosigkeit und Perspektivlosigkeit.

(Jutta Schümann [SPD]: Waren Sie eben draußen?)

Frau Ministerpräsidentin, man hatte streckenweise das Gefühl, dass Sie die tatsächlichen Probleme des Landes überhaupt nicht kennen und dass sie Ihnen

überhaupt nicht geläufig sind. Anders kann man manche Ihrer Lösungsvorschläge überhaupt nicht nachvollziehen. Vielleicht trifft wirklich zu, was ein Parteigenosse von Ihnen heute in der „Welt“ geschrieben hat. Hans-Peter Bartels sagte: „Der SPD fehlte ein Programm.“ Ich glaube, das ist die richtige Beschreibung, die auf das zutrifft, was Sie heute dargestellt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Er sagte an anderer Stelle im Übrigen auch, es komme nicht so sehr auf die Tatsachen an, sondern es komme darauf an, was über Tatsachen berichtet werde. Genau das haben Sie fortgesetzt, wenn Sie vorgestern im „Amtsblatt für Schleswig-Holstein“ Folgendes ausführen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Rainer Wiegard [CDU]:

Zitat!

„Zwei Themen haben uns 2002 besonders beschäftigt: Die Flutkatastrophe und die momentane Wirtschaftskrise, die mit ihren nie für möglich gehaltenen Steuereinbrüchen auch gravierende Wirkungen für unser Land hat.“

Ich habe nichts dagegen, wenn Sie das in Pressemitteilungen und anderenorts verkünden, auch wenn es nicht stimmt, denn es steht in dem Zusammenhang, den ich eben genannt habe. Es kommt inzwischen wohl nicht so sehr auf die Richtigkeit einer Meldung an, sondern nur auf die Meldung. Das hier ist nun allerdings eine amtlich verkündete Steuerlüge. Das sage ich sehr deutlich. Nach wie vor bleibe ich dabei: Hätten Sie nicht die gravierenden Fehler bei der Körperschaftsteuerreform gemacht, dann hätten wir keine gravierenden Steuereinbrüche gehabt. Wenn wir hier nur ein einigermaßen normales Niveau gehalten hätten, hätten wir 2001 und 2002 mehr **Steuereinnahmen** als jeweils im Vorjahr gehabt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Richtig ist das Folgende, auf das man besonders hinweisen sollte. Herr Möller, vielleicht können Sie dies der Ministerpräsidentin mitteilen, weil sie gerade wichtigere Dinge zu tun hat. Sie sagen zu Recht, im Vergleich zum Haushalt 2000 haben wir rund 530 Millionen € weniger in der Kasse. Das ist in der Tat richtig. Das kann niemand bestreiten. Herr Möller

(Rainer Wiegard)

nickt zustimmend. Dazu muss man sich die Zahlen jedoch genau ansehen. Das empfehle ich Ihnen. Im Jahre 2000 haben wir so hohe Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleichsmittel bekommen wie nie zuvor in der Geschichte. Es waren einmalig fast 600 Millionen €!

Wenn man einmalig so viel bekommt, kann man nicht davon ausgehen, dass das auf ewige Zeiten so bleibt, und darauf seine Ausgaben anlegen. Wenn dort drüben bei HDW ein Werftarbeiter nach 40 Jahren Betriebszugehörigkeit im Oktober eine einmalige Jubiläumszuwendung bekommt und dann anschließend Monat für Monat seine Ausgaben so einrichtet, als würde er das monatlich bekommen, dann kann das nicht aufgehen. Aber so ist Ihre Haushaltspolitik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Frau Simonis, Sie haben einleitend gesagt - da habe ich gedacht, jetzt kommt es vielleicht -, dass es Aufgabe der Politik sei, Orientierung zu geben. Na ja, das war ein guter Satz, aber dann war die Rede eigentlich schon zu Ende, denn Orientierung kam nicht mehr. Wo ist denn zum Beispiel das Ziel geblieben, an dem gemeinsamen nationalen Stabilitätspakt festzuhalten oder überhaupt erst einmal dahin zu kommen, dass wir irgendwann vielleicht um die nächste Jahrzehntwende herum tatsächlich keine Schulden mehr aufnehmen, die wir der nachfolgenden Generation übertragen? Kein Wort davon in Ihrer ganzen Rede. Wo ist diese Orientierung? Wo sind die Maßnahmen, mit denen Sie es einleiten könnten, das überhaupt hinzubekommen? Wenn Sie das heute nicht beginnen, werden Sie auch in zehn Jahren das Obst dafür nicht ernten können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein eingeschobener Satz: Es ist schlicht eine Frechheit, der CDU vorzuwerfen, wir würden Vermögensgegenstände veräußern wollen, um damit laufende Haushalte ausgleichen zu wollen. Wer hat denn in den vergangenen zehn Jahren nahezu das gesamte **Landesvermögen** verscherbelt, und dies nur zum Ausgleich des Haushalts?

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie unseren Antrag nachrechnen, werden Sie feststellen, dass wir bei den Vorschlägen, die wir nicht zu unserem Vergnügen - gemacht haben, in der Tat einen hohen Betrag aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen Erlösen wollen, aber dass wir mehr als das, was wir daraus einnehmen, zur Senkung von Schulden verwenden wollen. Das heißt, wir wollen auch noch Erträge erwirtschaften.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn Sie von Orientierung sprechen: Wo ist die Orientierung? Wo ist Ihr Konzept für Reformen? Herr Hay hat heute wenigstens ein paar Ansätze geliefert. Gut, dass er gestern Nachmittag seine Rede schnell umgeschrieben hat. Wo ist denn die Orientierung, die Sie für eine Reform der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein geben, um künftig durch strukturelle Maßnahmen wieder zu einer neuen Handlungsfähigkeit zu kommen? Wo ist denn das Konzept für die Sicherung der Kernaufgaben der Landespolitik?

Sie haben noch einmal ausgeführt, dass Sie die Investitionen steigern. Herr Kayenburg hat es Ihnen vorhin schon einmal vorgerechnet, ich kann es noch einmal tun. Sie haben von den 116 Millionen € Steuermehreinnahmen durch die Verschiebung der Steuerreform, die Sie also formal in der Kasse haben, die Sie an den Fluthilfonds abzuführen haben, 77 Millionen € schlicht zur Investition erklärt, damit die verfassungsmäßige Kreditobergrenze angehoben,

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

zugleich auch sofort ausgenutzt und, glaube ich, 59 Millionen € mehr neue Schulden aufgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen, Sie hätten eine zweistellige **Investitionsquote** erzielt. Nichts haben Sie erzielt. Tatsächlich finden diese Investitionen in Schleswig-Holstein nicht statt. Tatsächlich haben Sie eine historisch niedrige Investitionsquote von 9,2 % erreicht.

(Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bilanzfälschung!)

Das ist die Orientierung, die Sie geben.

Wo ist Ihr Konzept, die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken? Herr Hay hat sich heute Morgen auf einen Satz beschränkt und gesagt, wir müssen einmal sehen, dass die Reform der Gemeindefinanzen gut ausgeht. Wir müssen nicht einmal sehen, dass sie gut ausgeht, sondern wir müssen uns mit konkreten Vorschlägen daran beteiligen, dass wir die kommunale Kompetenz stärken können und den **Kommunen** mehr Handlungs- und Finanzspielräume einräumen. Das ist der eigentliche Weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wo ist denn, Frau Ministerpräsidentin, Ihre Orientierung, Ihr Konzept, die akute Benachteiligung schleswig-holsteinischer Schülerinnen und Schüler zu beseitigen? Die Bildungsministerin ist im Augenblick nicht da, vielleicht kann man es ihr mitteilen. Sie haben im südholsteinischen Raum viele tolle Pressekonferenzen zur Einführung der garantierten **Halbtagsgrundschule** gemacht. Genauso viele Pressekon-

(Rainer Wiegard)

ferenzen macht jetzt auch die GEW und erklärt für diese Maßnahme der Kultusministerin eine Rückrufaktion, weil sie nicht funktioniert, weil Sie nicht die Ressourcen zur Verfügung stellen, um dies überhaupt zu ermöglichen. Das ist Ihre Orientierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Stattdessen haben Sie eine andere Orientierung. In der Nachschiebeliste findet sich ein bemerkenswerter Betrag. Ich kann nur sagen, es ist eine wirkliche Geschmacklosigkeit, dass Sie in der Nachschiebeliste klammheimlich 375.000 € mehr für einen neuen Internetauftritt der Landesregierung bereitstellen wollen. Das haben Sie vorher offensichtlich nicht gewusst. Demgegenüber kürzen Sie an allen möglichen Ecken und Enden die Mittel für die ehrenamtliche Arbeit zusammen. Ich empfinde dies als eine Geschmacklosigkeit.

(Beifall bei CDU und FDP - Holger Astrup [SPD]: Im Text steht 450!)

Wer gleichzeitig nicht bereit ist, finanziell etwas zu tun, um die **Olympiabewerbung** für Schleswig-Holstein zu unterstützen, oder wer beim **Schleswig-Holstein Musik Festival** überdimensional kürzt, der schadet dem Image Schleswig-Holsteins, weil dieses beides wirklich Maßnahmen wären, die zur Imageförderung beitragen könnten, die einen Marketingwert haben, der weit über den Ausbau eines neuen Internetauftritts der Landesregierung hinausgeht, der ausschließlich das Ziel hat, ihre Wahlkampfposition für 2005 zu verbessern.

Was wollen Sie eigentlich, Frau Ministerpräsidentin, mit Ihren Manövern bewirken? Nach wie vor heben Sie die **Vermögenssteuer** als Ihr Ziel besonders hervor. Sagen Sie doch einmal: Wie viel Vermögenssteuer wollen Sie von wem einnehmen und wofür wollen Sie das einsetzen, damit wir einmal konkret die Maßnahmen kennen? Wie viel von den schon jetzt bekannten 600 Millionen € neuen Schulden, die Sie für das nächste Jahr schon im Haushalt haben - ich sage Ihnen, es kommen noch einmal 300 bis 400 Millionen € dazu, wenn wir Ostern erreicht haben werden -, wollen Sie dadurch eigentlich verringern? Was wollen Sie mit der Kürzung des Weihnachtsgeldes bewirken? Wie viel Investitionen wollen Sie bewirken, wenn Sie das Weihnachtsgeld der Beamten kürzen? Ich habe überhaupt nicht verstanden, wie Kollege Hay einen Zusammenhang mit dem Ladenschluss herstellen will. Wenn Sie den Menschen das Weihnachtsgeld erst wegnehmen, dann können Sie die Läden nachher so lange öffnen, wie Sie wollen, dann kommt nichts mehr zustande, das ist doch Unsinn!

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist gut, Frau Ministerpräsidentin - ich sage das ausdrücklich -, wenn Sie im Sinne von Wirtschaftsförderung nach Japan, China und anderswohin fahren und dadurch dazu beitragen, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft einen guten Ruf auch im Ausland genießt. Aber ich empfehle Ihnen, auch einmal ins Land zu gehen. Gehen Sie in eine Polizeiinspektion, in eine Justizvollzugsanstalt oder in ein Finanzamt!

(Widerspruch bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Soll sie einmal machen!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Sprechen Sie einmal mit den Menschen, sprechen Sie einmal mit denjenigen, denen Sie jetzt in die Tasche greifen, die in Ihrem Auftrag jeden Tag Ihren Dienst tun, und fragen Sie, wie sie darüber eigentlich denken! Ich habe allerhöchsten Respekt vor den Menschen hier im Lande, die Ihre Arbeit machen.

Letzter Satz. Dieser Zustand ist nicht zufällig über uns gekommen, nicht von außen beeinflusst, sondern dieser Zustand wurde durch Ihre Politik bewirkt. Sie haben, obwohl Sie Ihre Rede mit einem guten Satz eingeleitet haben, nichts dazu beigetragen, eine Orientierung zu geben, wie das in Zukunft besser werden kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Finanzminister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesen Tagen Haushaltsberatungen in den Kommunen, im Bundestag, heute in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen. Ich habe mir einige Reden kommen lassen. Wenn man die Reden der Opposition hier hört, meint man, man sei völlig abgeschottet, wir befänden uns auf einer Insel der Glückseligen

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade nicht! - Zurufe von der CDU)

und alles, was weltweite Probleme anbetreffe, gehe uns nichts an.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Bis vor einem halben Jahr haben Sie das gesagt!)

(Minister Claus Möller)

Sie tun so, Herr Wiegard, auch wenn Sie Ihr Beispiel mit den Steuern zehnmal wiederholen: Wir kommen doch nicht darum herum, aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums und des Einbruches bei einigen Steuern einen dramatischen Einnahmeeinbruch

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat doch niemand bestritten!)

bei allen öffentlichen Körperschaften zu haben. Unter diesen Bedingungen müssen wir alle unsere Haushalte aufstellen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das wussten Sie doch vorher!)

Herr Wiegard, Sie tun so, als machte ich die Steuerschätzungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind daran beteiligt!)

Die Steuerschätzung wird von Wissenschaftlern und Vertretern des Bundes

(Rainer Wiegard [CDU]: Und der Länder!)

und der Länder aufgestellt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo kommen denn die Zahlen her? Von Ihnen!)

- Ja, ja, ich mache die Zahlen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bleiben Sie einmal bei der Wahrheit!)

- So etwas Absurdes! Für den Haushalt zählt das Geld, das in der Tasche ist.

(Zurufe von CDU und FDP)

Zurzeit ist es so, dass die Einnahmen in anderen Ländern dramatisch einbrechen. Das hat Nachteile für unsere **Steuereinnahmen**. Es ist nicht zu leugnen, dass wir minus 430 Millionen und im nächsten Jahr minus 500 Millionen haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Selbst verschuldet!)

Unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ist der Haushalt, den wir heute zur Diskussion stellen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ganz toll!)

in der Tat ein schwieriger Haushalt, der vielen Opfer abverlangt.

Genau das, was Sie einfordern, Bildung, Kindertagesstätten, Infrastruktur oder Minderheiten, diese Punkte sind deutlich geblieben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Ich habe gar nicht auf die **Investitionsquote** abgehoben. Sie ist tatsächlich etwas durch die Flutopfer bedingt.

Sehen Sie sich einmal die Nachschiebelisten an. Auch nach der Steuerschätzung haben wir die tatsächlichen Investitionen aufgestockt und nicht gekürzt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagt uns aber gar nichts!)

Auf die Frage, wie wir mit dieser Situation umgehen, habe ich immer gesagt: In diesem konjunkturellen Umfeld kann man nicht gleichzeitig den Haushalt konsolidieren, mehr Geld für Bildung und für Infrastruktur ausgeben und dann etwa noch Steuern senken.

Wir sind uns einig, dass die **öffentlichen Haushalte**, die die Maastricht-Kriterien bundesweit schon 2006/2008 einzuhalten haben,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wieso erst 2006? Wir müssen sie in diesem Jahr einhalten!)

den Ausgabesektor sehr stark im Auge behalten müssen. Ich komme darauf zurück. Natürlich sind wir uns einig darüber, dass wir, um den Ausgabesektor im Auge zu behalten, die Struktur der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen ständig überprüfen müssen.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass hierzu auch die Einnahmeseite gehört. Da unterscheiden wir uns allerdings. Genau das, was Sie uns jahrelang vorgeworfen haben, wir generierten immer nur einmalige Einnahmen, um den Haushalt zu decken, genau das machen Sie mit völligen

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Luftbuchungen in diesem Haushalt.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch nicht wahr!)

Ich komme noch darauf zurück.

Ich bleibe dabei: Wir brauchen - auch besonders im Interesse der Kommunen - eine Verstärkung der staatlichen Einnahmen, wenn wir unsere Kernaufgaben wahrnehmen wollen.

(Beifall bei der SPD - Rainer Wiegard [CDU]: Wir brauchen eine neue Struktur der Ausgaben!)

(Minister Claus Möller)

Das schaffen wir nicht nur mit Veräußerungen. Auch wir schlagen Veräußerungen vor; aber das schaffen wir nicht nur mit Veräußerungen. Dazu brauchen wir auch eine Verstärkung der Steuereinnahmen. Ich bin da ganz zuversichtlich. Nach den konstruktiven Gesprächen zum Beispiel über die Ergebnisse der Hartz-Kommission wird es auch konstruktive Gespräche in der Frage des Steuervergünstigungsabbaugesetzes geben. Sie sollten hier nicht gleich mit Schaum vor dem Mund durch die Gegend laufen und alles ablehnen. Wir brauchen die Einnahmeverstärkung.

Man muss auch nicht alle Positionen lieben. Man kann über den einen Mehrwertsteuersatz sehr wohl streiten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Über welchen? - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Wir haben bereits Änderungsvorschläge eingebracht.

Ich nehme Sie beim Wort, wenn es Anfang nächsten Jahres in der Frage der **Körperschaftsteuer** - Herr Kayenburg, das hören Sie nicht gern - ernst wird. Wir werden konkrete Vorschläge machen

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich wollte, dass Sie mal ehrlich bleiben bei der Mehrwertsteuer!)

mit der Mittelstandskomponente und zum Beispiel bei der Frage, ob wir nicht doch wieder bei Großunternehmen zu Veräußerungsbesteuerungen kommen. Das werden Sie sehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Machen Sie doch jetzt Vorschläge!)

Wir haben sie in das Gesetzgebungsverfahren im Finanzausschuss eingebracht. Sie gehen morgen im Bundesrat durch das Verfahren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bleibe dabei, dass wir in Sachen Norderfriedrichskoog etwas machen müssen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zu einem Punkt sagen. Sie tun immer so, als hätten nur wir Haushaltsprobleme. Ja, nach den Pressemeldungen sind die Haushaltsberatungen in Flensburg, Neumünster und Kiel als auch in den Kreistagen schwierig.

(Frauke Tengler [CDU]: Schwierig?)

- Zumindest genauso schwierig. Den Vorwurf, wir agierten in dieser Situation zulasten der **Kommunen**, lassen wir nicht auf uns sitzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es ist aber so!)

Wir haben die Grundsicherung fair geklärt. Wir haben bei den Kindertagesstätten, wo die Nachfrage größer ist, draufgepackt. Wir haben den KIF wirklich intelligent eingesetzt, zum Beispiel, um 15 Millionen € Schulbauinvestitionen vorzuziehen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben die Steuerausfälle fair auf mehrere Jahre verteilt. Wir werden auch das Geld, das wir für Ganztagschulen bekommen, fairerweise mit den Gemeinden danach teilen, wer welche Aufgaben hat.

Wenn Sie über Kommunalfinzen reden: Nicht nur den Mund spitzen und dann, wenn es an die Gemeindefinanzreform geht, um die Verbreiterung der Einnahmemöglichkeiten für die Gemeinden über die Gewerbesteuer, plötzlich wegtauchen!

(Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Rainer Wiegard [CDU]: Kommen Sie erst einmal mit Ihren Vorschlägen!)

Die Stunde der Wahrheit, um etwas für die Kommunen zu tun, kommt im Frühjahr.

Zum Thema Verwaltungsmodernisierung hat die Ministerpräsidentin hier ganz deutlich gemacht, dass wir im Frühjahr, spätestens zum Doppelhaushalt 2003/2004 eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten werden. Dafür sind zusätzliche Anregungen gekommen.

Ich will wiederholen: Man sollte doch nicht so tun, als sei nichts passiert:

(Martin Kayenburg [CDU]: Nichts Richtiges!)

Gründung der Investitionsbank, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, OFD-Reform! Auch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung - auch wenn wir noch intensiv darüber sprechen müssen -

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Wiegard [CDU])

ist ein gewaltiges Modernisierungsvorhaben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann machen Sie das doch mal!)

Das gilt auch für das Liegenschaftsmanagement.

(Minister Claus Möller)

Sie sind mit Ihren Kürzungsvorschlägen im **IT-Bereich** immer sehr schnell dabei. Sie mäkeln jetzt am Ansatz für den Internetauftritt der Landesregierung herum. Ich sage Ihnen: Wir haben 1988 von Ihnen eine Steinzeittechnologie übernommen, was die IT-Technik angeht.

(Lachen bei der CDU - Rainer Wiegard [CDU]: Damals gab es noch keine PCs! - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Sie musste erst einmal aufgearbeitet werden. Wir haben eine Steinzeittechnologie übernommen. Ich nenne nur die Modernisierungsvorhaben im Bereich der Justiz, MEGA, MESTA, alles, was wir da auf die Beine gestellt haben. - Das hören Sie nicht gern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie die Unwahrheit sagen, müssen wir uns wehren!)

Es hat uns zig Millionen gekostet, dass Sie so Größenwahnsinnig waren und meinten, als kleinstes Bundesland die Steuerverwaltung allein programmieren zu müssen. Darunter leiden wir noch heute.

(Beifall bei SPD und SSW - Rainer Wiegard [CDU]: 1988 gab es nicht einmal PCs mit einer Festplatte, die man einsetzen konnte! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Peinlich!)

Zu den **Personalkosten**. Wenn Sie sich die Antworten auf die Fragen angesehen haben, die Sie zu den Personalstrukturen gestellt haben, sehen Sie, was eine Überrollung der Budgets bedeutet. Wir erwarten, dass die Tarifrunde durch Nichtwiederbesetzung und dergleichen - mit Ausnahme der Lehrer - erwirtschaftet werden muss. Wenn Sie fordern, dass jede fünfte Stelle gestrichen werden soll, oder noch einmal 5 % draufsatteln, dann ist das eine Rasenmähermethode, wie es sie schlimmer eigentlich gar nicht gibt.

(Rainer Wiegard [CDU]: Unsinn!)

Sie haben sich die Struktur des Personalhaushalts nicht angesehen. Wenn Sie das getan hätten, müssten Sie, was das bedeutet.

(Rainer Wiegard [CDU]: Wo sind Ihre Vorschläge?)

Wir haben - die Ministerpräsidentin hat das gesagt - einen unterschiedlichen Ansatz. Sie sagen: Weg mit den Leuten!

(Martin Kayenburg [CDU]: Aufgaben! - Rainer Wiegard [CDU]: Aufgaben! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sagen: Weg mit den Leuten!)

Ich hoffe nur, dass wir, wenn jede fünfte Stelle nicht besetzt werden soll, nicht jeweils 420 Fragen zum Haushalt beantworten sollen.

(Rainer Wiegard [CDU]: Dann kommen wir mit 210 aus!)

Dazu braucht man auch Personal.

Unser Ansatz ist es, wie auch Herr Hay deutlich gemacht hat, darüber nachzudenken, ob wir nicht an die Struktur der Personalkosten herangehen müssen, anstatt einfach mit dem Rasenmäher zu streichen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Ich hoffe jedenfalls sehr, dass bei der Tarifrunde auch eine soziale Komponente herauskommt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme jetzt zu zwei Deckungsvorschlägen der FDP. - Herr Kubicki, ich dachte, wir seien uns beim Nachtrag einig darüber gewesen, dass es zurzeit nicht opportun ist, Anteile der Landesbank zu verkaufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Soll ich Ihnen das wirklich öffentlich erklären?)

Ich sage Ihnen: Wir haben darauf verzichtet, auch um den Preis der höheren Neuverschuldung. Wir haben darauf verzichtet, weil wir genau die Summe, die Sie jetzt eingesetzt haben, für nicht akzeptabel halten. Sie haben uns immer vorgeworfen, wir verschleuderten Vermögen. Der Preis, den Sie hier nennen, ist eine Verschleuderung des Vermögens!

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Lassen Sie uns den Weg gehen, die gemeinsame Landesbank so aufzustellen, wie es erforderlich ist, und lassen Sie uns in Ruhe nach Investoren suchen. Ich sage: Auch bei einem Investor für die Landesbank, welche Anteile auch immer wir verkaufen - ich schließe auch nicht aus, dass wir im nächsten Jahr noch ein paar Anteile dazukaufen -, kommt es nicht nur auf den Preis an. Es kommt auch auf die strategische Ausrichtung an.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr richtig! - Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich sage Ihnen: Mir ist ein strategischer Investor im Zukunftsgebiet Ostsee und Skandinavien, auch wenn er ein bisschen weniger zahlt, lieber als jemand von

(Minister Claus Möller)

den Kaiman-Inseln, nur um einen besseren Preis zu erzielen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Den Preis, den Sie für die 25 % unterstellt haben, halte ich für völlig indiskutabel.

Ich komme zum Deckungsvorschlag der CDU. Damit kommen Sie nicht durch, Herr Kayenburg. Sie fragen hier mit tränenerstickter Stimme:

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich kann mich nicht erinnern!)

Wie konnte es passieren, dass beim Musikfestival oder beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund gestrichen wurde? Mir tut es als Plattdeutscher auch Leid, dass wir dort 15.000 € streichen. Aber zu sagen, das ginge nicht, und gleichzeitig für den Verkauf von Lotto einen Verkaufspreis einzusetzen, der die Ausschüttung an die Wohlfahrtsverbände auf Dauer reduziert -, damit kommen Sie nicht durch.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch falsch! Das ist unglaublich! Lügen Sie doch nicht! Wir haben einen Deckungsvorschlag gemacht!)

Wir haben das durchrechnen lassen. Sie haben einen Vorschlag gemacht, bei dem die Ausschüttung abgezinst werden soll, das heißt, Sie wollen, wie früher etwa die Niedersachsen, um einen einmaligen Erfolg zu haben, um einen höheren Verkaufspreis zu erzielen, die Ausschüttung an die Verbände auf Dauer reduzieren. Das machen wir in der Tat nicht mit!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich werde meine letzten 54 Sekunden nicht voll ausschöpfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich, dass der SSW und die Koalitionsfraktionen angesichts der schwierigen Haushaltsbedingungen den unbequemen Weg der unpopulären Einsparungen mitgehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bei den Grünen müssen Sie sich nicht bedanken! Die machen alles mit!)

Ich denke, dazu gibt es keine Alternative. Ihre Einnahme-Luftbuchungen einmaliger Art sind jedenfalls keine.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über den Haushalt 2003. - Ich bitte, Platz zu nehmen, damit es etwas übersichtlicher wird.

Ich werde zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 15/2348 - zur Abstimmung aufrufen, da dieser Antrag unter anderem die Ablehnung des Haushalts 2003 betrifft.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU in Drucksache 15/2348 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Abstimmung. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Einzelplan 01**.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, also die Nummern 1 bis 9 aus der Drucksache 15/2340, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 abstimmen, und zwar von Kapitel 0102 - Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz - bis Kapitel 0104 - Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer jetzt dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 01 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 02**.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich stelle also den Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Fassung zur Abstimmung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 02 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 03**.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 10 bis 17 aus der Drucksache 15/2340 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Titel 0301-412 02 - Aufwandsentschädigung für den Kinder- und Jugendbeauftragten - bis 0301-526 02 - Besondere Aufwendungen für den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung - abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 04**.

Zunächst Einzelabstimmung über drei Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP -, Drucksache 15/2340.

Kann ich diese drei Titel gemeinsam zur Abstimmung stellen? - Hierüber besteht Einverständnis. Dann stelle ich folgende drei Titel nunmehr gemeinsam zur Abstimmung:

Nummer 29: Kapitel 0402 Titel 584 01 - Landessportverband,

Nummer 56: Kapitel 0410 Titel 422 01 - Bezüge der Beamten,

Nummer 57: Kapitel 0410 Titel 425 01 - Angestelltenvergütungen.

Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge

sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 18 bis 66 aus der Drucksache 15/2340 - mit Ausnahme der soeben abgelehnten Anträge abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Titel 0407-684 03 - Allgemeine und soziale Integrationsmaßnahmen - bis Titel 0416-684 01 - Zuschüsse an Vereine. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 14/2347 zu Titel 0402-684 01 - Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? -

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer jetzt dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir den Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 05** auf.

Ich lasse zunächst auch hier über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 67 bis 95 aus der Drucksache 15/2340 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 14/2341, und zwar von Titel 0501-121 01 - Einnahmen aus der Vergütung für die Inanspruchnahme der Zweckrücklagen der Investitionsbank - bis Titel 0505-422 01 - Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten -, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 05 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 06** auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 96 bis 117 aus der Drucksache 15/2340 - abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Titel 0601-971 01 - Zur Umschichtung von Bindungen zur Vermeidung von Ausgaberesten - bis zur Einfügung eines neuen Titels in Kapitel 0604 „Ausbau von Geh- und Radwegen an Kommunalen Straßen“ abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie - habe ich das richtig verstanden? - SSW abgelehnt.

Dann lasse ich über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem Einzelplan 06 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe jetzt den **Einzelplan 07** auf und stelle aus der Drucksache 15/2340 einige Einzelabstimmungen voran, die ich auch jeweils mit dem Titel benenne.

Ich lasse zunächst den Änderungsantrag Nr. 131 Titel 0711-422 01 - Bezüge der Beamten - Hauptschullehrer - abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Nr. 134 Titel 0713-422 01 - Bezüge der Beamten - Realschullehrer -. Ich lasse jetzt diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Jetzt wird der Vorschlag gemacht, die Nummern 136 bis 181 nicht in Einzelabstimmungen, sondern gemeinsam aufzurufen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Der Antragsteller ist einverstanden. - Wer also den Änderungsanträgen aus der Drucksache 15/2340 Nummern 136, 140, 153, 158, 174, 176, 177, 178, 179, 180 und 181 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 15/2340, und zwar der Nummern 118 bis 210 - mit Ausnahme der eben abgelehnten Anträge -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe eine Einzelabstimmung über einen Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 15/2341 auf, und zwar den Titel 0706 - 684 03 - Zuwendungen an die dem Verband politischer Jugend angeschlossenen Verbände. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Titel 0710-231 01 - Erstattungen des Bundes für Modellversuche im Bildungswesen - bis zur Einfügung eines neuen Titels in Kapitel 0720 „High-Potential-Pool zur Förderung besonderer Maßnahmen im Bereich Innovation und Profilbildung an Hochschulen“ mit Ausnahme des eben abgelehnten Antrages abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 14/2347, und zwar zum Titel 0740-684 26 - Zuwendung für das Schleswig-Holstein Musik Festival. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag aus der Ergänzung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 15/2349, und zwar über die Nummer 2 a Titel 0710-684 02 - Zuschüsse an private Schulen -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus der Drucksache 15/2350 abstimmen, und zwar Titel 0701-972 02 - Globale Minderausgabe - und Titel 0733-685 62 - Zuschuss für den laufenden Betrieb an Geomar. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese beiden Änderungsanträge einstimmig angenommen.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 14/2352 Titel 0706-684 03 - Verband politischer Jugend - und Titel 0710-684 02 - Zuschuss an private Schulen - abstimmen. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese beiden Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer dem Einzelplan 07 so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 08** auf.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, und zwar zunächst über die Nummern 211 bis 227 aus der Drucksache 15/2340, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Kapitel 0802 Titel 683 01 - Zuschüsse für Kontroll-, Beratungs- und Vermarktungskosten im ökologischen Landbau - bis Kapitel 0812 Titel 534 04 - Treibselbeseitigung - abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung des SSW abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag aus der Ergänzung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in der Drucksache 15/2349, und zwar die Nummer 2 b - Kapitel 0802 Titel 684 02; An den Verband landwirtschaftlicher Vereine in Südschleswig e.V. -, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist einstimmig beschlossen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- Für Beifall ist es noch zu früh.

(Unruhe)

- Wenn ich wieder etwas sagen darf, dann lasse ich jetzt über den Einzelplan 08 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe den **Einzelplan 09** auf.

Zunächst möchte ich aus der Drucksache 15/2340 - Antragsteller ist die FDP - über die Nummern 236 und 260 gemeinsam abstimmen lassen. Das sind Kapitel 0902 Titel 681 03 - Straffälligenhilfe - und Kapitel 0909 Titel 684 25 - Kulturelle Jugendbildung. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese beiden Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP und SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 228 bis 264 aus der Drucksache 15/2340 mit Ausnahme der eben abgelehnten Anträge - abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Kapitel 0902 Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - bis Kapitel 0909 Titel 681 01 - Zuschüsse für Familienerholung - abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 10** auf. Ich frage auch an dieser Stelle, ob ich über die Nummern 271, 276 und 279 aus der Drucksache 15/2340 - Antragsteller FDP - gemeinsam abstimmen lassen kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!)

- Nein. Es wird Einzelabstimmung gefordert. Machen wir uns daran.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag unter Nummer 271 zu Kapitel 1002 Titel 684 62 - Gesundheitsaufklärung - auf. Wer diesem Änderungsantrag seine

Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe den Antrag Nummer 276 aus selbiger Drucksache zu Kapitel 1004 Titel 633 05 und andere - ASH Zuweisungen und Zuschüsse - auf. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe aus derselben Drucksache den Antrag Nummer 279 betreffend Kapitel 1005 Titel 633 01 - Pflegeinfrastruktur - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 265 bis 296 aus der Drucksache 15/2340 mit Ausnahme der eben abgelehnten Anträge - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Kapitel 1004 Titel 633 05 und andere - ASH Zuweisungen und Zuschüsse - bis Kapitel 1016 Titel 684 04 - Förderung von Verbänden und Vereinen für die Ausbildung in der Altenpflege - abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe den **Einzelplan 11** auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 297 bis 305 aus der Drucksache 15/2340, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2341 von Kapitel 1111 Titel 131 01 - Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken - bis Kapitel 1116 Titel 325 01 - Nettokreditaufnahme - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 15/2347, und zwar zu Kapitel 1111 Titel 534 06 - Ausbau des Internetauftritts der Landesregierung -, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag aus der Ergänzung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in der Drucksache 15/2349, und zwar die Nummer 2 c - Kapitel 1116 Titel 325 01, Nettokreditaufnahme -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Jetzt lasse ich über den Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer den Einzelplan 11 annehmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen. - Kopfschütteln ist kein Abstimmungsverhalten!

Ich rufe den **Einzelplan 12** auf.

Ich lasse hier über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2340, und zwar über die Nummern 306 und 307 abstimmen. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer Einzelplan 12 jetzt in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 12 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13** auf.

Zunächst geht es um eine Einzelabstimmung über den folgenden Titel aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2340, Nummer 332: Titel 1302-893 14, Tierschutz. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse über die übrigen Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2340, und zwar die Nummern 308 bis 354, mit Ausnahme des eben abgelehnten Antrages, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2341, von Titel 1302-633 42, Zuschüsse für die Aufstellung von Landschaftsplänen, bis zur Einfügung eines neuen Titels in Kapitel 1302 „Handbuch Naturschutz“ abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Ich rufe jetzt das **Haushaltsgesetz 2003**, Drucksache 15/2020, auf. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 15/2340, Nummern 1 bis 8 aus dem ersten Teil - das sind die Seiten 1 und 2 -, abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2341, Nummern 1 bis 6 aus dem ersten Teil - das sind die Seiten 2 und 3 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Bei dem Antrag der Fraktion der FDP, den ich zunächst als Änderungsantrag zur Abstimmung stellen wollte, zum Tagesordnungspunkt 1, Drucksache 15/2351, handelt es sich um einen Gesetzentwurf. Nach § 24 unserer Geschäftsordnung müssen Gesetzentwürfe in zwei Lesungen beraten werden. Ich stelle die Frage, ob der Gesetzentwurf an den Bildungsausschuss überwiesen werden soll.

(Günter Neugebauer [SPD]: Mitberatend Finanzausschuss, Herr Präsident!)

- Das Haus ist sich einig in dem Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zur zweiten Lesung an den Bildungsausschuss federführend zu überweisen, mitberatend an den Finanzausschuss. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Dann lasse ich noch über die Änderungsanträge aus der Ergänzung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 15/2349, und zwar die Nummern 1 a und b - Änderung der §§ 35 und 38 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Ich weise darauf hin, dass durch die Annahme von Änderungsanträgen das Haushaltsvolumen in § 1 10.585.276.200 €, die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 966.106.000 € und die Kreditermächtigungen in § 2 3.336.472.900 € betragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unglaublich!)

Ferner beträgt bei Kapitel 1112-325 01, Kreditaufnahmen, der Haushaltsansatz jetzt exakt 568.667.400 €.

Wer dem Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Das Haushaltsgesetz 2003 ist angenommen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung. Wer dem Haushaltsgesetz 2003, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung mit den heute beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP ist der **Haushalt 2003** angenommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen noch bekannt zu geben, dass der Termin für die nächste Tagung, die 30. Tagung, des Schleswig-Holsteinischen Landtages der 22. Januar 2003 ist. Die sitzungsfreie Zeit dauert vom 23. Dezember 2002 bis zum 6. Januar 2003.

Ich schließe diese Sitzung und diese Tagung mit dem Wunsch für Sie alle auf eine frohe, eine vergnügliche, eine entspannte Weihnachtszeit ab. Erholbare Ferien und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2003! Ich hoffe, dass wir uns alle 2003 hier gesund wiedersehen werden.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:19 Uhr